

Die vorliegende Veröffentlichung basiert auf der Studie „Handlungsspielräume der deutschen Kommunen für Eine-Welt-Aktivitäten“, die vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH erstellt wurde. Die Studie wurde im Dezember 2002 begonnen und im November 2003 fertig gestellt; sie hatte einen Umfang von 160 Seiten. Da wichtige Ergebnisse aus diesem Vorhaben der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen, hat sich die Servicestelle dazu entschlossen, Auszüge aus der Studie zu veröffentlichen sowie zusätzlich zu den untersuchten Fallbeispielkommunen weitere Praxisbeispiele zu recherchieren und zu ergänzen. Die Verantwortung für die Auswahl der Textauszüge und Praxisbeispiele sowie für redaktionelle Änderungen liegt bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH.

Impressum

Herausgeber

InWEnt gGmbH – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.
Tulpenfeld 6, D-53113 Bonn
Fon ++49/228/2434-630, Fax++49/228/2434-635,
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Ulrich Nitschke

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 11

Projektleitung: Michael Marwede

Redaktion: Heike Wülfing (Text, Recherche), Michael Marwede, Ulrich Nitschke

Studie: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin/Köln –
„Handlungsspielräume der deutschen Kommunen für Eine-Welt-Aktivitäten“
im Auftrag der Servicestelle

AutorInnen: Dr. Beate Hollbach-Grömig, Nicole Langel, Thomas Preuß, Cornelia Rösler, Ulla Schuleri-Hartje

Titelgestaltung: CP/Compartner, Essen

Layoutgestaltung: BNW Brinkmann & Niedernhöfer – Die Werbeagentur, Viersen

Druck: Deller->Druck, Neuss
100% Recyclingpapier

ISSN 1610-9163

Bonn, Juni 2005

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

Dialog Global

Heft 11

Es geht! Kommunal nachhaltig handeln.

Tipps & Ideen.

Inhalt

Impressum	2
Vorwort	9
1. Einleitung	10
2. Handlungsfeld Bürgerbeteiligung	12
2.1 Handlungsempfehlungen zur Bürgerbeteiligung	13
Ehrenamtliches Engagement nutzen, fördern und öffentlich anerkennen	13
Rechtliche Rahmenbedingungen für mehr Beteiligung an kommunalen Prozessen schaffen	14
Drei wirkungsvolle Praktiken der Öffentlichkeitsarbeit	15
Finanzielle Unterstützung von staatlicher und privater Seite	18
Qualifizierung von VerwaltungsmitarbeiterInnen	20
Praktika für ausländische Studierende und Fachleute	21
An übergeordnete Bundes- und Landesvorhaben anknüpfen	21
Einbindung von BürgerInnen und Gruppierungen in Planungs- und Entscheidungsprozesse	22
Offizielle Bürgermeister-, Projekt-, Schul- oder Städtepartnerschaften	23
Ernennung eines (hauptamtlichen) Eine-Welt-Beauftragten in der Verwaltung	24
Indikatoren zur Messung von Bürgerbeteiligung und Eine-Welt-Aktivitäten nutzen	24
Entwickeln und Durchführen einer Eine-Welt-Verträglichkeitsprüfung	25
Erstellen eines Nachhaltigkeitsberichts	26
Erarbeitung einer lokalen Demokratiebilanz	26
Ermittlung einer Eine-Welt-Bilanz	27
Diskussion und Aufstellung eines Bürgerhaushalts	28
KOOPERATIONEN	29
Vernetzung der Informationsstrukturen zwischen allen staatlichen u. bürgerschaftlichen Ebenen	29
Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen in fachlichen Fragen der Eine-Welt-Arbeit	32
Kooperation mit Handwerk, Industrie und Gewerbe	32
THEMATISCHE BÜNDNISSE	33
Start oder Fortsetzung der Lokalen Agenda 21	33
Bildung eines kommunalen Eine-Welt-Forums	34
Mitgliedschaft im europäischen Klimabündnis	35
3. Handlungsfeld Stadtmarketing	36
3.1 Handlungsempfehlungen zum Stadtmarketing	37
Sensibilisierung für den Zusammenhang zwischen Aktivitäten vor Ort und der Einen Welt	37
Partnerschaften als Ansatz für Stadtmarketingaktivitäten	38
Vermarktung der Lokalen Agenda 21	
Erweiterung der Stadtleitbilder um die Aspekte „Internationales“ und „Interkulturalität“	38
4. Handlungsfeld Wasser	41
4.1 Handlungsempfehlungen zum Wasser	41
Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für wasserwirtschaftliche Belange	42
Erfahrungsaustausch mit Kommunen in Entwicklungsländern	42
Kooperationsstrukturen der Wasserwirtschaft	43
Nachhaltiges Management von Küstenzonen und Gewässereinzugsgebieten	44
Aufbau einer Infrastruktur zur Wasserver- und Abwasserentsorgung	45
Die Verwendung und Entsorgung wassergefährdender Stoffe	46
Methoden zur Wassereinsparung in der Landwirtschaft	47
Siedlungspolitik unter Berücksichtigung angepasster Wasser- und Abwassertechnik	48

5. Handlungsfeld Klimaschutz	49
5.1 Handlungsempfehlungen zum Klimaschutz	49
Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für kommunale Klimaschutzaktivitäten	50
Verknüpfung des kommunalen Klimaschutzes mit Eine-Welt-Belangen	51
Vernetzung der Nichtregierungsorganisationen	51
Kooperation beim Technologietransfer	52
Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen von Partnerschaften	53
6. Handlungsfeld Armutsbekämpfung	54
6.1 Handlungsempfehlungen zur Armutsbekämpfung	55
Stadtteilentwicklungsstrategien als Richtungsweiser für Eine-Welt-Projekte	55
Partizipation als Element integrierter Quartiersentwicklung	56
Verknüpfung mit anderen kommunalen Belangen	57
7. Handlungsfeld Interkulturalität und Migration	58
7.1 Handlungsempfehlungen zu Interkulturalität und Migration	59
Qualifizierung der MitarbeiterInnen	59
Interkulturelle Foren als Dialogplattform	61
Mitwirkung von MigrantInnen am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben	61
Interkulturelle Projekte zur Förderung des Miteinanders der Kulturen	62
Kooperation von Verwaltung, Vereinen und Wirtschaft für interkulturelle Projekte	63
Öffentlichkeitsarbeit	63
Ehrenamtliches Engagement von MigrantInnen nutzen	64
Bildungsförderung der interkulturellen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen	65
Interkommunaler Erfahrungsaustausch	66
8. Fazit	67
Literaturverzeichnis	70
Internetadressen	71
Publikationen	72
Über uns	74

Vorwort

Wir alle wissen: unser lokales Handeln hat globale Folgen – deshalb müssen nachhaltige Projekte allerorten immer stärker berücksichtigt werden. Wie also können wir nachhaltig wirksames Handeln unterstützen? Neben den fast schon klassischen Projekten im Rahmen von Städtepartnerschaften, müssen vor allem die internationalen Bezüge und globalen Auswirkungen des kommunalen Handelns klar sichtbar gemacht werden. So werden zum einen konkrete Entwicklungsprozesse mitgetragen und zum anderen ein „Umdenken“ gefördert.

Noch stehen unserem Anliegen wesentliche Faktoren entgegen: ein noch immer gering entwickeltes Bewusstsein für globale Zusammenhänge, die Fokussierung auf die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und deren Folgen (z.B. Krise der Erwerbsarbeit, Zwang zur Haushaltskonsolidierung) oder die – vermeintlich! – fehlenden zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen. Zudem stehen den potenziellen Erfolgen ein noch gering ausgebildetes Verständnis für Nachhaltigkeit, die in den Industrieländern vorherrschende Wachstumsphilosophie mit ihrem hohen Ressourcenverbrauch, sowie persönliche Konsumgewohnheiten diametral entgegen.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH hat daher das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit der Studie „Handlungsspielräume der deutschen Kommunen für Eine-Welt-Aktivitäten“ beauftragt. Im Rahmen der Studie aus dem Jahr 2003 wurde untersucht, wie in unterschiedlichen kommunalen Aufgabenbereichen die Ziele der Agenda 21, des bürgerschaftlichen Engagements, der Nachhaltigkeit und der Entwicklungszusammenarbeit implementiert werden können. Neu ist, dass gleichzeitig geprüft wurde, ob die Berücksichtigung globaler Effekte und entwicklungspolitischer Aspekte eine Zusatzaufgabe darstellt oder ein selbstverständlicher – bisher jedoch unbeachteter – Bestandteil des kommunalen Aufgabenspektrums ist oder sein kann. Betrachtet wurden die kommunalen Handlungsfelder Bürgerbeteiligung, Stadtmarketing, Klimaschutz, Wasserwirtschaft, Armutsbekämpfung, Interkulturalität und Migration im Hinblick auf realisierbare und wirksame Eine-Welt-Arbeit.

Mit den jeweiligen Handlungsfeldern geben wir einen Einblick in die bisherigen Aktivitäten der ausgewählten Kommunen und zeigen gleichzeitig deren Perspektiven auf. Das Difu traf eine Auswahl von je zwei Fallstudienkommunen pro Handlungsfeld, wobei Kommunen jeder Größenordnung vertreten sind. Wir haben diese Auswahl um einige in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktive Städte und Gemeinden ergänzt, um noch mehr Erfolgsstrategien vorzustellen. Denn: je mehr gelungene Vorgehensweise bekannt werden, desto mehr Menschen werden zu nachhaltigen Aktivitäten ermuntert.

Unser besonderer Dank gilt unseren Interviewpartnerinnen und -partnern in den Fallstudienstädten, die nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Erstellung der Praxisberichte geleistet haben, sondern auch wertvolle Anregungen für die Entwicklungsperspektiven lieferten. Danken möchten wir auch der projektbegleitenden Arbeitsgruppe, die uns bei der Optimierung dieser Studie mit wichtigen Hinweisen unterstützte.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ulrich Nitschke
Leiter der Servicestelle Kommunen in der
Einen Welt/InWEnt gGmbH

1. Einleitung

Die Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland sind bedeutende Partner in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Dieser Erkenntnis und dem Wissen, dass in dieser Partnerschaft noch enormes Potential steckt, zollt die vorliegende Ausgabe der ‚Dialog Global‘-Reihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt die nötige Aufmerksamkeit.

Die allseits bekannte Leitidee der Lokalen Agenda 21 ‚Global denken – lokal handeln‘ ist schon vielerorts mit Leben erfüllt und wird noch substantieller, so Sie sich von dem einen oder anderen hier berichteten Beispiel überzeugen lassen und mitwirken. Die Agenda 21 fordert die Kommunen und Nichtregierungsorganisationen ausdrücklich zu Aktivitäten im Sinne einer umweltverträglichen, nachhaltigen weltweiten Entwicklung auf¹.

Die umfangreiche Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) über die Handlungsspielräume der deutschen Kommunen für Eine-Welt-Aktivitäten wird hier in komprimierter Form vorgestellt. Es geht hier vor allem darum, gelungene Vorgehensweisen vorzustellen, die leicht in die jeweilige kommunale Praxis zu übertragen sind. Die Darstellung orientiert sich daher an ganz konkreten Fragen, die sich für Sie als kommunale Akteure stellen, wenn es um den Einsatz und die künftige Arbeit der nachhaltigen und Eine-Welt-verträglichen Entwicklung geht.

Im Rahmen der sechs kommunalen Handlungsfelder Bürgerbeteiligung, Stadtmarketing, Wasser, Klimaschutz, Armutsbekämpfung und Interkulturalität/Migration werden wir Ihnen Empfehlungen zur Realisierung von nachhaltig wirksamen Projekten geben. Dies veranschaulichen die gelungenen good practice Modelle, deren kreative Ideen uns überzeugten und bestimmt auch Sie zum Nachahmen motivieren werden.

Wir werden Ihnen vorwiegend aus den Kommunen Dinslaken, Krefeld, Leipzig, Osnabrück, Rostock, Stuttgart, Sulingen, Unterhaching, Trier und den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg berichten, die in einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in

2003 eingehend im Auftrag der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt untersucht wurden. Aber auch viele andere deutsche Kommunen haben Ideen und Konzepte beizusteuern, wie wir sehen werden. Internetrecherchen – hier sei vor allem auf die umfangreiche Datenbank der Agentur für Nachhaltigkeit ‚gute-Beispiele.net‘² hingewiesen – und Interviews ergaben viele weitere durchdachte und geglückte Vorgehensweisen.

Wo wird die Lokale Agenda 21 in den Kommunen erarbeitet? Obgleich sie sich als eine Querschnittsaufgabe in den Bereichen Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik versteht, erfolgt die Bearbeitung der Einzelaspekte in der Regel in den Fachressorts der Kommunalverwaltungen. Für das Handlungsfeld Eine Welt fehlt in der Regel ein eigenes Ressort – und häufig auch der Ansprechpartner³. Gleichwohl wurde in einer Umfrage der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ermittelt, dass in 74 Prozent der Kommunen zumindest eine anteilige hauptamtliche Personalstelle für das Thema Eine Welt existiert⁴.

Vielerorts wird der Zusammenhang zwischen dem Handeln der eigenen Kommune und den globalen Auswirkungen desselben nicht oder nur marginal gesehen⁵. Hier setzen wir in einem ersten Schritt mit vermehrter Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit an. Damit sich das Thema Eine Welt – ähnlich der Lokalen Agenda 21 – nicht in Einzelaktivitäten erschöpft, ist in geeigneter Weise darzustellen, wo sich für MitarbeiterInnen aus den Verwaltungen in Bezug auf die kommunale Entwicklungszusammenarbeit Überschneidungen mit ihrem originären Tätigkeits- bzw. Zuständigkeitsbereich ergeben.

Generelle Erfahrungen im ‚neuen Politikfeld‘ Agenda 21 führen zu dem ermutigenden Befund, dass vielerorts Teile der Ressorts für Stadtentwicklung, Umwelt, Jugend, Bildung und Soziales diesem integrierten und nachhaltigen Ansatz aufgeschlossen gegenüber stehen, wengleich sich daraus meist keine direkten Steuerungseffekte hinsichtlich einer umfassend nachhaltigen Entwicklung der Kommunen ableiten lassen⁶. Viele Kommunalverwaltungen und -parlamente erkennen das Thema Eine-Welt als ein wichtiges Betätigungsfeld für Nichtregierungsorganisationen sowie Kir-

1 Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1996.

2 <http://www.gute-beispiele.net>

3 KATE Berlin e.V., Chancen und Hemmnisse der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21, Berlin 2001.

4 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, InWEnt gGmbH (Hrsg.), Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland, Bonn 2003.

5 KATE Berlin e.V., Chancen und Hemmnisse der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21, Berlin 2001.

6 Umweltbundesamt (Hrsg.), Lokale Agenda 21 im Kontext der Steuerungsinstrumente auf kommunaler Ebene (Reihe UBA-Texte 34/029, Berlin 2002).

chengemeinden und karitative Einrichtungen. Hier leisten die Verwaltungen, nicht zuletzt im Rahmen der Lokalen Agenda 21, wichtige Vernetzungsarbeit⁷ und verschaffen Eine-Welt-Initiativen den Zugang zu einer breiteren Öffentlichkeit⁸.

Vor dem Hintergrund der Haushalts-Konsolidierungsanstrengungen vieler Städte und Gemeinden erfolgt eine zunehmende Konzentration auf die Erfüllung der so genannten Pflichtaufgaben. Inwieweit die kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Kreuzfeuer der kontinuierlichen Aufgabenkritik Bestand haben wird, ist einerseits von der weiteren Entwicklung der kommunalen Haushaltssituation abhängig, andererseits jedoch auch vom Engagement überzeugender MentorInnen in Rat und Verwaltung sowie von guten, öffentlichkeitswirksamen Eine-Welt-Projekten in den Kommunen.

Damit gute Ideen nicht an mangelnden finanziellen Mitteln scheitern, weisen wir Sie auch auf geeignete Vorgehensweisen zur Akquisition zusätzlicher Mittel für die Finanzierung von Eine-Welt-Projekten hin. Kommunen können auch in Zeiten leerer oder knapper Kassen Handlungsspielräume für sich entdecken und nutzen.

Private Zuwendungen können von unterschiedlichster Seite und in unterschiedlichster Form erfolgen (die höchst effektive Restcentaktion in Kapitel 2.1.4 soll schon einmal vorab erwähnt werden). Im Wesentlichen setzen sie sich aus ehrenamtlichen Tätigkeiten, Spenden privater Personen – oft für Hilfsmaßnahmen –, Sachmitteln, Sponsoring von Seiten privater Unternehmen und Banken und nicht zuletzt dem Einsatz großer, in der Entwicklungszusammenarbeit tätiger Organisationen zusammen wie terre des hommes, Misereor u.a.. Weitere Quellen zur Finanzierung von Eine-Welt-Projekten werden in den Bundesländern über Mittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz GFG⁹ (Nordrhein-Westfalen) und Lotto-Mitteln erschlossen (Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung in Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und die Projektagentur ‚Zukunftsfähiges Berlin‘ in Berlin). Um eine sachgerechte Mittelverteilung sicher zu stellen, hat beispielsweise der Landkreis Siegen-

Wittgenstein die Vergabe der GFG-Mittel wiederum an eigens entwickelte qualitative und formale Kriterien geknüpft¹⁰.

Der Unterstützungsbedarf, der von den Kommunen für Eine-Welt-Aktivitäten geäußert wird, konzentriert sich vor allem auf finanzielle und personelle Ressourcen. Daher wird bereits eine Co-Finanzierung von Partnerschaftsaktivitäten in einer Vielzahl von Städten und Gemeinden praktiziert. Als externe Mittelgeber kommen dabei die Länder, der Bund wie z.B. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)¹¹ oder die Europäische Union in Betracht. Das BMZ führt die konkreten Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit nicht selbst durch, sondern beauftragt eigenständige Organisationen. Die wichtigsten sind die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)¹², Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ)¹³, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)¹⁴, Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB)¹⁵, Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)¹⁶, Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH (InWEnt)¹⁷, und Deutscher Entwicklungsdienst (DED)¹⁸.

In der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist das Spektrum der tätigen Akteure breit gefächert, jeder kann sich berufen fühlen. Zuständig für Entwicklungspartnerschaften sind vielfach Dienststellen, die in unmittelbarer Nähe der Stadtspitze angesiedelt sind. Die Zuständigkeit kann allerdings auch bei den Fachämtern liegen: wie beispielsweise dem Hauptamt, den Ämtern für internationale Beziehungen und/oder Repräsentation sowie dem Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Neben der öffentlichen Verwaltung und ihren Dienststellen spielen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eine Vielzahl verwaltungsexterner, häufig privater Organisationen und Institutionen eine maßgebliche Rolle. Diese Akteure nehmen die unterschiedlichsten Aufgaben wahr, die von der Initiierung von Partnerschaften über finanzielle Unterstützungsleistungen bis zur Umsetzung und Durchführung konkreter

7 Vgl. Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, InWEnt gGmbH (Hrsg.), Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland, Bonn 2003; danach kooperieren 89 Prozent der Kommunen in der Eine-Welt-Arbeit mit Nichtregierungsorganisationen.

8 KATE Berlin e.V., Chancen und Hemmnisse der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21, Berlin 2001.

9 Zuweisungen zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz; 2003 waren dies 21 Cent pro Einwohner und Jahr, seit 2004 Fördermittel auf Antrag

10 Vgl. auch agenda-transfer, InWEnt (Hsg.), 21 Cent, die etwas bewegen, Bonn 2003.

11 <http://www.bmz.de/de/index.html>

12 <http://www.kfw.de>

13 <http://www.gtz.de>

14 <http://www.bgr.de>

15 <http://www.ptb.de>

16 http://www.deginvest.de/german/frameset_ie_1.html

17 <http://www.inwent.org>

18 <http://www.ded.de>

Maßnahmen und Projekte reichen. Zu den wichtigsten verwaltungsexternen Akteuren zählen: Freundschafts- und Fördervereine, Eine-Welt-Initiativen, Initiativen-Netzwerke wie das Nord-Süd-Forum, kommunale Einrichtungen unterschiedlichster Art wie Krankenhäuser, Museen, Kultureinrichtungen oder Zoologische Gärten, Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung, Kammern und Verbände der gewerblichen Wirtschaft und einzelne Unternehmen.

Nachhaltigkeitsziele und damit auch Ziele der internationalen Arbeit müssen auf strategischer Ebene sowohl in Politik als auch in Verwaltung eine Richtungsweisende Rolle spielen und auf operativer Ebene in Plänen, Vorhaben und Einzelentscheidungen verankert werden. Beständiges Drängen von NGOs¹⁹, die geschickte öffentliche Darstellung ihrer Projekte, Interessen und Ziele hilft erfahrungsgemäß, gemeinsame Interessen von NGOs, Politik und Verwaltung für konkrete Projektaktivitäten zu erkennen und zu realisieren.

Oft haben gerade NGOs den Anstoß für nachhaltige Projekte in den Kommunen gegeben. Davon zeugen die vielerorts erfolgreichen Initiativen von Vereinen und Bürgergruppen. Über Personen erfolgt eine Diffusion der Leitideen einer nachhaltigen Entwicklung und damit ihr Eingang in Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit. So gelingt es, Ansprüche hinsichtlich Partizipation oder Eine-Welt-Themen über den Kreis der 'üblichen Verdächtigen' hinaus zumindest partiell im kommunalen Handeln zu verankern. Lokale Agenda 21-Prozesse können in diesem Zusammenhang neue Steuerungsmöglichkeiten bieten und Kooperationen befördern. In Anbetracht der unterschiedlichen Akteurskonstellationen und vielfältigen Erfahrungen aus den deutschen Städten können jedoch feste Regeln oder übertragbare Strategien kaum abgeleitet und empfohlen werden. Individuelle Strukturen verlangen nach ebenso individuellen Ideen.

2. Handlungsfeld Bürgerbeteiligung

Kommunen aller Größenordnungen sehen sich heute angesichts knapper Kassen vor der Herausforderung, intelligente und günstige Lösungen für die Bewältigung ihrer wachsenden vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben zu finden. Bürgerbeteiligung und damit verbundene Transparenz erweitern den kommunalen Handlungsspielraum und die politische Gestaltungsmöglichkeit aller Akteure erheblich – sie sind also wichtige und zugleich kostengünstige Mittel, um kommunale Dienste sinnvoll zu ergänzen.

Wir wollen mit den vorliegenden Empfehlungen und dazugehörigen Beispielen schildern, wie Sie bürgerschaftliches Engagement fördern und unterstützen und gleichzeitig administrative, organisatorische und finanzielle Vorteile erzielen können.

Entwicklungspolitische Anliegen und nachhaltige Entwicklung scheinen dabei nur auf den ersten Blick nicht viel mit der deutschen Befindlichkeit gemein zu haben. Doch schon der zweite Blick – den wir hier schärfen wollen – offenbart die mittlerweile weithin bekannte Erkenntnis, dass wir in den Zeiten der Globalisierung in nur einer gemeinsamen Welt leben. BürgerInnen werden sich durch Mitwirkung an Projekten, die dem Gemeinwohl dienen, als kleine, aber wirkungsvolle Gestalter der Einen Welt erkennen und können so Globalisierung höchstpersönlich und positiv erfahren. Neben unerwarteten und in vieler Hinsicht gewinnbringenden Erkenntnissen für das eigene Umfeld können Engagement und Leistungen bei entwicklungspolitischen Projekten zudem berechtigten Stolz und Erkenntnisgewinn bei den Beteiligten entstehen lassen, die sich auch auf das Lebensgefühl in der eigenen Heimat positiv auswirken. Nutzen Sie neben der Mobilisierung des Engagements auch die umfangreichen Strukturveränderungen, die im Rahmen der Verwaltungsreform von zahlreichen Kommunen vollzogen werden, um eine Arbeitsweise zu etablieren, die weniger an Ressortzuschnitten orientiert ist, als an der Realisierung einer bürgernahen Gestaltung des Gemeinwesens. Auch über den kommunalen Horizont hinaus gilt, dass alle Beteiligten – BürgerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen, Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaft und Handwerk – durch eine vernetzte Organisation ihrer Arbeit Synergieeffekte erleben, die sich organisatorisch und monetär auszahlen. Die Ziele des gemeinsamen Handelns müssen klar sein: wir erreichen eine breite Öffentlichkeit in der Bevölkerung für entwicklungspolitische Anliegen und nachhaltige Strategien, motivieren

19 NGO - Nichtregierungsorganisation

zum Mitmachen und profitieren so auch für unser hiesiges Gemeinwohl. Wir werden sehen, dass die Palette der Möglichkeiten dies zu verwirklichen, vielfarbig ist.

2.1 Handlungsempfehlungen zur Bürgerbeteiligung

Die hier vorgestellten Empfehlungen zur Mobilisierung der Bürgerbeteiligung werden anhand der jeweils folgenden Beispiele aus der kommunalen Praxis konkretisiert. Die ersten fünf Handlungsempfehlungen gelten generell für alle Akteure, die anschließenden Empfehlungen richten sich an diejenigen, die in der Kommunalpolitik und -verwaltung tätig sind.

Dabei ist sowohl an das innere als auch äußere Arbeitsumfeld gedacht. Beginnend mit der hier aufgelisteten 12. Empfehlung ‚Lokale Agenda 21‘ werden dann geeignete Strukturen und Instrumente für Bürgerbeteiligung und Eine-Welt-Aktivitäten vorgestellt.



► Ehrenamtliches Engagement nutzen, fördern und öffentlich anerkennen

Schon heute gibt es in vielen Städten und Gemeinden Strukturen, die ehrenamtliches Engagement nutzen. Vor allem in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Wohlfahrt und Kultur werden von Verbänden, Kirchen und Vereinen ehrenamtliche Leistungen erbracht, die staatliche Dienstleistungen in vielfältiger Weise ergänzen. In vielen Städten haben sich Freiwilligenagenturen gebildet, die Anbieter und Nachfrager ehrenamtlicher Arbeit miteinander vernetzen. Wir werfen einen Blick auf ein gelungenes Fallbeispiel.

Leipzig (ca. 500.000 Einwohner, Sachsen)

Im Jahr 2000 haben Agenda-, Stadtbüro und mehrere Vereine in Kooperation eine Freiwilligen-Agentur als gemeinnützigen Verein gegründet. Personell besteht die Agentur aus dem ehrenamtlich tätigen Vorsitzen-

den, zwei ABM²⁰-Kräften und den beiden Inhabern jeweils eines Mini-Jobs²¹ und einer Aktion 55-Stelle²².

Die Agentur dient als Vermittlungsstelle für BürgerInnen, die sich ehrenamtlich betätigen möchten und unterstützt zugleich über 160 gemeinnützige Einrichtungen bei der Suche nach ehrenamtlichen Helfern. Die Einrichtung einer Datenbank, in die sich Freiwillige und Einsatzstellen eintragen können, leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Vermittlung von Angebot und Nachfrage im ehrenamtlichen Bereich. Bis Februar 2004 haben 498 Interessierte die Freiwilligen-Agentur aufgesucht und sich beraten lassen und 121 freiwillige Helfer haben eine Aufgabe übernommen. Neben der Vermittlungsarbeit ist die Agentur auch öffentlichkeitswirksam tätig, so fand im Mai 2004 ein Freiwilligentag zur Information und Mobilisierung der Bevölkerung Leipzigs statt. Die Einführung eines Frei-

20 ABM - Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

21 Minijobs sind geringfügige Beschäftigungen, bei denen die Bruttoverdienstgrenze 400 Euro beträgt. Arbeitet ein Arbeitnehmer innerhalb eines Kalenderjahres nicht mehr als 50 Arbeitstage bzw. zwei Monate, handelt es sich um eine kurzfristige Beschäftigung und damit ebenfalls um einen Minijob. Die Bundesknappschaft übernimmt mit ihrer Minijob-Zentrale den Einzug der Sozialabgaben und einer einheitlichen Pauschbesteuerung und informiert Sie zu allen Fragen zum Thema Minijobs. www.minijob-zentrale.de

22 Um ein neues Verständnis für bürgerschaftliche Mitsorge, Mitverantwortung und Mithilfe in der Gemeinschaft zu schaffen und die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu fördern, wurde durch die Sächsische Staatsregierung im Jahr 1993 das Programm „Aktion 55“ ins Leben gerufen. Ehrenamtliche Arbeit soll mit Aktion 55 gefördert werden. Empfänger von Altersübergangsgeld, Bezieher von Erwerbsunfähigkeits- und Invalidenrente sowie Arbeitslose zwischen 55 und 60 Jahren können dabei ihre Kenntnisse für gemeinnützige Zwecke in Vereinen oder Wohlfahrtsverbänden zur Verfügung stellen. Pro Monat gibt es eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von 77 Euro. Der Antrag auf Teilnahme an der Aktion 55 muss bis zum 30. Juni eines Jahres gestellt werden. Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung zur Förderung der gemeinnützigen Tätigkeit von Bürgern zwischen 55 und 60 Jahren vom 17. Juni 1997 zuständig: Landkreise und kreisfreie Städte. http://www.sms.sachsen.de/de/bf/staatsregierung/ministerien/lb_88.htm

willigenstamtisches zur Pflege der persönlichen Kontakte und damit zum Aufbau eines Netzwerkes ist ebenfalls ein Verdienst der Agentur.

Gibt es noch Potentiale für den Aktionsradius der Agentur? Noch nicht realisiert werden konnte mehrsprachiges Informationsmaterial deutscher Vereine für eine engere Einbeziehung von MigrantInnen in die ehrenamtliche Arbeit. An ersten ausgewählten Stadtinformationen in sechs Fremdsprachen wird im Referat ‚Ausländerbeauftragter‘ gearbeitet.

Kontakt:

Marianne Friedrich und Sandra Knoll
Große Fleischergasse 12
1. Obergeschoss, Zimmer 120.122
04109 Leipzig
Tel.: 0341/1494 728
Fax: 0341/1494 729
E-mail: fa.l.leipzig@gmx.net
www.freiwilligen-agentur-leipzig.de

Leipzig, Ehrenamts-Pass

Als Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeit vergeben die Freiwilligen-Agentur und der Stadtsporthandwerk Leipzig, unterstützt durch das Agenda-Büro der Stadt, ab März 2004 einen Ehrenamtspass für ehrenamtlich besonders engagierte Menschen. Diese bereits in Aachen²³, Dresden²⁴, Mainz²⁵ und Suhl²⁶ mit Erfolg eingeführte Anerkennungsform belohnt dann auch Ehrenamtliche in Leipzig ganz konkret für ihr Engagement, will ihre Freude an der unentgeltlichen Tätigkeit erhalten und gleichzeitig andere ermuntern, ein Ehrenamt aufzunehmen. Der/die InhaberIn des Passes erhält deutliche Rabatte bei Veranstaltungen oder Leistungen, so z.B. bei Oper, MDR, Schauspielhaus, Sachsen-Therme, Kino Regina sowie 15 weiteren Einrichtungen und Vereinen.

Wie konnten so viele Unternehmen und Institutionen zur Unterstützung gewonnen werden? Der Bedeutungsgewinn des kulturwirtschaftlichen Bereiches für Unternehmen und ein positiver Imagegewinn – also kostengünstige Werbung – lockte viele. Doch auch die zuvor durch das Agenda-Büro durchgeführte Nutzerbefragung ergab ein Argument, dass für Oper, Schauspielhaus und Kino relevant ist: „Je mehr Publikum das Haus füllt, desto besser“, benennt Angelika Kell vom Agenda-Büro die Erfolgsstrategie. Das Antragsformular kann bei der Freiwilligen-Agentur angefordert und eingereicht werden, ein Download des Formulars über die Homepage der Agentur ist ebenfalls möglich. Schon nach nur zwei Monaten wurden mehr als 400 Pässe ausgestellt. Eine enorme Resonanz, die zeigt, dass na-

türlich auch ehrenamtlich Engagierte gerne Anerkennung erhalten. Ziel dieser Aktion ist es, neben der Belohnung für die schon Aktiven, einen Anreiz zum Mitmachen für die noch zögerlichen BürgerInnen zu geben.

Kontakt:

Agenda-Büro Stadt Leipzig
Angelika Kell
Otto-Schill-Straße 1
04109 Leipzig
Tel.: 0341/9601530
Fax: 0341/9601533
E-Mail: post@le-agenda.de
www.le-agenda.de/aktuell/aktuell.htm

Rechtliche Rahmenbedingungen für mehr Beteiligung an kommunalen Prozessen schaffen

Unterhaching (ca. 21.000 Einwohner, Bayern)

Die Gemeinde Unterhaching hat 1995 ein Agendaforum mit VertreterInnen aus kirchlichen Gruppen, der Volkshochschule, ortsansässigen Vereinen, Parteien und Umweltverbänden gebildet. Im gleichen Jahr übernimmt der 1. Bürgermeister die Schirmherrschaft über das Agendaforum und fungiert als Bindeglied zwischen Gemeinderat und Gemeindeverwaltung. Von Seiten der Gemeinde ist das Umweltamt als Ansprechpartner für Agendafragen benannt.

Auf Initiative des Bürgermeisters Dr. Erwin Knapek, der zuvor als Mitglied des Agendaforums die Notwendigkeit einer konstanten Implementierung der Agenda in den Gemeindestrukturen erkannt hatte, beschließt der Gemeinderat 1996 einstimmig eine Änderung seiner Geschäftsordnung.

Das Bürgerforum der Lokalen Agenda 21 ist nun im Umweltbeirat vertreten, die Sprecher der Arbeitskreise sowie der Vollversammlung sind somit als Mitglieder in den Umweltbeirat berufen. Erst kürzlich nannte sich das dynamische Gremium in ‚Beirat zur Agenda 21‘ um. Diesem gehören neben den Sprechern der Arbeitskreise und der Vollversammlung drei Umweltbeauftragte der Fraktionen an. Der Vorsitzende des Beirats ist verpflichtet, Anträge im Gemeinderat zu stellen, wo sie von den zuständigen Gremien zu behandeln sind.

Damit ist die Lokale Agenda 21 durch eine Satzung in der Geschäftsordnung des Gemeinderats fest verankert – eine Innovation in der kommunalpolitischen Landschaft.

23 http://www.aachen.de/DE/kultur_freizeit/vereine/ehrenamtspass/index.html

24 <http://www.buergerstiftung-dresden.de/ehrenamtspass.htm>

25 <http://www.mainzer-freiwilligen-zentrum.de/projekt.php3#pass>

26 <http://www.vs-suhl.de/fwa.htm>

schaft. Im Dezember 1997 erfolgte die offizielle Beschlussfassung des Gemeinderats zur Lokalen Agenda 21. Die politische Gemeinde unterstützt den Agendaprozess nach anfänglichen 5.000 EUR mittlerweile mit ca. 7.500 EUR jährlich. Zusätzlich werden auch Sonderveranstaltungen, wie die im Jahr 2001 stattgefundene und für 2005 erneut geplante Zukunftskonferenz, die sich mit Leitprojekten der Gemeinde auseinandersetzt, finanziert.

Bürgermeister Dr. Erwin Knapke ist zufrieden: „Die lokale Agenda 21 ist so lebendig wie eh und je in unserer Gemeinde. Erst vor kurzem haben sich weitere Arbeitskreise und -gruppen gebildet, deren zusätzliche Mitglieder auch im Gemeinderat vertreten sind. Die Änderung der Geschäftsordnung und damit auch die Befragung der AG-Mitglieder, auch bei großen Vorhaben der Gemeinde, haben sich im kommunalpolitischen Alltag bestens bewährt. Der Agendaprozess entwickelt sich kontinuierlich und positiv für uns.“

Kontakt:

Gemeinde Unterhaching

Bürgermeister Dr. Erwin Knapke

Rathausplatz 7

82008 Unterhaching

Tel: 089/66551-0

Fax: 089/66551-166

www.unterhaching.de

Drei wirkungsvolle Praktiken der Öffentlichkeitsarbeit

Wir stellen Ihnen hier drei der vielfältigen Methoden effizienter Öffentlichkeitsarbeit vor:

- die stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung;
- das Aufzeigen des lokalen Nutzens der Eine-Welt-Belange;
- das Einbinden von Multiplikatoren und Prominenten.

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit kann verdeutlichen, dass Eine-Welt-Arbeit vor Ort auch für neue Lebens- und Konsumgewohnheiten in den Industrieländern steht. Diese Neuerungen erweitern nicht nur unseren persönlichen Horizont, sondern bereichern uns auch um Erkenntnisse, wie wir unsere eigenen Ressourcen und Potenziale besser und gewinnbringender nutzen können.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass gründliche Informationen über Missstände in Entwicklungsländern die Bevölkerung der Industrieländer motiviert, ihr Verhalten positiv zugunsten der Bevölkerung der ärmeren Staaten dieser Welt zu verändern. Um nach-

haltige Veränderungen herbei zu führen, ist es höchst sinnvoll, nicht nur auf das Mit- und Verantwortungsgefühl des Einzelnen zu setzen, sondern den persönlichen Nutzen für die BürgerInnen der eigenen Kommunen vor Augen zu führen. Auch wir können von den Partnern im Süden lernen, wenn wir auf gemeinsamer Augenhöhe kooperieren.

Wenn nun noch Personen des öffentlichen Lebens gewonnen werden können, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, ist die Aufmerksamkeit der BürgerInnen umso höher. Zwar kann nicht jede Gemeinde mit nationalen oder gar internationalen Prominenten aufwarten, doch stadtbekannt und beliebte Persönlichkeiten gibt es überall. Diese anzusprechen, ob sie sich in den Dienst einer guten Sache stellen, ist ein leichtes, denn die öffentliche Anerkennung ist hier jedem Beteiligten gewiss.

In den unten folgenden drei Fallbeispielen werden wir sehen, wie die drei oben genannten Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit konkret umgesetzt werden.

Unterhaching (ca. 21.000 Einwohner, Bayern)

Einer der sieben Arbeitskreise der Lokalen Agenda 21 Unterhaching ist – trotz der wie überall geringen Beteiligung – sehr aktiv. Die Aktivitäten des Arbeitskreises 'Eine Gemeinde – Eine Welt' werden maßgeblich durch den Vorsitzenden Dr. Hubert Brosseder und seine Stellvertreterin Beate Teichmann vorangetrieben.

In öffentlichkeitswirksamen Aktionen – Stände anlässlich von Flohmärkten, Kirchfesten, dem Tag der Regionen, dem Straßenfest des Gewerbeverbandes, dem Christkindlmarkt – informiert der Arbeitskreis über die Nationalitäten und die Situation der in Unterhaching lebenden Menschen nichtdeutscher Herkunft. Dabei handelt es sich nicht um reine Informationsstände, sondern auch um exotische Gaumenfreuden – von MigrantInnen selbst zubereitet – die die fernen Nationen ein wenig näher bringen.

Der Arbeitskreis lässt keinen Anlass aus, um für die Eine Welt zu werben. So wurde auch die Euroumstellung genutzt, zu informieren und gleichzeitig Mittel zu mobilisieren; das Sammeln ausländischer Münzen brachte 800 Euro Ertrag.

Auch die Kirchengemeinden – hier wird nach dem Kirchengang versucht, die fairen Produkte zu platzieren – und die örtliche Einzelhändler engagieren sich dank des Hinweises des Arbeitskreises für die Bekanntmachung von Produkten aus fairem Handel.

Die Mitglieder des Arbeitskreises sind in vielerlei Hinsicht aktiv: das regelmäßige Treffen ausländischer MitbürgerInnen wird unterstützt; die örtlichen Vereine werden befragt, um Informationen über die Mitglied-

schaft oder auch Einbindung ausländischer MitbürgerInnen zu erhalten und daraus Rückschlüsse für weitere Aktivitäten zu ziehen und die Mitglieder des Arbeitskreises leisten Einzelfall bezogene Hilfe für Migrantenfamilien, beispielsweise mit der Vermittlung von Lern- und Nachhilfemöglichkeiten für Kinder und Erwachsene. Die mit der Hilfe einhergehende Integration ausländischer MitbürgerInnen wirkt sich bewusstseinsbildend und stabilisierend auf das Gemeinwesen aus.



Kontakt:

Beate Teichmann
Arbeitskreis Eine Gemeinde – Eine Welt
Jägerstr. 8a
82008 Unterhaching
Tel.: 089/66 551-0
Fax: 089/66 551-166

Taufkirchen (ca. 17.000 Einwohner, Bayern)

Bewusstsein über die Ursachen weltweiter sozialer Ungerechtigkeit schaffen und den Austausch mit anderen Kulturen fördern – dies war das Ziel der Eine-Welt-Woche in Taufkirchen im November 2000. Initiator war der Arbeitskreis Eine Welt der Lokalen Agenda 21, der im November 1998 gegründet wurde. Mitglieder sind verschiedene Eine-Welt-Initiativen, die unter dem Dach des Arbeitskreises organisatorische und finanzielle Probleme gemeinsam lösen.

Das Schwerpunktthema dieser ersten Veranstaltung – die Feste finden im zwei-Jahres-Turnus statt – bildeten dabei die Länder Ecuador, Mexiko und Brasilien. Sie führen gemeinsam mit Taufkirchen Partnerschaftsprojekte



in den Bereichen Umwelt, Soziales, Gesundheit und Bildung durch. Neben Geldern, die durch die Feste eingenommen werden, wird auch Wissen an die Partner vermittelt, denn deutsche Fachleute engagieren sich vor Ort mit ihrem Know-how.

Glanzlicht der Woche war die mit rund 600 Gästen gut besuchte Veranstaltung 'Fiesta Mexicana'. Ein Familienfest mit Tanz- und Musikgruppen aus Mexiko und Taufkirchen, einer großen 'Eine-Welt-Tombola' und mexikanischen Kinderspielen. Die Gewinne der Tombola wurden allesamt von Taufkirchner Geschäftsleuten zur Verfügung gestellt. Für das Fest im Jahr 2003 konnte sogar der akademische Chor Mexiko Citys für einen Auftritt in Taufkirchen gewonnen werden; damit gelang es der Agenda 21 Taufkirchen einen gesellschaftlichen Höhepunkt der Region zu veranstalten. Neben Informationen über das Leben in Mexiko sollte die Veranstaltung dazu beitragen, Kontakte mit den hier lebenden

Lateinamerikanern zu knüpfen, um Feindseligkeiten und Missverständnisse gegenüber Ausländern lateinamerikanischer Herkunft abzubauen. „Deshalb ist es wichtig, dass wir Feedback von unsern Partner im Süden bekommen. Durch den persönlichen Kontakt – einzelne Mitglieder des Arbeitskreises Eine Welt verbinden private Reisen mit Besuchen bei den Partnern – und anhand von Videos, Briefen und Fotos, sehen wir, was wir mit unserem Know-how und unseren Geldern bewegen“, so Dr. Ulrich Pabst, Initiator der Taufkirchner Aktivitäten. Mittlerweile bestehen auch Partnerschaften auf dem afrikanischen Kontinent – in Tansania, Uganda und Ruanda, die ähnlich den südamerikanischen Projekten durch private Initiativen entstanden.



Zur interkulturellen Solidaritätsarbeit im Sommer 2002 zählten Pflanzungen von Partnerschaftsbäumen im Umweltpark und Auftritte der 'KinderKulturKarawane Ndere-Kids', einer Musik- und Tanzgruppe ehemaliger Straßenkinder und Kindersoldaten aus Uganda beim 'Fest der Partnerschaft'. Auch dieses Fest stieß auf große Resonanz in der Öffentlichkeit, wie die Besucherzahlen und Presseberichte erahnen lassen. Im Juni 2004 kam es zu einer Neuauflage dieses Events, bei dem die neue, aktualisierte Informationstafel im Umweltpark enthüllt wurde. Beim parallelen Sommerfest der Gemeinde förderte der Arbeitskreis die Integration ihrer MigrantInnen durch diverse Speisenstände von Ländern wie Uganda, Eritrea, Türkei, Griechenland und Italien – bayerische 'Schmankerl' ergänzten das internationale Menü. Der interkulturelle Austausch findet unmittelbar und in fröhlicher Stimmung statt. Dr. Pabst konstatiert: „Die weltoffene Atmosphäre lässt Stolz auf unsere

Stadt entstehen und wirkt sich so auf uns alle aus.“ Eine so gelungene Verbindung aller hiesigen gesellschaftlichen Kräfte und PartnerInnen aus dem Süden ist sicherlich auch für Ihre Stadt oder Gemeinde attraktiv, oder?

Kontakt:

Stadt Taufkirchen – Agendabüro

Dr. Ulrich Pabst

Ahornring 1

82024 Taufkirchen

Tel.: 089/61203574

Fax: 089/6126234

E-mail: pabst@ulrichpabst.de

www.agenda-taufkirchen.de

Hamburg (ca. 1.700.000 Einwohner)

Die Freie und Hansestadt Hamburg und die Deutsche Welthungerhilfe arbeiteten im Jahr 2004 gemeinsam als 'Partner für Wasser'. Mit Hilfe zahlreicher öffentlichkeitswirksamer Aktionen wurde die Arbeit der Hilfsorganisation vorgestellt und um Unterstützung geworben. Drei Projekte, in Indien, Kuba und Mali, bei denen



die verbesserte Versorgung mit Wasser eine herausragende Rolle spielt, stehen im Mittelpunkt der Bemühungen. Warum engagiert sich Hamburg für diese weit entfernten Länder und Probleme? Hierzu Bürgermeister Ole von Beust: „Unsere Stadt gilt als weltoffen, tolerant und international. Auf diesen Ruf sind wir stolz, aber er verpflichtet zugleich. Deshalb sind wir in diesem Jahr der Partner der Deutschen Welthungerhilfe. Ich freue mich sehr, dass wir viele prominente Paten gefunden haben, die die ‚Partnerschaft für Wasser‘ unterstützen.“ Als Paten und Unterstützer haben sich Ralph Giordano, Hannelore Hoger, Johannes B. Kerner, Professorin Loki Schmidt, Professor Klaus Töpfer und viele andere mehr gefunden. Sie unterstützten die Aktionen, die vor allem während der 'Woche der Welthunger-

hilfe' im September 2004 stattgefunden haben, in dem sie bei kulturellen und politischen Veranstaltungen – wie Lesungen und Diskussionsforen zur nachhaltigen Entwicklung – auftraten.

Prominente – es müssen ja nicht gleich national berühmte Persönlichkeiten sein – lassen sich in jeder Kommune finden. Nutzen Sie deren Bekanntheit für gemeinsame gute Zwecke!

Kontakt:

Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg
Staatliche Pressestelle
Ruth Volkmann
Pressereferentin
Poststr. 11
20354 Hamburg
Tel.: 040/42831-2155
Fax: 040/42831-2180
E-mail: ruth.volkmann@sk.hamburg.de

► **Finanzielle Unterstützung von staatlicher und privater Seite**

Neben den eingangs erwähnten staatlichen Mitteln gibt es weitere Wege zur Finanzierung von Eine-Welt-Aktivitäten. Interessant ist die so genannte ‚Restcentaktion‘, eine besondere Form der ‚Akquisition‘ zusätzlicher Mittel zur Finanzierung von Projekten in der Einen Welt. Die Idee ist einfach: Jeden Monat erscheinen auf der Gehaltsabrechnung nicht nur Euro-, sondern auch Centbeträge. Dem einzelnen fällt überhaupt nicht auf, was hinter dem Komma steht. Zusammengelegt aber können die Restcents von vielen MitarbeiterInnen etwas erreichen. Schon zu Zeiten der D-Mark wurde in Hamburg und Saarbrücken²⁷ die ‚Restpfennigaktion‘ in der kommunalen Verwaltung eingeführt, in deren Rahmen die MitarbeiterInnen der Verwaltung auf die nach dem Komma stehenden – oftmals unbeachteten – Pfennigbeträge ihrer monatlichen Gehälter verzichten und die daraus resultierenden Mittel für humanitäre Projekte zur Verfügung stellen. Ein niedrig schwelliges,

aber breites und dauerhaftes finanzielles Engagement geht so mit der zunehmenden Bereitschaft einer großen Zahl von Menschen einher, extreme Armut nicht mehr als unabänderlich hinzunehmen.

Private Zuwendungen können von unterschiedlichster Seite und in unterschiedlichster Form erfolgen. Im Wesentlichen setzen sie sich zusammen aus Spenden privater Personen, Sachmitteln, Sponsoring von Seiten privater Unternehmen und Banken und nicht zuletzt dem Einsatz großer, in der Entwicklungszusammenarbeit tätiger Organisationen.

Hamburg

Über 25.000 aktive MitarbeiterInnen sowie Versorgungsempfänger (18,2 % des angesprochenen Personenkreises) der Freien und Hansestadt Hamburg spenden jeden Monat den Centbetrag ihres Gehalts. Damit werden in der nicaraguanischen Partnerstadt León Projekte wie der Anschluss an die Wasserversorgung finanziert. Ergänzend zu staatlich finanzierten Maßnahmen konnten so zusätzliche Projekte im Bereich Gesundheit, Hygiene und Trinkwasserversorgung in León finanziert werden. Das Spendenaufkommen belief sich von Januar 1996 bis Ende 2003 auf über 650.000 EUR. Seit 1989 sind León und die Freie und Hansestadt Hamburg durch eine Städtepartnerschaft miteinander verbunden. Ziel ist es, in Hamburg ein besseres Verständnis der Entwicklungsprobleme Leóns zu schaffen und die Anstrengungen der Stadt León zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer BürgerInnen zu unterstützen. Hamburg hilft seiner Partnerstadt auf vielfältige Weise und fördert zahlreiche Projekte zur Selbsthilfe. Abgewickelt wird die Aktion über die für die Gehaltsabrechnung zuständige Stelle. Der einmalige Programieraufwand²⁸ zur Abrechnung sei sehr gering, so Wolfgang Grätz von der Senatskanzlei Hamburg. Die Mittel gehen auf ein gesondertes Sparkonto und werden entsprechend den Projektvereinbarungen nach Nicaragua überwiesen. Über den Verlauf der Projekte und der Städtepartnerschaft werden die Beteiligten regelmäßig informiert.

Mit der Jahreswende 2001/2002 (Umstellung der

27 <http://www.3.saarbruecken.de>

28 Der Spendenbetrag wird in der monatlichen Bezügeabrechnung nach der Berechnung des Netto-Verdienstes errechnet. Hamburg nutzt für Personalverwaltung und Bezügeabrechnung die Standard-Software PAISY mit hamburgspezifischen Anpassungen und Erweiterungen. Für die Software-Wartung und Weiterentwicklung ist das Personalamt – Zentrale Personaldienste – zuständig. Im Programm ist durch Parametrierung (eigene Anpassung) eine besondere Lohnart eingerichtet worden; bei der Lohnart ist programmtechnisch die Rechenformel hinterlegt. In einer Eingabe-Bildschirmmaske sind die Nummern der Lohnart und – für ein nachlaufendes Buchungsverfahren – die Bezeichnung „Leon“ einzugeben. Für die Versorgungsbereiche wird z.Z. noch ein älteres eigenentwickeltes Programm eingesetzt. Dort ist ein vergleichbarer Zahlenschlüssel einzugeben.

Die Abzüge werden über das nachlaufende Zahlungs- und Buchungsverfahren nach jeder Abrechnung für eine Statusgruppe (Beamte, Angestellte, Beamtenversorgung, Ruhegeldversorgung) addiert, auf einer Zwischenbuchungsstelle zusammengeführt und durch Sammelanordnungen auf das korrespondierende Spendenkonto der Senatskanzlei übertragen. Vergleichbare Software-Lösungen bestehen für andere Abzüge nach der Berechnung des Nettoverdienstes, z.B. für die Teilnahme am Großkundenabonnement des Hamburger Verkehrsverbundes.

Eine Verrechnung oder Erstattung der entstehenden Verwaltungskosten ist nicht vorgesehen. Der einmalige Programieraufwand (Parametrierung der Lohnart, Einstellung der Kassenzeichen und Buchungskonten) ist vernachlässigbar gering.

Weitere Informationen zu den verwaltungstechnischen Fragen der Rest-Cent-Aktion erteilt das Personalamt der Freien Hansestadt Hamburg. Thorsten.Pommerening@personalamt.hamburg.de



Gehälter von Deutscher Mark auf Euro) wurde die Restpfennig-Aktion erfolgreich auf die Centbeträge hinter dem Komma umgestellt; die Bereitschaft der TeilnehmerInnen, ihre Beiträge fast zu verdoppeln, war nahezu einhellig.

Die Restcentaktion bildet innerhalb der Nord-Süd-Städtepartnerschaft eine stabile Brücke zwischen der Solidargemeinschaft der Beteiligten in Hamburg und der Selbsthilfegemeinschaft der Projektträger in León. Während dort mit Hilfe eines stetigen Mittelzuflusses die Lebensbedingungen der ärmsten Bevölkerungsteile entscheidend verbessert werden können, schärfen die Projektinformationen bei den zahlreichen SpenderInnen exemplarisch das Bewusstsein und die Anteilnah-

me für die Entwicklungsprobleme in den Ländern des Südens. Mit wenigen Cents und wirklich überschaubarem Verwaltungsaufwand viel bewirken – dies ist doch auch in Ihrer Kommune ohne große Mühen möglich?

Kontakt:

Wolfgang Grätz
Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg
Referat für Entwicklungspolitik
Poststraße 11
20354 Hamburg
E-Mail: wolfgang.graetz@sk.hamburg.de

Gelsenkirchen (ca. 280.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Im Juni 2000 gab sich Gelsenkirchen noch sportlicher als sonst: 3.300 SchülerInnen liefen um ihr Schulgebäude oder den nahe gelegenen Sportplatz. Für jede Runde zahlten Eltern, Angehörige oder Gelsenkirchener Firmen einen vereinbarten Geldbetrag. Ihre Sponsoren hatten sich die Kinder aus elf Gymnasien, Grund- und Gesamtschulen vorher selbst gesucht und sich damit schließlich 66.000 Mark erlaufen.

Seit diesem erfreulichen und erfolgreichen Beginn findet die Aktion jährlich mit wachsendem Zuspruch statt. Als Organisator der Aktion kann das Agenda-Büro der Stadt auf das Ergebnis des Sponsorenlaufs 2003 verweisen: die stolze Summe von 45.000 EUR wurde von SchülerInnen und LehrerInnen erlaufen.

Die Hälfte des Geldes kommt den beteiligten Schulen zugute, Fassaden werden begrünt, eigene Umweltprojekte finanziert, wie die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des städtischen Jugendamtes, oder Partnerschulen im Ausland unterstützt. Die andere Hälfte des Geldes aber geht an das gemeinnützige Süd-Nord-Ost-West-Netzwerk e.V. (S.N.O.W.), das sich für die lokale und globale Förderung erneuerbarer Energiequellen einsetzt. In Indien zum Beispiel liefert heute eine Solaranlage den Strom für die Pumpe zur Feldbewässerung und die Lampen einer Schule. S.N.O.W.-Projekte in Hamm und Münster ermöglichten dies. Die aus der Stromeinspeisung erwirtschafteten Erträge dienen S.N.O.W. in den kommenden 20 Jahren zur Förderung weiterer Solar-Energieprojekte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Werner Rybarski vom Agenda 21-Büro der Stadt stellt fest: „Der Erfolg des (Um-)Weltsponsorenlaufs liegt natürlich auch darin, dass die Gelsenkirchener Schulen auch für ihre eigenen Projekte finanzielle Unterstützung bekommen. Bei dieser Aktion profitieren also alle Akteure gleichermaßen: unsere SchülerInnen vor Ort und die Menschen im Süden, die nun nachhaltige Energie nutzen können.“

Kontakt:

Stadt Gelsenkirchen aGEnda 21-Büro
 Werner Rybarski
 Von-Oven-Straße 17
 45879 Gelsenkirchen
 Tel.: 0209/14791-30
 Fax: 0209/14791-31
 E-mail: aGEnda21@aol.com

► Qualifizierung der VerwaltungsmitarbeiterInnen

Im Rahmen der kommunalen Verwaltungsreform sind die kommunalen MitarbeiterInnen auf dem Wege, ein neues Rollenverständnis von der Verwaltung und ihrem eigenem Part hierin zu entwickeln: sie sind immer weniger funktionierender Teil in einer Ordnungskommune, sondern selbst verantwortlicher Gestalter einer Dienst leistenden, öffentlichen Institution. Ihnen selbst kommt dabei eine stärker werdende Moderations- und Motivationsfunktion zu, die mit Wissen und Erfahrung ausgeübt sein will. Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen helfen, diesen neuen Herausforderungen gerecht zu werden.

Leipzig/Lernwerkstatt

Wie können Vorstände und MitarbeiterInnen von kleineren Vereinen bei der fachlichen Qualifizierung sinnvoll unterstützt werden? Da es keine geeignete Institution gab, die diese Bildungslücke füllte, gründeten Ines Hantschick, die 14 Jahre ehrenamtlich einen Leipziger Bürgerverein leitete und Dr. Jürgen Salomon vom Verband der sächsischen Bildungsinstitute und Professor Jörg Knoll (Direktor am Seminar für Erwachsenenpädagogik der Universität Leipzig) im Jahr 2000 eine Lernwerkstatt für Vereine.

Die Themen der Kurse werden zuvor durch Befragung bei den rund 300 Leipziger Vereinen ermittelt, so dass das Kursangebot bedarfsgerecht gesteuert ist. Steuer und Buchhaltung, Recht und Multimedia, um nur einige der Themen zu nennen, werden von den meist ehrenamtlichen Vereinsmitarbeitern rege nachgefragt. Alle Dozenten kommen aus der beruflichen Praxis. Die Veranstaltungen werden zu 100% aus dem europäischen Sozialfonds gefördert, Anträge hierzu können bei der Sächsischen Aufbaubank gestellt werden.

Über mangelnde Resonanz kann Ines Hantschick nicht klagen: „Kunden haben wir wahrlich genügend“. So ist es denn auch nicht überraschend, dass die Lernwerkstatt im Rahmen des Programms 'Lernende Region – Förderung von Netzwerken', initiiert durch das Bundes-

ministerium für Bildung und Forschung mit Beteiligung aller Länder und der Europäischen Union ab 2003 finanziell gefördert wird. Gibt es nicht auch in Ihrer Kommune Interessierte und Engagierte, die mehr Kompetenzen und Kenntnisse erlangen möchten – helfen Sie mit, eine Bildungslücke zu schließen.

Kontakt:

Ines Hantschick
 Lernwerkstatt Leipzig
 Marschnerstr. 5
 04109 Leipzig
 Tel.: 0341/9629750
 Fax: 0341/9839560
 E-mail: ineshantschick@gmx.de

Praktika für ausländische Studierende und Fachleute

Stadtverwaltungen und auch die örtliche Privatwirtschaft bieten Praktika für ausländische Studierende und Fachleute der Partnerstädte an, um so einen gegenseitigen und vielfältigen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Aachen (ca. 243.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

„Warum sollen sich Kommunen international engagieren und vernetzen?“ Das wurden die InitiatorInnen der Agenda-Partnerschaft Aachen-Kapstadt gefragt.

Gabriele Schütz-Lembach vom Aachener Agenda-Büro gibt die Antwort: „Der Nutzen für die Kommunen besteht zum Beispiel darin, aus der Partnerkommune erste Lösungsansätze für soziale oder ökologische Probleme zu bekommen.“ 1997 wurde die Agenda-Partnerschaft²⁹ vom Khayelitsha Education Ressource and Information Centre (KERIC) und der Aachener Südafrika Initiative im Welthaus initiiert. Seitdem tauschen die Partnerorganisationen mit Hilfe von Förderprogrammen der InWEnt gGmbH Personal und Know-how aus. 1999 legten die Städte mit den beteiligten NROs im 'Memorandum of Understanding' die Kooperationsfelder wirtschaftliche Zusammenarbeit, Austausch von SchülerInnen, StudentInnen, KünstlerInnen und Erfahrungen zur lokalen Agenda 21 fest. ChemiestudentInnen und GärtnerInnen konnten dank des ASA-Programms³⁰ wertvolle Einblicke in die jeweils anderen Vorgehensweisen gewinnen. Das Katasteramt Aachen profitierte ebenfalls durch den Besuch der Fachleute für Geographische Informationssysteme (GIS), die über die fortschrittliche kartographische Digitalisierung von Karten in Südafrika staunten. Dank eines Austausches im Energiebereich der beiden Kommunen konnte ein Klimaschutzexperte Aachens über den südafrikanischen Strommarkt berichten und gewinnbringende Vergleiche für den heimatischen Markt herleiten. Auch für die Aktivitäten in der Beratungsarbeit – der Aachener Frauennotruf und die Aidshilfe – ist ein Erfahrungsaustausch und Systemvergleich mit den Ansprechpartnern in Kapstadt aufschlussreich.

Im Bereich der Kunst hat sich ebenfalls ein schöner Austausch etabliert: deutsche und südafrikanische KünstlerInnen gestalten Wandbilder in der Aachener Innenstadt und in Kapstadt. Im Jahr 2004 findet erneut ein StudentInnenaustausch statt: Ein Bauwagen, gefüllt mit Werkzeug und Materialien, mit denen SchülerInnen ih-

ren Schulhof ökologisch und sozial umgestaltet haben, soll in Kapstadt bekannt gemacht werden und später auch dort eingesetzt werden.

„Die Kooperation zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen wurde durch die gegenseitigen Besuche und Erfahrungen verbessert und intensiviert“, bewertet Gabriele Schütz-Lembach die bisherigen Aktivitäten, die so erfolgreich fortgeführt werden.

Kontakt:

Stadt Aachen

Gabriele Schütz-Lembach

Reumontstr. 1

52066 Aachen

Tel.: 0241/4323-615

Fax: 0241/432-3699

E-mail: gsl@mail.aachen.de

<http://www.agenda21.aachen.de>

An übergeordnete Bundes- und Landesvorhaben anknüpfen

Es gibt bundes- und landesweite Programme, die sowohl der eigenen Kommune vor Ort als auch dem Gemeinwesen in den Entwicklungsländer zu Gute kommen, an dieser Stelle können nur einige Angebote auf Bundesebene benannt werden: Fair Feels Good³¹, Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS)³², Ökologischer Landbau³³ und Programme rund um Energie und ums Energiesparen³⁴.

Neuss (ca. 151.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Im Jahr 1990 schlossen sich 18 Eine/Dritte-Welt-Gruppen und Einrichtungen zur Neusser Eine-Welt-Initiative (NEWI) e.V. zusammen; inzwischen sind es 30. Die bisher über 70 Mitgliederversammlungen, die alle sechs Wochen stattfinden, werden im Durchschnitt von 15 ehrenamtlichen Mitgliedern besucht. Deren Ziel ist es, die ungleichen Nord-Süd-Beziehungen zu verändern und MitstreiterInnen aus Politik, Kunst, Wirtschaft und Verwaltung zu gewinnen.

Seit 1996 bilden die Aktivitäten zur Lokalen Agenda 21 einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit. Die NEWI hat diesen Prozess mit ins Leben gerufen. „Der Faire Handel ist uns dabei besonders wichtig“, stellt Gisela Welbers von NEWI fest. Die Kampagne des Landes Nordrhein-Westfalen ‚Wir handeln fair. NRW‘ wurde

29 <http://www.aachen-kapstadt.de/start.html>

30 <http://www.asa-programm.de/site/index.php>

31 <http://www.fair-feels-good.de/fairfeelsgood.php/cat/1/title/home>

32 http://www.los-online.de/content/e283/los_konzept.pdf

33 <http://www.bundesprogramm-oekolandbau.de/>

34 <http://www.energiebig.de/6-linksss/frameset.htm>



2001 ins Leben gerufen und endete 2003³⁵. Aktionen der NEWI wie ‚Faire Bälle für Neusser Vereine‘ und ‚St. Martinstütten – fair gefüllt‘, die in der Broschüre ‚Darf’s ein bisschen fair sein?‘ aufgeführt sind, tragen dazu bei, fair gehandelte Produkte bekannt zu machen und Multiplikationseffekte zu erzielen.

Bei diesen und vielen anderen Aktionen findet häufig eine enge Zusammenarbeit mit der Neusser Kommunalverwaltung statt. NEWI regte auch an, dass die Stadt Neuss erstes kommunales Fördermitglied von Transfair wird. So kam es, dass in Neuss die öffentliche Abschlussveranstaltung der ersten Fairen Woche 2001 stattfand. Das Andocken an die Landesinitiative gab dem lokalen Netzwerk neue Impulse und die Möglichkeit, eine übergeordnete Infrastruktur zu nutzen. Machen auch Sie Gebrauch von den zahlreichen Bundes- und Landesprogrammen für Ihre kommunalen Interessen.

Kontakt:

Neusser Eine-Welt-Initiative e.V

Gisela Welbers

Drususallee 59

41460 Neuss

Tel.: 02131/18550

Fax. 02131/23178

E-mail: info@newi-ev.de

<http://www.newi-ev.de>

Stadt Neuss, Umweltamt

Dagmar Vogt-Sädler

Michaelstraße 50

41456 Neuss

Tel.: 02131/90-3303

Fax: 02131/90-2470

E-mail: dagmar.vogt-saedler@stadt.neuss.de

<http://www.stadt.neuss.de>

Einbindung von BürgerInnen und Gruppierungen in Planungs- und Entscheidungsprozesse

Kommunale Pläne stoßen heute auf immer mehr Interesse seitens der BürgerInnen. Deren Kritik und Anregungen gilt es bei der Entstehung und Realisierung von Projekten zu berücksichtigen.

Berlin, Bezirk Neukölln (ca. 300.000 Einwohner)

In Neukölln entsteht die erste ‚Jugendstraße‘ Deutschlands. In der 350 Meter langen Straße gibt es keine Wohnbebauung und kaum Verkehr. Dafür befinden sich dort der Jugendclub MANEGE, eine Haupt- und eine Realschule, zwei Kindertagesstätten und mehrere Spiel- und Sportflächen. Die räumlichen Gegebenheiten bieten hervorragende Voraussetzungen zur Verknüpfung von Jugendarbeit, Schule, Ausbildung und Sozialarbeit.

Träger des außergewöhnlichen Projektes ist der eingetragene Verein ‚Fusion Intercultural Projects Berlin‘, der eng mit Senats-, Bezirksverwaltung und Quartiersmanagement Reuter-Kiez zusammenarbeitet. Den Initiatoren Martha Galvis de Janzer und ihrem Mann Wolfgang gelingt es, durch die Verbindung von Kunst und Stadtplanung einen einzigartigen Ort entstehen zu lassen, der die Potenziale des multikulturellen Quartiers nutzt. Das Besondere: die Jugendlichen bestimmen die Gestaltung ihrer Straße wesentlich mit. Das dortige Jugendzentrum als Anlaufstelle und große Kunstobjekte der Initiatoren in der Stadtlandschaft bieten Ort und Anlass, miteinander ins Gespräch zu kommen. Martha Galvis de Janzer erklärt: „Durch die spielerische Einbindung bei der Gestaltung unserer Objekte, lernen die Jugendlichen langsam Verantwortung zu übernehmen. So kam es, dass sie jetzt – gemeinsam mit nur einer in Geschäftsführung erfahrenen Person – das Straßen Café des Viertels betreiben.“

Die Zusammenarbeit mit den bezirklichen Ämtern Straßenbau, Tief- und Hochbau funktioniert zur Zufriedenheit aller Projektpartner. Maßgebliche Unterstützung erfolgt auch von Seiten des Bürgermeisters des Bezirks, Heinz Buschkowsky, so dass die Umsetzung der Konzepte zügig voranschreitet. Die Finanzierung erfolgt über Projektmittel des Bund-Länder-Programms Soziale

35 <http://www.wirhandelnfair-nrw.de/start.html>

Stadt und Zuschüsse des Bezirks Neukölln. Darüber hinaus wird das Projekt durch Sponsoring und Spenden unterstützt. Die Begeisterung für Kunst und Gestaltung kann vielerorts geweckt werden, vielleicht gibt es auch in Ihrer Stadt oder Gemeinde noch ‚brachliegende‘ Möglichkeiten?

Kontakt:

Fusion Intercultural Projects Berlin e.V.
Wolfgang und Martha Galvis de Janzer
Pannierstr. 58
12045 Berlin
Tel.: 030/62005241
Fax: 030/62005242
E-mail: info@jungendstrasse-berlin.de
www.jugendstrasse-berlin.de

Offizielle Bürgermeister-, Projekt-, Schul- oder Städtepartnerschaften

Die lokalen Partnerschaften mit Akteuren aus Entwicklungs- und Schwellenländern haben das Hauptaugenmerk auf die konkrete Zusammenarbeit in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern gerichtet. Sie orientieren sich also unterschiedlich im Vergleich zu den traditionellen Städtepartnerschaften, die zumeist innerhalb der Staaten der Europäischen Union im Sinne der Völkerverständigung begründet sind. Die Besuche und Kontakte mit PartnerInnen dieser Kooperationen sind dabei ein wichtiger Ansporn für das Engagement der BürgerInnen in beiden Kommunen.



Kernen (ca. 15.000 Einwohner, Baden-Württemberg)

Die Partnerschaft Kernen-Masvingo besteht seit 1990. Eine baden-württembergische Stadt geht die Partnerschaft mit einem Ort in Simbabwe, einem Entwicklungsland, ein – eine eher seltene Konstellation in Deutschland. Doch Kernen zeigt, dass sich die noch unübliche Allianz für beide Seiten lohnt.

In beiden Städten wurden Partnergesellschaften in Form eingetragener Vereine gegründet, um die administrativen Aufgaben des jeweiligen Projekts untereinander aufzuteilen. Die Projekt-Vorschläge gehen von den Menschen in Masvingo aus, die Ausführung obliegt beiden Partnern. Jedes Projekt wird nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zu 50% selbst finanziert. Spendsammeln ist auch ein wichtiger Teil der Arbeit der Kernen-Masvingo-Gesellschaft, doch primär geht es um den persönlichen Einsatz der Mitglieder: eine Fahrradrallye, Dia- und Filmvorträge, Diskussionsrunden und Ausstellungen zeugen von großem Engagement. Wichtig sind vor allem die menschlichen Begegnungen, die oft stattfinden: bei Reisen, beim Austausch von PraktikantInnen und der Übernahme einer Patenschaft für Kinder aus Masvingo. Hier helfen das Waisenhaus oder die örtliche Blindenklinik bei der Vermittlung, so dass eine weitere Ebene des persönlichen Kontakts entsteht.

So findet auch seit 1999 ein regelmäßiges multikulturelles Workcamp von Jugendlichen statt, die am Bau von Schul-, Altenheim-, Internats- und Klinikgebäuden mitwirken.

Da Kernen nicht nur mit Masvingo eine Partnerschaft unterhält, sondern auch noch mit zwei Städten in Frankreich und einer in Ungarn, werden diese in die Aktionen mit den Partnern aus Simbabwe erfolgreich eingebunden. 2004 findet die internationale Jugendbegegnung aller Partner in Dombóvár, Ungarn, statt.

Auffällig ist außerdem die Beständigkeit des Engagements, das die über 130 Mitglieder der Gesellschaft und die 75 Pateneltern übernommen haben. Hierzu Dieter Kaiser von der Partnergesellschaft Kernen-Masvingo: „Wichtig ist, dass wir unsere Partnerschaft nicht in einer Honoratiorengesellschaft, sondern in der Bürgerschaft leben. Deshalb wächst unsere Gesellschaft beständig und die Nachfolge ist gesichert.“

Die Gemeinde Kernen übernimmt gemeinsam mit der deutschen und der simbabwischen Partnergesellschaft die Finanzierung der Flüge der Jugendlichen aus Simbabwe, denn internationale Kontaktpflege und Image sind, neben großer Herzlichkeit der Begegnungen, die gewünschten Nebeneffekte.

Kontakt:

Partnergesellschaft Kernen-Masvingo
Dieter Kaiser
Kelterstraße 21
71294 Kernen
Tel.: 07151/43212
Fax: 07151/43643
www.kernen.de
E-mail: mail@dieterkaiser.com

Geschäftsstelle Julia Rost (Rathaus)
 Stettener Straße 12
 71397 Kernen i.R.
 Tel.: 07151/4014146
 Fax: 07151/4014125
 E-mail: julia.rost@kernen.de

Ernennung eines (hauptamtlichen) Eine-Welt-Beauftragten in der Verwaltung

Engagierte BürgerInnen müssen ohne große Mühen in der kommunalen Verwaltung einen zentralen Ansprechpartner für Ihre Ideen und Fragen zu Nachhaltigkeit und Eine-Welt-Themen finden, der ihnen beim Bewältigen eventueller verwaltungsbedingter Hürden hilft. Es ist deshalb sinnvoll, eine/n MitarbeiterIn zu benennen, um direkte und dienliche Auskunft geben zu können.

Wir haben schon jetzt gesehen, dass viele Ressorts thematische Anknüpfungspunkte aufweisen, es geht also im konkreten Fall darum, eine/n der vielen möglichen KandidatInnen zu benennen. Aber auch ein Ansprechpartner, der an einer zentralen Stelle der kommunalen Strukturen tätig ist, kann dem Fragenden konkrete Hinweise zum weiteren Vorgehen geben.

Die Eine-Welt-Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen, Tina Jerman, ist gern bereit, auch bundesweit Hilfestellung zu bieten.

Kontakt:

Tina Jerman
 Eine-Welt-Beauftragte des Landes NRW
 Sitz: MUNLV
 Schwannstr. 3
 40479 Düsseldorf
 Tel.: 0211-4566-248
 Fax: 0211-4566-424
 E-mail: tina.jerman@munlv.nrw.de

Indikatoren zur Messung von Bürgerbeteiligung und von Eine-Welt- Aktivitäten nutzen

Natürlich kann jede Verwaltung selbst Indikatoren bestimmen und danach steuernd handeln, möglich ist aber auch die Übernahme der Indikatoren aus dem Kommunalen Vergleichsring für Eine-Welt-Aktivitäten. Bei dem vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projekt, Vergleichs-

um komplizierte Sachverhalte und um die Beantwortung ungewohnter Fragen. Die beteiligten acht Kommunen – Augsburg, Bottrop, Brühl, Diepholz, Hannover, Neuss, Rodgau und Singen wollen ihre globale Verträglichkeit unter die Lupe nehmen. Sie sollen beispielsweise darüber Auskunft geben, wie viele MigrantInnen in den Agenda-Gremien arbeiten, wie viele BürgerInnen interkulturelle Veranstaltungen besuchen oder wie hoch die Fördermittel für entwicklungspolitische Inlandsarbeit sind. Die Indikatorenerhebung, hier 'Kennzahlen', wurde in Form eines Vergleichsrings vorgenommen, der von dem katholischen Hilfswerk Misereor und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) mit Unterstützung von Agenda-Transfer durchgeführt wurde.

Für die fünf Handlungsfelder ‚Beteiligung‘, ‚sozialer Ausgleich‘, ‚Umwelt‘, ‚Wirtschaft‘ und ‚Kultur‘ haben die MitarbeiterInnen der beteiligten Kommunen Daten zu 52 Kennzahlen erhoben. Einige der Daten lagen den statistischen Ämtern leider nicht vor. „Das war uns von Anfang an bewusst“, erklärt Michaela Maurer von der KGSt. „Aus diesem Grund versuchen wir, einige Daten mit Fragebögen zu ermitteln.“ Sie richten sich an die kommunalen Agenda-Beauftragten und an örtliche Eine-Welt-Initiativen, die manchmal das Wissen haben, das Statistikern fehlt. Das erste Treffen des Vergleichsrings fand am 26. April 2001 in Frankfurt am Main statt, es folgten weitere Arbeitssitzungen im Juni 2001 und 2002. Im Dezember 2002 wurde die bisher angewandte Methodik auf ihre Übertragbarkeit hin überprüft und alle bisherigen Ergebnisse in einem Leitfaden zusammengestellt. Letzterer wurde beim Abschluss-symposium am 25. März 2003 in Köln im Deutschen Städtetag vorgestellt und ist im Internet unter www.mittelstrass.de/agenda/index/htm einzusehen und bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zu bestellen.

Augsburg (ca. 258.000 Einwohner, Bayern)

Auslöser für die Erarbeitung der Indikatoren für Augsburg war der Beitritt zum Klimabündnis im April 1998. Das Klima-Bündnis e.V. initiierte 1998 das Pilotprojekt zur Erarbeitung eines Indikatorensystems, an dem acht Mitgliedskommunen teilnahmen. Durch diese Indikatoren soll festgestellt werden, ob durchgeführte Maßnahmen im Sinne nachhaltiger Entwicklung sind. Ab August 1999 erfolgte in Augsburg die Sammlung spezifischer Indikatoren-Vorschläge und die Erarbeitung stimmiger Handlungsfelder. Koordiniert von der Stadtverwaltung ergaben sich letztendlich dank zahlreicher

ring-Lokale Agenda 21/Kommune in der Welt³⁶ geht es

Bürgerbeteiligung und Vorschlägen aus Ämtern, Han-

36 <http://www.eine-welt-mvg.de>

delskammer und Universität sowie einer abschließenden Machbarkeitsstudie 13 Indikatoren. Die klassische Unterteilung in soziale, ökologische und ökonomische Aspekte ist auch hier übernommen und für anwendungsfreundlich befunden worden, so finden sich zum Beispiel Indikatoren, die so genannten Handlungsfelder, wie Trinkwasser, Bürgerengagement und Verteilung von Arbeit. Die ausgewählten Indikatoren wurden im Laufe des Jahres 2000 zum 'Augsburger Nachhaltigkeits-Index' zusammengestellt, der wiederum unter anderem als Basis für das 'Handlungsprogramm Augsburger Agenda 21' diente. Die Daten werden seitdem regelmäßig einmal pro Jahr ermittelt und veröffentlicht. Die dadurch erkennbaren Entwicklungen über einen längeren Zeitraum geben immer wieder Diskussionsanstöße. Im Sommer 2003 wurde Augsburg wegen seiner nachweislich positiven Aktivitäten im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs 'Zukunftsfähige Kommune' in einer öffentlichen Veranstaltung ausgezeichnet; hier wurden auch Augsburger BürgerInnen erreicht, die an Agenda-Debatten sonst nicht aktiv teilnehmen. Für Hans-Peter Koch, tätig im Umweltamt der Stadt Augsburg, liegt der Ansatz für das Indikatorensystem in der Entwicklung eines Handlungsprogramms zur Nachhaltigkeit. „Hier entwickeln wir die jeweiligen Indikatoren, passen sie an oder ergänzen sie und schreiben den Prozess im Sinne der Lokalen Agenda 21 stetig fort.“ Wagen Sie einen Blick auf den Leitfaden, passen sie das Indikatorensystem – so es erforderlich ist – Ihren Bedürfnissen vor Ort an und erreichen Sie so eine nachhaltige Entwicklung Ihrer Kommune!

Kontakt:

Stadt Augsburg -
Umweltamt Städtische Geschäftsstelle Lokale Agenda 21
Hans-Peter Koch
Fuggerstraße 12a
86150 Augsburg
Tel.: 0821/324-7326
Fax: 0821/324-7323
E-mail: umweltamt.stadt@augzburg.de
www.augszburg.de/Seiten/augszburg_d/index/umwelt.shtml

Entwickeln und Durchführen einer Eine-Welt-Verträglichkeitsprüfung

Pleidelsheim (ca. 6.000 Einwohner,
Baden-Württemberg)

Die Aufforderung des Kapitels 28 der Agenda 21, auf kommunaler Ebene für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen, zielt nicht auf einzelne Projekte ab. Vielmehr geht es Annegret Bartenbach, Agenda-Beauftragte der Gemeinde Pleidelsheim in Baden-Württemberg, darum, die Auswirkungen lokaler Entscheidungen auf die Umwelt, auf die soziale Lage der Menschen und auf die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort, wie auch auf Länder im Süden und Osten zu berücksichtigen.

Um diese Aspekte im Alltag von Politik und Verwaltung zu verankern, entwickelte Annegret Bartenbach eine Checkliste. Als Vorbild dienten ihr die so genannten 'Umweltqualitätsziele' der Stadt Ludwigsburg die 'Prüfliste Nachhaltigkeit' der Stadt Mainz und der Ravensburger 'Leitfaden zur Nachhaltigen Entwicklung'³⁷. Die von ihr entwickelte Checkliste dient bei Anträgen an den Gemeinderat unter anderem der Berücksichtigung regionaler, überregionaler oder globaler Effekte sowie dem Aufzeigen von Folgekosten oder Schadstoffemissionen.

Zu Beginn der Aktion fanden sich unter den vier Themenblöcken zur Zukunftsfähigkeit, sozialen Gerechtigkeit, ökonomischen Nachhaltigkeit und ökologischen Tragfähigkeit 25 Detailfragen, die durch Ankreuzen auszufüllen sind. Diese Herangehensweise erleichterte die politische Entscheidungsfindung und sachliche Argumentation, zudem ist das Prinzip ohne weiteres übertragbar.

Nachdem die Checklisten ein fester Bestandteil der Gemeindegewerkschaft geworden sind, wurden sie jedoch im Laufe der Zeit gekürzt. Kritik kam auf, dass diese zu umfangreich seien, doch auch in reduzierter Form haben sie Modellcharakter. Annegret Bartenbach schließt mit den Worten: „Durch die Checklisten konnten einige Vorlagen im Entscheidungsvorfeld zugunsten der Einen Welt korrigiert werden“.

Kontakt:

Gemeinde Pleidelsheim
Annegret Bartenbach
Marbacher Straße 5
74385 Pleidelsheim
Tel.: 07144/264-27
Fax: 07144/264-28
E-mail: a.bartenbach@rathaus-pleidelsheim.de
www.pleidelsheim.de

Erstellen eines Nachhaltigkeitsberichts

Immer mehr Kommunen³⁸ dokumentieren den Stand und die Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung in einem Nachhaltigkeitsbericht. Unterschiedliche lokale Bedingungen verlangen unterschiedliche Konzepte. Um im Sinne der lokalen Agenda 21 ein Aktionsprogramm zu entwickeln, müssen zunächst die Ausgangslage und die Bedürfnisse ermittelt werden. Ein Nachhaltigkeitsbericht ist Grundlage und Auftrag zum Handeln im Sinne der lokalen Agenda 21.

Wuppertal (ca. 363.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Als Kooperationsprojekt der Stadtverwaltung Wuppertal, der Universität und der Agenda-Akteure werden seit dem Jahr 2000 'Indikatoren zur Beobachtung und Steuerung der Entwicklung der Stadt' erarbeitet, 2001 erschien der erste Bericht. Begonnen wurde mit den Indikatoren zu 'Umweltqualität und Stadtraum', es folgten die sozialen und ökonomischen Indikatoren 'Soziales und Kultur', 'Attraktives Wuppertal' sowie 'Wirtschaftliche Vitalität'. Wasserqualität ist ebenso ein Vergleichswert wie Sterblichkeit, Haushaltsfehlbetrag und Übernachtungsrate; seit 2002 sind die insgesamt 39 Indikatoren des Nachhaltigkeitsberichtes zusammengestellt. Im ersten Halbjahr 2003 wurde abschließend geprüft, ob die gewählten Indikatoren geeignet sind, den Zustand und die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt zu beschreiben und zielgerichtetes Verwaltungshandeln zu bewirken. Die Kommentare der dazu befragten Ressorts sind zwar noch zögerlich, doch der dritte Bericht ist schon in Arbeit.

Bei der Berichterstattung 2003³⁹ und aller zukünftigen Jahre werden sowohl Ist-Werte als auch Vergleiche mit Städten ähnlicher Größenordnung dargestellt.

Erwin Rothgang, Beauftragter der Stadt Wuppertal für Nachhaltige Entwicklung, beurteilt den Nachhaltigkeitsbericht durchwegs positiv: „Der Bericht unterstützt die Arbeit an der Kommunalen Agenda 21 in Wuppertal indem er die politischen Gremien, die Stadtverwaltung und die interessierte Öffentlichkeit informiert. Er regt zu Diskussionen an und bildet als Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation eine wichtige Grundlage für unsere nachhaltige Stadtentwicklung, denn es ist uns gelungen, das Grundprinzip der Nachhaltigkeit in unserer Kommunalpolitik einzuführen. Durch ‚good governance‘ sorgen wir für Standortbedingungen, die zum Anspruch für gut organisierte Kommunen werden.“

Welche Kommune möchte nicht diesem Anspruch ge-

nügen? Vielleicht ist die Erarbeitung eines Nachhaltigkeitsberichts auch für Sie ein möglicher Weg zur nachhaltigen kommunalen Entwicklung.

Kontakt:

Stadt Wuppertal
Ressort Umweltschutz
Erwin Rothgang
Große Flurstr. 10
42275 Wuppertal
Tel.: 0202/563-5915
Fax: 0202/563-8453
E-mail: erwin.rothgang@stadt.wuppertal.de
www.wuppertal.de

Erarbeitung einer lokalen Demokratiebilanz

Ziel der lokalen Demokratiebilanz ist es, in regelmäßigen Abständen den erreichten Grad der Bürgerorientierung innerhalb einer Kommune zu prüfen und zu dokumentieren. Das aus dem skandinavischen Raum eingeführte Instrument dient den Kommunen dazu, mögliche Schwachstellen und Probleme sowie den daraus resultierenden Handlungsbedarf zu erkennen und aufzugreifen. Der am Ende stehende Bericht benennt konkrete Ziele, Maßnahmen und Projekte für eine weitere Stärkung der Bürgerorientierung der jeweiligen Kommune – unter Angabe der angestrebten Zeiträume der Umsetzung sowie der ProjektträgerInnen und -förderer.

Leipzig

Initiiert durch den Sprecherrat der Leipziger Bürgervereine wird unter Koordination des Stadtbüros seit dem Jahr 2003 an einer Demokratiebilanz für Leipzig gearbeitet. Dazu erfolgt sowohl eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten bei der Stadtverwaltung als auch eine repräsentative Befragung von BürgerInnen. Dabei wird nach der direkten Beteiligung von BürgerInnen an städtischen Planungen und Entscheidungen gefragt. Verschiedene Modellkommunen, unter ihnen Leipzig, gehen bei der Erstellung der Demokratiebilanz von einem Zehn-Schritt-Modell aus:

1. Beschluss des Kommunalparlaments.
2. Bildung einer Programmgruppe zur Prozessbegleitung.
3. Selbstevaluation der Verwaltung hinsichtlich ihrer Bürgerorientierung.
4. BürgerInnenbefragung durchführen.

38 Beispiele veröffentlichter Nachhaltigkeitsberichte: <http://www.baum-group.de>

39 http://www.wuppertal.de/rathaus_behoerden/extern.cfm?linl=/rathaus_behoerden/pdf_archiv/nachhaltigkeitsberichte.pdf

5. Bestandsaufnahmen aufgrund der Verwaltungs-enquete und der BürgerInnenbefragung.
6. Statusreport erarbeiten und Handlungsempfehlungen formulieren.
7. Statusreport mit der Bitte um Stellungnahme und Einarbeitung von Änderungen an interessierte BürgerInnen weiterleiten.
8. Vorlage des Berichts im Kommunalparlament.
9. Erfolgskontrolle hinsichtlich der Umsetzung der Handlungsempfehlungen durchführen.
10. Lokale Demokratiebilanz regelmäßig wiederholen⁴⁰.

Die ‚Demokratiebilanz für Leipzig‘ läuft auf Hochtouren. Das Verfahren wird in einigen Modellkommunen mit Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung im Rahmen des CIVITAS-Projektes eingeführt und betreut. Für die Leipziger Demokratiebilanz wurden grundlegende Analysen durchgeführt und teilweise abgeschlossen:

In einer schriftlichen Bürgerbefragung wurden 2.000 Personen zur Zufriedenheit mit der hiesigen Demokratie befragt. Grundbotschaft: viele wollen sich engagieren, fühlen sich aber nicht ausreichend informiert und bewerten ihren Einfluss eher als gering. Mit Unterstützung von PolitikstudentInnen der Uni Leipzig wurde die ‚Verwaltungs-enquete‘ durchgeführt, die Interviews in 30 Ämtern geführt haben, um herauszufinden, was zur Förderung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement getan wird.

Schließlich wurden rund 300 Jugendliche zu Beteiligungsmöglichkeiten befragt. Die zusammenfassende Auswertung erfolgt in Form eines ‚Statusreports‘, der vom Stadtbüro erarbeitet wird und dem Stadtrat vorgelegt werden soll. Im Oktober 2004 erklärt sich die Stadt Leipzig bereit, 4.000 Euro für den Statusreport freizugeben, der die Ergebnisse zweier Befragungen unter Bürgern sowie Rathausbediensteten vergleicht und daraus praktische Handlungsempfehlungen ableitet.

In der Auswertung der Befragungen wurden einige Projektvorschläge ausgewählt, um deren Umsetzung sich der Arbeitskreis Demokratiebilanz – in dem unter anderem das Stadtbüro, die Volkshochschule Leipzig, das Agenda-Büro, der Sprecherrat und die Bürgervereine vertreten sind – kümmern will.

Ralph Keppler vom Stadtbüro Leipzig blickt zuversichtlich in die weitere Zukunft der Demokratiebilanz: „Der Arbeitskreis forciert den Dialog von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft. Unsere Aktivitäten werden besonders im Rahmen von Veranstaltungsreihen von der

Öffentlichkeit wahrgenommen. Der Prozess wird bald erfolgreich abgeschlossen sein.“

Kontakt:

Ralph Keppler
Stadtbüro Leipzig
Referat Kommunikation und Stadtbüro
Martin-Luther-Ring 4-6
04109 Leipzig
Tel.: 0341/1232097
www.leipzig.de

Ermittlung einer Eine-Welt-Bilanz

Die Eine-Welt-Bilanz hat zum Ziel, durch ausgewählte Indikatoren, insbesondere die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Beziehungen von Aschaffenburg zur so genannten Dritten Welt aufzuzeigen, sowie das Bewusstsein zur Eine-Welt-Problematik zu verstärken. Es werden sechs Handlungsfelder mit jeweils drei Indikatoren erarbeitet: Faire Preise und bewusster Konsum, Gerechte Verteilung von Ressourcen, möglichst geringe Beanspruchung der globalen Umwelt, Einhaltung von Mindeststandards, intensive lokale Entwicklungszusammenarbeit und Integration von MigrantInnen. Natürlich kann mit den erhobenen Daten nicht jeder Aspekt der vielfältigen Aktivitäten und Interaktionen erfasst werden. Trotzdem bietet der Bericht einen guten Überblick, wo es noch hapert und wo bereits Erfolge erzielt wurden.

Aschaffenburg (ca. 68.000 Einwohner, Bayern)

Ende 2000 startete die Arbeitsgruppe ‚Eine-Welt-Bilanz‘ ihre Arbeit. Die Initiative zu diesem Projekt stammt aus dem Aschaffener Nord-Süd-Forum, in dem 28 entwicklungspolitisch aktive Gruppen der Stadt engagiert sind.

BürgerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen und die lokale Wirtschaft wurden mittels Fragebogen oder direkt befragt. Zusätzlich wurden statistische Daten durch die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. in Heidelberg ermittelt, die den Prozess federführend begleitet. Die Projektleitung obliegt dem Umwelt- und Ordnungsamt der Stadt Aschaffenburg. Der Agenda 21-Beirat, BürgerInnen, Stadträte und MitarbeiterInnen des Stadtplanungsamtes sind ebenfalls aktiv beteiligt.

Zwei Ergebnisse von vielen können hier genannt werden: Der Bekanntheitsgrad des Aschaffener Städtcaffees ist überdurchschnittlich gut. Die Bildungs-

⁴⁰ Bertelsmann Stiftung, CIVITAS-Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland. Mitglied des CIVITAS-Netzwerks sind Viernheim Bremen, Essen, Güstrow, Leipzig, Nürtingen, Schwarmstedt, Solingen, Tübingen, Ulm und Weyarn, sowie Heidelberg als assoziierte Kommune, mehr Informationen unter www.buergerorientierte-kommune.de

chancen ausländischer SchülerInnen oder das Angebot an fair gehandelten Fußbällen in den Geschäften lassen dagegen noch zu wünschen übrig. Das sind nur zwei der Erkenntnisse, die sich aus der Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003 ziehen lassen. Als erste Stadt in Deutschland legte Aschaffenburg einen mittels Indikatoren gestützten Bericht zum Thema Entwicklungszusammenarbeit vor. Gabriele Maier vom Umwelt- und Ordnungsamt der Stadt sieht die Bilanz für Aschaffenburg insgesamt positiv, dennoch: „Manche Bereiche sind ausbaufähig, hier liegen noch Potentiale für uns. Für das Jahr 2008 ist eine Überarbeitung in Planung.“ Die Bilanz wird präsentiert unter:
<http://www.fest-heidelberg.de/institut/institut.html>

Kontakt:

Stadt Aschaffenburg
 Umwelt- und Ordnungsamt
 Gabriele Maier
 Pfaffengasse 1
 63739 Aschaffenburg
 Tel.: 0 60 21 / 330744
 Fax: 0 60 21 / 21 80 51
 E-mail: umwelt-und-ordnungsamt@aschaffenburg.de

► Diskussion und Aufstellung eines Bürgerhaushalts

Dass auch die reichen Länder des Nordens von partizipativen Ansätzen in Entwicklungsländern lernen können, zeigen die in vielen deutschen Städten⁴¹ laufenden Initiativen zur Einrichtung des Bürgerhaushalts. Als Vorbild für viele im Rahmen von Agendaprozessen initiierten Initiativen zum kommunalen Bürgerhaushalt dient das brasilianische Porto Alegre⁴².

Während in den Entwicklungsländern mit dem Instrument des Bürgerhaushalts grundlegende Verteilungsungerechtigkeiten, auch bedingt durch Korruption, in den Sektoren Infrastruktur, Bildung und Gesundheitsversorgung überwunden werden sollen, werden in Deutschland angesichts der Verfassung der Kommunalhaushalte nur vergleichsweise geringe Haushaltsanteile unmittelbar von den Bürgern zu steuern sein.

Da schon jetzt große Teile der kommunalen Haushalte in Pflichtaufgaben und -leistungen, Löhne, Gehälter und Kredite fließen, bewegen sich die tatsächlich steuerbaren Haushaltsanteile in vielen Kommunen im Promillebe-

reich. Dennoch bietet der Bürger- und Beteiligungshaushalt eine gute Möglichkeit, die Kompetenz der BürgerInnen aktiv in die Gestaltung des Haushalts einzubeziehen und Entscheidungen nachvollziehbar zu machen.

Berlin, Bezirk Mitte (ca. 320.000 Einwohner)

Bei der Präsentation der Haushaltsplanung für die Jahre 2004/2005 hatte der Finanzstadtrat des Bezirks Mitte im Sommer 2003 eine Überraschung parat: Interessierte BürgerInnen konnten sich für acht Wochen im Internet⁴³ über die Haushaltsplanung des Citybezirkes informieren und ein Wörtchen mitreden.

Den Anstoß für die Beteiligung der Bürger in Sachen Haushaltsplanung gab eine Veranstaltung, bei der die Studie ‚Bürgerhaushalt Berlin-Mitte‘ vorgestellt wurde. Diese Studie haben Mitglieder der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt Berlin im Auftrag des kommunalpolitischen Forums erarbeitet⁴⁴. Die Arbeitsgruppe sowie eine Bündnisinitiative, zu der auch das Fachforum Partizipation des Agendaforums gehört, setzen sich für einen Bürgerhaushalt in Berlin ein.

Mussten sich interessierte BürgerInnen nun durch schier unendliche Zahlenkolonnen im Internet quälen? Ganz und gar nicht, denn auf zehn übersichtlich gestalteten Seiten waren geplante Ausgaben und Einnahmen, spezielle Themen wie Sozialhilfe, Investitionen, der Hoch- und Tiefbauetat sowie geplante Veränderungen im 650 Millionen Euro umfassenden Haushaltsplanentwurf für 2004 erläutert. Außerdem erfuhr man, wer wann Entscheidungen trifft und wie eine Einmischung in den Prozess möglich war.

Der einfachen Handhabung halber konnte von jeder Seite ein vorbereitetes E-Mail-Formular an den Finanzstadtrat abgeschickt werden. Alle E-Mails wurden außerdem an die Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung weitergereicht, die sich ab Mitte August mit dem Haushaltsplanentwurf des Bezirksamtes befassten und ihn im Oktober beschlossen. Der Bezirk Mitte ist der erste in Berlin, der seine Finanzen offen zur Diskussion stellt. Dr. Heuer, Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen stellt fest: „Die Resonanz von BürgerInnen blieb mit 1.000 Zugriffen auf die Haushaltsseite und insgesamt nur 9 Wortmeldungen unter meinen Erwartungen. Dennoch werden wir auch den nächsten Haushalt wieder im Netz einsehbar machen.“ Die verhaltene Resonanz kann, so Dr. Heuer, durch zwei Faktoren zu erklären sein: es sind zu geringe Mittel, die die BürgerInnen beeinflussen könnten und das Medium Internet wurde

41 Rheinstetten, Esslingen, Berlin

42 Vgl. MISEREOR, DGB Bildungswerk, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hrsg.), Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie (Dialog Global 5), Bonn 2002.

43 <http://www.buergerhaushalt-berlin.de/>

44 Baumann, Frank, Lars Vogelsang und Anselm Weidner, Bürgerhaushalt Berlin-Mitte. Vorschlag eines Beteiligungsverfahrens auf bezirklicher Ebene, hrsg. vom kommunalen forum e.V., Berlin 2003.

in seiner Breitenwirkung überschätzt. Deshalb wird der Haushalt 2006 mit vermehrter Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

Kontakt:

Bezirksamt Berlin-Mitte
 Dr. Jens-Peter Heuer, Bezirksstadtrat
 Jugend und Finanzen
 Rathaus Mitte
 Haushaltsamt
 Karl-Marx-Allee 31
 10178 Berlin
 Tel: 030/200923701
 Fax: 030/200923498
 E-mail: jens-peter.heuer@ba-mitte.verwalt-berlin.de

▶ KOOPERATIONEN

In den folgenden drei Unterkapiteln zeigen wir Ihnen verschiedene Möglichkeiten und Bereiche der Kooperation zur Thematisierung und Verwirklichung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit und lokaler Agenda 21-Arbeit.

▶ **Vernetzung der Informationsstrukturen zwischen allen staatlichen und bürgerschaftlichen Ebenen**

Stärken Sie die Informations- und Vernetzungsstrukturen für kommunale Entwicklungspolitik zwischen allen staatlichen Ebenen, innerhalb des Verwaltungshandelns und mit den vielfältigen bürgerschaftlichen Strukturen. Nachhaltigkeit und Eine-Welt-Belange sind Querschnittsaufgaben, denen sich Bund, Länder und Kommunen innerhalb der gesetzlich festgelegten Kompetenzen annehmen. Das Resultat geregelter Absprachen zwischen den Ebenen und innerhalb der einzelnen Verwaltungseinheit kann unnötige Überschneidungen vermeiden und sinnvolle Ergänzungen hervorbringen. Die Aufgaben der Agenda 21 können mit fast allen Zuständigkeitsbereichen kommunaler Verwaltung verknüpft werden. Vor allem die Ressorts Stadtentwicklung, Soziales, Haushalt, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Bildung müssen sich angesprochen fühlen. Die kommunale Verwaltungsreform verbindet die beiden Themen Nachhaltigkeit und Entwicklungszusammenarbeit mit ihrer Ausrichtung auf ein Leitbild der Dienstleistungs- und BürgerInnenkommune, sinnvoll miteinander.

Doch nicht nur zwischen Bund, Ländern und Kommu-

nen und innerhalb ihrer administrativen Strukturen gilt es die Vernetzung sinnvoll zu verdichten, sondern auch für das Bürgerengagement außerhalb der Verwaltung ist ein engeres Informationsnetz wertvoll.

Berlin (3,39 Mio. Einwohner, Bundeshauptstadt, 12 Bezirke)

Berlin ist Stadt und Bundesland zugleich. Und als Stadt verfügt Berlin sozusagen über zwei Stockwerke: seine 12 Bezirke und darüber die Gesamtstadt. Das Land Berlin beteiligt sich seit 1962 an der deutschen Entwicklungspolitik und fördert auf Grundlage von Beschlüssen entwicklungspolitische Initiativen auch mit Landesmit-



teln. Arbeitsgrundlage sind die Ministerpräsidenten-Beschlüsse zur Entwicklungspolitik von 1988, 1994 und 1998 und die vom Senat am 23.10.2001 beschlossenen 'Entwicklungspolitischen Leitlinien' des Landes Berlin⁴⁵.

Bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen ist auch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit angesiedelt. Sie ist die zentrale Informations- und Koordinierungsstelle des Berliner Senats für dessen Entwicklungspolitik. Dr. Jürgen Varnhorn koordiniert die entwicklungspolitischen Aktivitäten der verschiedenen Senatsverwaltungen und kooperiert zudem mit staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind. „Die Kommunikation mit den einzelnen entwicklungspolitischen Einheiten der Bezirke ist zwar nicht in einer Struktur verankert, funktioniert aber dennoch durch die vielen Anknüpfungspunkte unserer Arbeit“, so Jürgen Varnhorn.

Agendathemen des Landes Berlin werden im Agenda-Büro der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung behandelt, Dr. Klaus Müschen obliegt die Leitung des Büros. Das Agenda-Büro in der Senatsverwaltung ist eine wichtige Klammer für die Aktivitäten der Verwaltung und für die Kommunikation zwischen Verwaltung und ehrenamtlichen Gremien. Das Büro koordiniert eine AG

45 Abgeordnetenhaus von Berlin, Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes Berlin, Drucksache 14/1597, beschlossen am 23.10.2001.

der Senatsbeauftragten, in die VertreterInnen aus allen Fachressorts des Senats entsandt werden. In jedem Bezirk finden parallel zu dem gesamtstädtischen Prozess auf der Landesebene eigene Agendaprozesse statt. Seit 1993 wird in Berlin und seinen Bezirken kontinuierlich an der Lokalen Agenda 21 gearbeitet. Auf der Arbeitsebene sind die Strukturen in den Bezirken recht unterschiedlich ausgebildet. Während in einigen Bezirken überwiegend Arbeitskreise oder Arbeitsgruppen bestimmte Themen bearbeiten und Projekte entwickeln, agieren oftmals interessierte BürgerInnen in Strukturen, die ausschließlich ein bestimmtes Projekt betreffen.

Parallel zu den Aktivitäten der Bezirke wird seit 1997 auf der gesamtstädtischen Ebene an einem Zukunftsprogramm für nachhaltige Entwicklung gearbeitet (Runder Tisch für eine nachhaltige Entwicklung in Berlin und Brandenburg). Im Juli 2000 wurde das Agendaforum für die Stadtregion Berlin, hier ist dann auch Brandenburg beteiligt, gegründet. Im Agendaforum wirken überwiegend zivilgesellschaftliche Akteure, die mit den Senatsverwaltungen, insbesondere mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, kooperieren.

Prozesse auf Bezirksebene und der gesamtstädtische Prozess im Agendaforum laufen zwar parallel, sind jedoch durch einen Öffentlichen Arbeitskreis und in Form einer so genannten Bank⁴⁶ 'bezirkliche und kommunale Initiativen' strukturell miteinander verknüpft, so dass der Informationsaustausch zwischen diesen beiden Ebenen gesichert ist.

Zur Intensivierung dieser Beratung hat das Agendabüro die 'Projektstelle Agenda 21' initiiert, die seit September 1997 bei der Grünen Liga⁴⁷ als Service- und Informationsstelle für BürgerInnen und Gruppen fungiert. Die Grüne Liga hat gemeinsam mit anderen Verbänden, Initiativen und VertreterInnen von Umweltämtern im Herbst 1995 den Öffentlichen Arbeitskreis Lokale Agenda 21 Berlin ins Leben gerufen. Der Arbeitskreis führt einen Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren herbei, forciert den gesamtstädtischen Prozess, koordiniert kommunale Aktivitäten und vertieft den Kontakt zwischen Nichtregierungsorganisationen und Verwaltung.

Kontakt:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit
Dr. Jürgen Varnhorn
Martin-Luther-Str. 105
10825 Berlin
Tel.: 030/90138270
Fax: 030/90137490
E-mail: lez@senwaf.verwalt-berlin.de

Agenda-Büro
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Herr Dr. Klaus Mueschen, IX B
Brückenstr. 6
10179 Berlin-Mitte
Tel.: 030/9025-2145
Fax: 030/9025-2509
E-mail: Klaus.Mueschen@senstadt.verwalt-berlin.de

Treptow-Köpenick (ca. 230.000 Einwohner, Bezirk Berlins)

1998 unterzeichnen der Bezirk Treptow-Köpenick und die peruanische Provinz Cajamarca - die erste ökologische Gemeinde Perus, die ebenfalls an einer Lokalen Agenda 21 arbeitet – ein Partnerschaftsabkommen⁴⁸. Die beiden Bürgermeister Lucho Guerrero und Dr. Klaus Ulbricht werden in den Bereichen Umwelt, Bildung und Ausbildung, Kultur und Tourismus sowie Wirtschaft und Soziales zusammenarbeiten.

Der Austausch von Fachkräften, Jugendlichen und Studierenden sowie die Verbreitung von Ideen zur zukunftsfähigen, völkerverbindenden Partnerschaft sind wichtiger als der Besuch von Funktions- und Würdenträgern. Inzwischen ist der Austausch von Studierenden und jungen Berufstätigen aus den Partnerstädten über das ASA-Programm⁴⁹ fester Bestandteil der Zusammenarbeit. Im Rahmen der Jugend-Umwelt-Konferenz im Jahr 1998 in Köpenick lernten sich zwei Jugend-Theatergruppen aus Köpenick (Alte Möbelfabrik) und Cajamarca (Algovipasar) kennen, im Jahr 2000 gab es darauf hin einen Gegenbesuch der Köpenicker in Cajamarca. Durch persönliche Kontakte kamen auch Kindergärten aus den beiden Partnerstädten ins Gespräch miteinander und tauschen seit dem ihre Erfahrungen bei der Umgestaltung ihrer Einrichtungen zu 'Grünen Lernorten' aus. Daneben wird auch direkte Hilfe mit Geld- und Sachspenden-Sammlungen für

46 Die so genannten Bänke stellen eine Entscheidungsstruktur dar. In den Bänken sind Repräsentanten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen (Wirtschaft, Arbeitnehmer/Arbeitslose, Wohlfahrt/Kirche, Nichtregierungsorganisationen).

47 Grüne Liga: Eine Nichtregierungsorganisation, die sich vorrangig Umweltthemen widmet.

48 <http://www.staepa-cajamarca.de/>

49 ASA-Programm: <http://www.asa-programm.de/site/index.php>

Überschwemmungsoffer, Krankenhäuser und Schulen in Cajamarca geleistet.

In Wasser- und Abwasser-Workshops in Köpenick im Jahr 2000 wurde die Basis für eine fruchtbare Kooperation in diesem für beide Partnerstädte wichtigen Bereich gelegt. Im Jahr 2001 startete das Projekt 'Erhalt und Verbesserung des Bodens durch ökologischen Landbau in Cajamarca'. Auch in den Themenbereichen Wertstoff-Recycling, Wasseraufbereitung, Fremdenverkehr und Solarenergie gibt es Ideen und Ansätze für weitere Projekt bezogene Kooperationen.

Die Hilfe ist jedoch nicht einseitig. Dr. Manfred Marz, bis zu seiner Pensionierung im Mai 2004 jahrelanger Koordinator der Agenda 21 im Bezirksamt, betont, dass auch der Agendaprozess des Berliner Bezirks von den peruanischen Partnern lernen konnte: „Wir erkannten, dass neben offiziellen Verfahren oft inoffizielle Strukturen – insbesondere Runde Tische – Demokratiedefizite ausgleichen, und die Entwicklung der Agenda vorantreiben. Zudem führte uns Lucho Guerrero vor Augen, dass es nicht beim einmaligen Beschluss der Lokalen Agenda bleiben darf, sondern deren beständige Fortschreibung das eigentliche Ziel ist.“ Auch sein Nachfolger im Amt, Helmut Stern, will diesen Prozess fortführen. Wir sehen erneut, dass die Zusammenarbeit mit einem/r PartnerIn aus dem Süden auch für uns auf der Nordhalbkugel höchst anregend ist – also, lassen auch Sie sich inspirieren!

Kontakt:

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin
 Koordinator Agenda 21
 Helmut Stern
 Alt-Köpenick 21
 12555 Berlin
 Tel.: 030/627222106
 Fax: 030/61722401
 E-mail: helmut.stern@ba-tk.verwalt-berlin.de

Neukirchen-Vluyn (29.000 Einwohner,
 Nordrhein-Westfalen)

Das ökumenische Forum der Stadt gab mit einem Bürgerantrag den Anstoß: die Eine-Welt-Arbeit soll im Zielkonzept der Lokalen Agenda 21 fest verankert sein und städtische Verwaltung und alle anderen Akteure erarbeiten dieses Ziel gemeinsam. Dies geschieht in einem dreistufigen Prozess. Zunächst hatten Rat und Verwaltungsspitze einen ersten Entwurf vorgelegt. Im nächsten Schritt brachten die Agenda-Projektgruppen ihre Anliegen ein, wodurch viele Eine-Welt-Aspekte eingearbeitet werden konnten. Am Ende fanden in einer Zukunftswerkstatt an vier Themenabenden offene Diskus-

sionen mit einer regen Beteiligung der Bevölkerung statt. Das fertige Zielkonzept wurde im Herbst 2001 vom Rat der Stadt auch als Leitbild der Neukirchen-Vluyn Agenda 21 verabschiedet. Entwicklungspolitische Ziele finden sich in den Bereichen 'Stärkeres Miteinander', 'Leistungsfähiges Bildungsangebot', 'Attraktive Kultur' und 'Weltverantwortung'. Erste Projekte waren schon im Vorfeld durchgeführt worden, insbesondere von der Projektgruppe 'Konsumverhalten und die Eine Welt': Seit Anfang 2000 wird bei städtischen Veranstaltungen nur noch fair gehandelter Kaffee ausgeschenkt, seit August desselben Jahres gibt es einen Einkaufsführer für Waren aus fairem Handel und im September 2001 wird der Neukirchen-Vluyn Stadtkaffee eingeführt. Beginnend im April 2002 treffen sich Asylbewerber und Deutsche vierzehntägig zum 'Internationalen Männertee', um 'Stärkeres Miteinander' auch mit Migranten zu erreichen. Im September 2002 stellten dann die drei Projektgruppen der Agenda die von ihnen erarbeiteten Projektideen bei einem Runden Tisch vor. Zum Aspekt Eine Welt wurde vor allem das Projekt '7 Wochen mit neuem Lebensstil' in Kooperation mit dem Ökumenischen Forum – Agenda 21 Neukirchen-Vluyn umgesetzt. Das Thema Eine Welt ist immer noch ein zentrales Anliegen der Neukirchen-Vluyn Agenda und wird jeweils in Kooperation mit dem Ökumenischen Forum – Agenda 21 bearbeitet. Deren gute Zusammenarbeit dokumentiert das besonders gelungene Erntedankfest 2003 'Die Welt im Dorf'. Deshalb findet auch für die Erntedankzeit 2004 das Projekt 'Schöpfung genießen, Schöpfung bewahren, Schöpfung teilen, Essen und Trinken aus der Region und aus fairem Handel' in der Erntedankzeit statt, wieder in Kooperation mit dem Ökumenischen Forum – Agenda 21, aber auch mit dem 'Tag der Regionen'. Schwerpunkt ist hier die Vernetzung der Themen 'Regional' und 'Fair'.

Vor allen sorgen zwei Frauen für den reibungslosen Informationsfluss zwischen allen Akteure: Waltraud Weinhold, die die Lokale Agenda Neukirchen-Vluyn erarbeitet und auch Sprecherin des ökumenischen Forums ist, und Marion May-Hacker, Agenda-Beauftragte der Stadtverwaltung.

Kontakt:

Lokale Agenda Neukirchen-Vluyn
 Waltraud Weinhold
 Wiesfurthstraße 15
 47506 Neukirchen-Vluyn
 Tel.: 02845/5466
 Fax: 02845/944905
 E-mail: waltraud.weinhold@agenda21-nv.de
www.agenda21-nv.de

Stadtverwaltung Neukirchen-Vluyn
 Marion May-Hacker
 Hans-Böckler-Straße 26
 47506 Neukirchen-Vluyn
 Tel.: 02845/391-255
 Fax: 02845/391-100
 E-mail: marion.may-hacker@neukirchen-vluyn.de
www.neukirchen-vluyn.de

Kooperationen mit Nichtregierungsorganisationen in fachlichen Fragen der Eine-Welt-Arbeit

In der Eine-Welt-Arbeit sind NGOs, Partnerschaftsvereine und Kirchen die Hauptinitiatoren von Projekten in den deutschen Kommunen und in den Zielländern. Hier kommt den Kommunen und ihren Verwaltungen eine moderierende und unterstützende Rolle zu. Das Ausschöpfen der Kooperationsmöglichkeiten der schon bestehenden Organisationen und Initiativen birgt für den Agendaprozess und die Eine-Welt-Arbeit oftmals großes Potenzial.

Berlin, Bezirk Treptow-Köpenick

Helmut Stern im Büro des Bezirksbürgermeisters Treptow-Köpenick, ist – neben seiner Zuständigkeit für Europaangelegenheiten und Internationale Beziehungen – auch für die Koordination der vielen aktiven Gruppierungen für Eine-Welt-Belange in seinem Bezirk verantwortlich. Zudem ist er seit Juni 2004 Ansprechpartner, wenn es um die Lokale Agenda 21 geht.

Bei dem Agenda-Prozess, der im Bezirk schon weit fortgeschritten ist, betont Helmut Stern die besondere Rolle der Kirchen im jetzigen Bezirk Treptow-Köpenick. 1983 begann der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im damaligen Bezirk Köpenick. Durch die konstante und konstruktive Arbeit der Kirchengemeinden – hier erwähnt Stern die fruchtbare Arbeit von Dr. Klaus Wazlawik – gelang es, das so genannte 3-Säulen-Modell⁵⁰ für die Entwicklung der Lokalen Agenda 21 zu etablieren.

Mit dabei sind, neben vielen anderen, die Initiativgruppe Eine Welt, der 1993 eröffnete Eine-Welt-Info-Laden in der evangelischen St.-Laurentius-Stadtkirchengemeinde sowie das 1996 gegründete Köpenicker Ökumenische Büro, dass die ökumenische Zusammenarbeit der insgesamt 36 Köpenicker Kirchengemeinden und den Konsultationsprozess zur Lokalen Agenda 21 Köpenick fördert.

Da sich der Bezirk Treptow-Köpenick verpflichtete, im

Rahmen der Lokalen Agenda 21 weitere Nord-Süd- beziehungsweise West-Ost-Partnerschaften zu unterstützen, kommen neben der Zusammenarbeit mit der InWEnt gGmbH bei Austauschprogrammen von VerwaltungsbeamtInnen und -angestellten, auch Kooperationen mit Treptow-Köpenicker Firmen aus dem Bereich der regenerativen Energien und den örtlichen Wasserwerken zustande.

Wenn es um die internationale Jugendbegegnung und die politische Bildung geht, kommt die partnerschaftliche Arbeit mit der Volkshochschule des Bezirks zum Einsatz. Das Bezirksamt in Person des Ansprechpartners Helmut Stern unterstützt die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit tätigen Vereine und Strukturen insbesondere bei der Vernetzung und der Öffentlichkeitsarbeit. Sicherlich gibt es auch in Ihrer Kommune jemanden, der den Akteuren außerhalb der Verwaltung eine informierende und koordinierende Hand reichen kann, vielleicht sind Sie es ja selbst?

Kontakt:

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin
 Büro des Bezirksbürgermeisters
 Helmut Stern
 Alt-Köpenick 21
 12555 Berlin
 Tel.: 030/61722302
 Fax: 030/61722401
 E-mail: helmut.stern@ba-tk.verwalt-berlin.de
www.berlin.de/ba-treptow-koepenick

Kooperation mit Handwerk, Industrie und Gewerbe

Wichtig ist hierbei, den kommunalen Akteuren die Möglichkeiten zur Bereicherung aufzuzeigen, und zwar im doppelten, positiven Sinn: einerseits entstehen durch die Kontakte tatsächliche Geschäftsbeziehungen, andererseits wird der persönliche Horizont um unübliches Wissen und Erfahrungen erweitert.

Fulda (ca. 60.000 Einwohner, Hessen)

Der eingetragene Verein ‚Häuser für Menschen‘ in Fulda wurde anlässlich der EXPO 2000 gegründet. Lokale Handwerksbetriebe, VertreterInnen aus Wissenschaft und Wirtschaft, StudentInnen der Fachhochschule Fulda, sowie der ‚Deutschen Gesellschaft für Handwerk und Kooperationen e.G.‘ taten sich zusammen, um im Rahmen der Agenda 21 den Hausbau in Deutschland nicht nur umwelt-, sondern auch sozialverträglich zu

50 siehe Kap. 2.1.12

gestalten. Sozialverträglich meint hier beide Akteure, Handwerk und Wirtschaft in Deutschland und in Entwicklungsländern.

Grundlage des Vereins sind die Agenda-Häuser, von denen sechs in Hannover anlässlich der EXPO 2000 auf dem Kronsberg gebaut wurden. Sie entsprechen dem Niedrigenergiehausstandard, sind barrierefrei und stellen eine Verbindung von Kunst und Handwerk dar. „Mit ihnen wollen wir die Agenda 21 im täglichen Leben umsetzen. Hinzu kommt, dass wir mit einer nur geringen Abgabe vom erwirtschafteten Gewinn beim Hausbau in Deutschland in Entwicklungsländern schon beachtliche Bauten errichten können.“ erklärt Georg Koscielny, Professor an der FH Fulda.

Der Verein stellte zu Beginn seiner Aktivitäten ein Prozent der Bausumme jedes Agenda-Hauses Wohnprojekten in Ländern des Südens zur Verfügung. Unter dem Slogan 'Handwerker helfen Handwerkern' kooperiert der Verein seit 1999 mit der Deutschen Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen. Heribert Frommen, einer der beteiligten Handwerksmeister, ist von der guten Zusammenarbeit des heterogen zusammengesetzten Vereins begeistert. Er schloss sich dem Projekt aufgrund von Aufenthalten und damit einhergehenden persönlichen Kontakten, die er auf dem afrikanischen Kontinent machte, an. Ehrlich bemerkt er: „Wirtschaftlich betrachtet, brachte uns das Projekt weder Vor- noch Nachteile. Persönlich können wir aus den Erfahrungen jedoch nur profitieren.“

Die ersten Gelder flossen bereits im Jahr 2000 nach Südafrika zum Aufbau einer Gärtnerei in einer Fraueninitiative. Die Initiative konnte sich mit dem Geld ein Grundstück kaufen, was ihr wiederum ermöglichte, in das Förderprogramm der Regierung aufgenommen zu werden. Das Programm sieht einen Eigenanteil vor, den die Frauen dank der Gärtnerei einbringen konnten. Seit 2001 wird zudem ein Mädchenwohnheim in Ghana unterstützt.

Durch die gegenwärtig schwierige wirtschaftliche Lage befindet sich auch der Verein in einem Umstrukturierungsprozess. Marco Ziegler, Vereinsvorstand, sucht deshalb nach neuen Wegen der Projektfinanzierung. Mehr Mitglieder werben, die einen geringeren Beitrag zahlen, gezielt Spenden für konkrete Projekte sammeln und größere Unternehmen ansprechen, um im Rahmen des ‚social sponsorings‘ aktiv zu werden, sind jetzt das neue Finanzierungskonzept des Vereins. Marco Ziegler schließt mit den Worten: „Der Prozess ist im Augenblick sehr schwierig, aber wir halten an unserer Idee fest.“

Kontakt:

Contour- Büro für Regionalmarketing
Georg Koscielny
Kachtener Weg 9
36115 Hilders
Tel.: 06681/7865
Fax: 06681/7864
E-mail: contour@t-online.de

Marco Ziegler
Häuser für Menschen e.V.
Markwartstr. 25
36039 Fulda
Tel.: 06621/912955
E-mail: info@hfmev.de

THEMATISCHE BÜNDNISSE

In den nächsten drei Unterkapiteln stellen wir hilfreiche BündnispartnerInnen und -organisationen vor, die Ihnen bei der Konzeption und der Umsetzung der nachhaltigen kommunalen Entwicklung zur Seite stehen können.

Start oder Fortsetzung der Lokalen Agenda 21

Den deutschen Kommunen und den aktiven Nichtregierungsorganisationen der Eine-Welt-Arbeit ist der Leitsatz der lokalen Agenda 21⁵² wohl bekannt: 'Global denken – lokal handeln!'. Der Satz bringt den umfassenden Gedanken der nachhaltigen Entwicklung aller Politikbereiche sowohl in den Industrie- als auch Entwicklungsländern prägnant auf den Punkt. Die Umsetzung des komplexen Gedankens vor Ort scheint zunächst schwierig zu sein, ist in der konkreten Handlung jedoch einfach und logisch zu strukturieren und damit auch umzusetzen.

Treptow-Köpenick (ca. 230.000 Einwohner, Bezirk Berlins)

In Treptow-Köpenick wurde seit der Bezirksfusion im Jahr 2001 an einer Agenda 21 gearbeitet, die sowohl strukturell als auch thematisch eine Zusammenführung der Aktivitäten in den Altbezirken erfordert. Bereits im Herbst 2000 präsentierten sich die Treptower und Köpenicker Agenda 21-Projekte gemeinsam zu den Köpenick-Treptower Wirtschaftstagen. 2001 sollte auch im Fusionsbezirk die Arbeit kontinuierlich fortge-

52 Bundesministerium für Umweltschutz (BMU) (Hrsg.), Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente: Agenda 21 mit Stichwortverzeichnis, Bonn 1997.

setzt werden. Ein wichtiger Schritt, um die Prozesse zusammenzuführen war das Werkstattgespräch im Mai 2001 mit Akteuren aus beiden Teilbezirken sowie EntscheidungsträgerInnen. Der Bürgermeister des Fusionsbezirks vertritt die klare Position, den Agenda-Prozess auch weiterhin sehr aktiv voranzutreiben.

Als Dienstleister für den bezirklichen Agenda 21-Prozess versteht sich der Förderverein Lokale Agenda 21 Treptow-Köpenick e.V., hervorgegangen aus dem Forum Umwelt & Entwicklung. Der Förderverein schafft den juristischen Rahmen für die Verwirklichung von Agenda-Projekten mit gemeinnützigem Charakter. Dank der guten Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt, dem Arbeitsamt und der Servicegesellschaft 'zukunft im zentrum' gelingt es dem Förderverein, die Prozesse und Partner nach dem Prinzip der 'gleichen Augenhöhe' zusammenzuführen. Träger des Prozesses der Lokalen Agenda 21 in Köpenick waren bisher drei Säulen, die alle gesellschaftlich relevanten Akteure mit einbeziehen:

- die Verwaltung (Bezirksamt),
- die Öffentlichkeit (vertreten durch das Forum Umwelt & Entwicklung Köpenick und dessen Arbeitsgruppen) und
- die Kirchen (vertreten durch das Köpenicker ökumenische Büro).

Im 3. Arbeitsentwurf der Lokalen Agenda 21 Köpenick, dessen Übergabe Ende 2000 erfolgte, wurde erstmalig in einem derartigen Dokument die Verbindung zwischen dem Rio-Prozess und dem konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aufgenommen.

Der monatlich tagende Konsultationskreis und der beim Bezirksamt angesiedelte Redaktionskreis sorgen für den Informationsaustausch und für Abstimmungen zwischen den Säulen des Organisationsmodells. Die sachbezogene Arbeit erfolgt in sechs Arbeitsgruppen der II. Säule - dem Forum Umwelt und Entwicklung - es gibt folgende Teams: AG Energie und Ressourcen, AG Städtepartnerschaft Köpenick - Cajamarca, AG Soziales, AG Umweltbildung, AG Stadtentwicklung, Tourismus und Naturschutz, AG Abfallvermeidung. Ebenso werden die Vereine und Strukturen, die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit tätig sind, bei der Vernetzung und der Öffentlichkeitsarbeit durch das Bezirksamt unterstützt.

Jochen Querengässer, Vorstandsvorsitzender des Fördervereins ist zufrieden: „Der Diskussionsprozess der

Lokalen Agenda 21⁵² war im April 2004 in unserem Bezirk tatsächlich schon abgeschlossen, im Juni beschloss die Bezirksverordnetenversammlung als eine von nur drei in ganz Deutschland die Lokale Agenda 21 und verpflichtete sich zur Unterstützung. Nun gibt es eine Handlungsgrundlage für den kontinuierlichen Umsetzungsprozess.“

Kontakt:

Förderverein Lokale Agenda 21 Treptow-Köpenick e.V.
Jochen Querengässer, Vorstandsvorsitzender
Alt Köpenick 12
12555 Berlin
Tel./Fax.: 030/6557561
E-mail: agenda_buero_koepenick@t-online.de

Bildung eines kommunalen Eine-Welt-Forums

Düsseldorf (ca. 500.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Das Eine Welt Forum Düsseldorf e.V. ist ein 1990 gegründeter gemeinnütziger Verein, der die engagierte Nord-Süd-Arbeit der Initiativen, Gruppen und Vereine Düsseldorfs koordiniert. Die Ursprünge des Netzwerkes liegen im Jahr 1979, wo sich vor allem die Lateinamerikaaktiven in lockerer Form einmal im Monat trafen.

Die Geschäfte des Forums werden von dem Eine-Welt-Promotor der Stadt Düsseldorf Ladislav Ceki geführt. Eine-Welt-Promotoren gibt es nur in NRW⁵³, sie sind von der Landesregierung eingesetzt, um die Eine-Welt-Arbeit zu unterstützen. Die Arbeit des Eine-Welt-Forums Düsseldorf wird von zwei weiteren Honorarkräften unterstützt. Ceki und seine KollegInnen informieren und sensibilisieren die DüsseldorferInnen über die Probleme in der so genannten Dritten Welt.

Im Rahmen des Agenda-Projektes ‚Förderung Kommunaler Nord-Süd-Arbeit‘ ist Düsseldorf die einzige Stadt in NRW, die die Arbeit des Promotors, der Honorarkräfte und der rund 1.500 Ehrenamtlichen in über 80 Düsseldorfer Initiativen finanziell unterstützt: Fünf Cent pro EinwohnerIn stellt die Stadt jährlich zur Verfügung, dies hatte der Stadtrat im Jahr 2000 interfraktionell beschlossen.

Diese Gelder fließen in die zahlreichen Aktivitäten der Einrichtung wie Öffentlichkeitsarbeit und das umfangreiche Informations- und Kulturprogramm der Eine-Welt-Tage. Diese stadtweite Aktion führt zu einer anderen, erweiterten Wahrnehmung, so dass es gelingt,

52 <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/Aktuelles/lokaleAgenda21.html>
53 <http://www.eine-welt-netz-nrw.de/html/promo/leit/index.php>

Menschen zu erreichen, die über den üblichen Kreis der Engagierten hinausgehen.

Die aktive Beteiligung am lokalen Agenda-Prozess zeigt sich nicht allein bei Vorträgen, sondern unterhaltsam bei Musik und Tanz, beim Kindertheater oder Kabarett. Das Programm ist mit über 80 Veranstaltungen sehr umfangreich und vielfältig. "Wir möchten die BürgerInnen mit unserer Begeisterung über die Vielfalt der Kulturen anstecken und ihre Neugier wecken." sagt Ladislav Ceki. Die Qualität des Programms zeigt, dass die Eine-Welt-Arbeit in Düsseldorf längst kein Nischendasein mehr führt. Mit Schauspielhaus, Kömmödchen, Kino 'Black Box', Marionetten-, Kinder- und Jugendtheater gibt es wichtige Kooperationspartner aus dem Kulturbereich.

Das Eine-Welt-Forum ist während des ganzen Jahres über aktiv, es arbeitet mit Schulen zusammen, bietet Vorträge an, betreut Projekte in anderen Ländern und koordiniert die Aktionen der zahlreichen Düsseldorfer Initiativen. Einmal im Monat wird eine Plenumsitzung organisiert, die sich mit einem aktuellen Thema befasst und für alle Interessierten offen ist.

Gerade die nordrhein-westfälischen Kommunen sollten das seit 1996 existierende Promotorenprogramm des Landes für sich nutzen.

Kontakt:

Eine Welt Forum Düsseldorf e.V.

Ladislav Ceki

Collenbachstraße 39

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211/3983129

E-mail: info@eineweltforum.de

www.eineweltforum.de



► **Mitgliedschaft im europäischen Klimabündnis**

Hier weisen wir auf die Möglichkeit der gemeinsamen Aktion unter der Ägide des europäischen Klimabündnisses⁵⁴ hin. Dort erhalten Sie wertvolle Hinweise und Tipps, wie Ihre Stadt und Gemeinde sich wirkungsvoll für Klima und kommunales Image einbringen können. In Nordrhein-Westfalen hat sich eine Landesarbeitsgemeinschaft Lokale Agenda 21 (LAG 21) gebildet, deren Ziel es ist, Ideen der Agenda 21 umzusetzen und weiterzuentwickeln. Die aktive Mitgliedschaft von Kommunen bei der LAG 21 soll die gemeinsame Handlungsfähigkeit stärken, den schnellen Zugriff auf Informationen und das gemeinsame Umsetzen von good-practice Beispielen ermöglichen. Gemeinsame Projekte und Kampagnen sind z. B. Agenda 21-Haushalte, Kongresse und Schulungen, Rio+10-Aktionen, Unterstützung bei Pressearbeit, Text und Gestaltung, Kompetenzaustausch. Das unten genannte, gemeinsame Projekt des Klimabündnisses und der Landesarbeitsgemeinschaft demonstriert, wie effektiv ein vereintes Vorgehen sein kann.

Klima-Staffel 2004

Die Klima-Staffel 2004, die vom Klima-Bündnis organisiert wurde und am 1. Juni nach 4.000 Kilometern quer durch ganz Deutschland die Internationale Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn erreicht, legt vor dem Zieleinlauf einen Etappenhalt in Düsseldorf ein. Die bundesweite Aktion gibt dem Klimaschutz neue Impulse. Den StaffelteilnehmerInnen sind alle umweltfreundlichen Fortbewegungsmittel, wie Laufen, Skaten oder Radfahren erlaubt.

In Düsseldorf trifft die bundesweite Klima-Staffel auf die Klima-Staffel Nordrhein-Westfalens, die beide seit dem 10. Mai unterwegs waren. Für die bundesweite Klima-Staffel, die in Kiel begann, stellte der Importeur der Marke Volvo in Deutschland einen umweltfreundlich mit Erdgas betriebenen Volvo als Begleitfahrzeug zur Verfügung.

Im Anschluss an eine Veranstaltung mit Kurzvorträgen zu erneuerbaren Energien, Klimawandel und Kyoto-Protokoll startet eine Staffel-Delegation im belgischen Eupen per Rad und trifft in Aachen auf die Klima-Staffel. Abends gibt's Klimaschutz auf hohem Niveau: Ein Ballon startet und schwebt mit dem Staffelistab in Richtung Bonn.

Den Startschuss für die letzte Staffel-Etappe gibt Bonns Bürgermeister Wolfgang Hürter. Ziel ist das Konferenzgebäude, in dem die Internationale Konferenz für er-

54 <http://www.klimabuendnis.org/start.htm>

neuerbare Energien – Renewables 2004 –, tagt. Dort begrüßt Joke Waller-Hunter, die Exekutivsekretärin des UN-Klimasekretariats und Schirmherrin der Klima-Staffel 2004 die LäuferInnen, und Bärbel Dieckmann, die Oberbürgermeisterin von Bonn, unterzeichnet die Klima-Staffel-Erklärung. Anschließend werden der Staffeltab, die Klima-Staffel-Erklärung und alle unterwegs gesammelten Botschaften von Städten, Gemeinden, Verbänden und BürgerInnen der Umweltminister Jürgen Trittin und die Delegierten der Konferenz überreicht. In den Rheinauen findet zudem ein Kinderfest mit Indianern aus dem Regenwald, mit Zirkus und Zauberern statt. Abends endet das große Klimafest mit der Abschlusskundgebung der Klima-Staffel 2004. Neben den Redebeiträgen von TeilnehmerInnen der Staffel sowie Umwelt- und Entwicklungsverbänden spricht auch Edwin Vásquez, der Vorsitzende des Klima-Bündnisses und Umweltkoordinator des Dachverbandes der Indianerorganisationen des Amazonasbeckens.

Sie sehen, dass man mit großen PartnerInnen auch große Veranstaltungen durchführen kann – profitieren Sie von der Erfahrung und nutzen Sie die Infrastruktur der nationalen oder internationalen Organisationen.

Kontakt:

Klima-Bündnis der europäischen Städte/Alianza del Clima e.V.

Galvanistr. 28

60486 Frankfurt am Main

Tel.: 069/717139-0,

Fax: 069/717139-93

E-mail: europa@klimabuendnis.org

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Dr. Klaus Reuter

Berliner Platz 12

58638 Iserlohn

Tel.: 02371/352 153

3. Handlungsfeld Stadtmarketing

Mitte der 1980er Jahre begannen die ersten deutschen Städte, sich mit Stadtmarketing zu befassen, das als neues Instrument in den Bereichen Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Standortwerbung und Öffentlichkeitsarbeit Impulse geben sollte.

Stadtmarketing zielt als integrierte Stadtentwicklungspolitik sowohl auf die Verbesserung der Standortqualität für die Wirtschaft, auf die Erhöhung der Lebensqualität für die BewohnerInnen und BesucherInnen, als auch auf die effizientere Gestaltung von Verwaltung

und Politik. In Form einer neuartigen Partnerschaft zwischen Kommune, Wirtschaft, BürgerInnen und anderen Interessengruppen einer Stadt sollen Reibungsverluste vermieden und Synergieeffekte erzielt werden. Generelles Ziel des Stadtmarketings ist es, die Stadt und ihre Leistungen für BürgerInnen, Wirtschaft und Auswärtige attraktiver zu machen.

Stadtmarketing und Lokale Agenda weisen viele Parallelen auf, da es sich in beiden Fällen um diskursive, kooperative Prozesse in der kommunalen Praxis handelt. Immer mehr Städte gehen deshalb dazu über, diese beiden Prozesse miteinander zu verbinden. Häufig werden sie nach ähnlichem Muster organisiert: mit Stärken-/Schwächen-Analysen, Leitbildentwicklung, Arbeit in Gruppen, Konzeption und Formulierung von Projekten, Kooperation öffentlicher und privater Akteure und Prozessmoderation. Tatsächlich ist es aber so, dass die Verknüpfung der beiden Prozesse in der konkreten Umsetzung häufig schwierig ist.

Sehr gering sind die Anknüpfungspunkte zwischen Stadtmarketing und Eine Welt. Das Thema Eine Welt wird von den Akteuren im Stadtmarketing in aller Regel nicht als Handlungsansatz wahrgenommen. Auch eine Difu-Umfrage aus den 1990er Jahren bestätigt, dass entwicklungspolitische und/oder globale Aspekte für die befragten Akteure im Stadtmarketing keine Rolle spielen.

Sehr intensiv ist in fast allen Städten der örtliche Einzelhandel beteiligt, Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern arbeiten ebenfalls häufig mit. Eine Beteiligung von einzelnen BürgerInnen, Bürgerinitiativen, Vereinen oder Kirchen stellt die Ausnahme dar. Dies gilt heute, da in der Mehrzahl der Städte das Stadtmarketing deutlich professionalisiert wurde, noch mehr. Damit spielen Akteure, die das Thema der Einen Welt vertreten, in Stadtmarketingprozessen keine Rolle. Vor dem Hintergrund, Eine-Welt-Ansätze im Stadtmarketing zu identifizieren, war es sinnvoll, als Fallbeispiele Städte zu wählen, die die (schwierige) Verknüpfung von Stadtmarketing und Lokale Agenda versuchen oder in großen Teilen realisiert haben z.B. über eine gemeinsame Geschäftsführung, da ein Engagement im Bereich Lokale Agenda die Vermutung zulässt, dass globale Aspekte, entwicklungspolitisch orientierte Fragestellungen und Nachhaltigkeit in diesen Städten eine größere Rolle spielen als in der großen Mehrheit der Stadtmarketingprozesse.

3.1. Handlungsempfehlungen zum Stadtmarketing

Stadtmarketing zielt wesentlich darauf ab, die jeweilige Stadt - konkret vor Ort, in der Konkurrenz zu anderen Städten, jedoch in aller Regel ohne globale Bezüge – attraktiver zu machen.

Durch die Arbeit in Lokale-Agenda-Prozessen, durch Mitgliedschaften im Klimabündnis oder im Gesunde-Städte-Netzwerk findet das Thema Nachhaltigkeit hingegen Berücksichtigung. Damit haben Aktivitäten, die Nachhaltigkeit fördern – im Bewusstsein und in der konkreten Umsetzung – durchaus einen höheren Stellenwert, allerdings meist unabhängig von konkreten Stadtmarketingaktivitäten, es sei denn, Städte haben diese mit der Lokalen Agenda verknüpft.

Eine-Welt-Aktivitäten bewegen sich in den Bereichen Fairer Handel und Städtepartnerschaften.

Übereinstimmend besteht jedoch in den Fallstudienkommunen die Einschätzung, dass Entwicklungszusammenarbeit kein Thema für Stadtmarketingaktivitäten auf kommunaler Ebene ist – schon gar nicht unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen, die von den Gesprächspartnern an erster Stelle der Hemmnisse genannt wurden.

Trotz dieser zugegebenermaßen schwierigen Umstände können wir Ihnen einige Anregungen geben, wie Sie sinnvoll und unaufwendig kommunales Marketing und Eine-Welt-Anliegen miteinander verbinden können.

Sensibilisierung für den Zusammenhang zwischen Aktivitäten vor Ort und der Einen Welt

Unter den oben beschriebenen Rahmenbedingungen, vor allem in finanzieller Hinsicht, ist es sinnvoll, Menschen erst einmal für entwicklungspolitische Themen zu sensibilisieren und zu versuchen, einen Zusammenhang zwischen Aktivitäten vor Ort und der Einen Welt aufzuzeigen. Denn: wenn Nachhaltigkeit vor Ort realisiert wird, werden damit auch indirekte Effekte für die Eine Welt erreicht.

Dinslaken (ca. 73.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Dinslaken entwickelt ein neues Stadtmarketingkonzept. Die Verknüpfung von City-Marketing und Lokale Agenda 21 wird in der neuen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, die am 1. Juli

2004 ins Leben gerufen wurde, angestrebt. Eine-Welt-Aktivitäten laufen fast ausschließlich über den Agendaprozess, so dass entwicklungspolitische Belange über die Agenda Bestandteil des neuen Konzepts werden.

Der Ansatz zu einem gemeinsamen Vorgehen von Stadtmarketing und Eine-Welt-Belangen erfolgte über den DIN-Kaffee, den fair gehandelten Stadtkaffee. 'DIN' ist für Dinslaken eine stadtspezifische Norm, die sich auch in Aktivitäten des Stadtmarketings wie den DIN-Tagen, einer öffentlichen Veranstaltungsreihe der Stadt, wiederfindet.

Marion Schimek vom Agenda-Büro der Stadt weist darauf hin, dass sich der DIN-Kaffee schon als 'Stadt-souvenir' durchgesetzt hat. „In sechs Monaten haben wir 1.000 kg unseres Stadtkaffees abgesetzt. Und die erst kürzlich auf den Markt gebrachte DIN-Tasse ist jetzt schon zu 50% verkauft.“ Gemeinsame Veranstaltungen von Kulturamt und Agenda-Büro zum Thema Eine Welt, werben ebenfalls für die Stadt. Die gut besuchten Feste belegen die Attraktivität einer solchen Kooperation. Basis dieser vorbildlichen Zusammenarbeit sind die gut funktionierenden Strukturen im Agenda-Prozess Dinslaken. Im Mittelpunkt steht der Agenda-Rat. Er ist vermittelndes Gremium zwischen Agenda-Arbeitskreisen, Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit, aber zugleich auch Entscheidungsträger. Mitglieder sind Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Dinslaken, Delegierte der im Rat vertretenen Parteien und SprecherInnen der Agenda-Arbeitsgruppen.

Jörg Dehm, Kämmerer der Stadt Dinslaken, legt auch Wert darauf, dass „der Agendaprozess in Dinslaken gut läuft. Das Engagement der Beteiligten, die auch aus der privaten Wirtschaft stammen, werden wir für das Stadtmarketing nutzen. Wenn Eine-Welt-Aktivitäten auch ökonomisch sinnvoll sind, steht einer Verzahnung der beiden Themen nichts im Wege.“

Kontakt:

Stadt Dinslaken, Agenda-Büro
Marion Schimek
Platz d'Agen 1
46535 Dinslaken
Tel.: 02064/66-550
Fax: 02064/66-11550
E-mail: marion.schimek@dinslaken.de
www.dinslaken.de

Stadt Dinslaken
Beigeordneter Jörg Dehm
Platz d'Agen 1
46535 Dinslaken
Tel.: 02064/66440
E-mail: joerg.dehm@dinslaken.de

Partnerschaften als Ansatz für Stadtmarketingaktivitäten

Duisburg (ca. 512.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Als erste Stadt der Bundesrepublik Deutschland gründete 1982 die Stadt Duisburg eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt der Volksrepublik China. Am 8. Oktober 1982 unterzeichnete der damalige Duisburger Oberbürgermeister Josef Krings zusammen mit dem Wuhaner Oberbürgermeister Li Zhi die Partnerschaftsurkunde in Wuhan.



Die ersten Kontakte entstanden Ende der 70er Jahre, als ein Konsortium der Duisburger Firmen Mannesmann-Demag, Krupp-Industrie-Technik und Thyssen Consulting gemeinsam ein Kaltwalzwerk in Wuhan errichteten. Damals lebten mehr als 300 Ingenieure, von denen die meisten aus Duisburg kamen, mit ihren Familien in Wuhan. Aus diesen Kontakten erwuchs die Idee einer Städtepartnerschaft, zumal beide Städte ähnliche wirtschaftliche Strukturen und Gegebenheiten aufweisen. Wuhan ist ebenfalls als Zentrum der Eisen- und Stahlindustrie bekannt.

Gudrun Tomberg zuständig für die Städtepartnerschaften der Stadt Duisburg, bemerkt: „Für unser Stadtmarketing gibt es beispielsweise Anknüpfungspunkte bei Besuchen von VertreterInnen der chinesischen Wirtschaft. So können wir den internationalen Aspekt unsere Stadtaktivitäten betonen.“

Neben der Werbung für den Industriestandort Duisburg, bieten die partnerschaftlichen Begegnungen gleichermaßen auch einen Rahmen für wirtschaftliche Kontakte. Duisburg hat einen Ansatz für eine erfolgreiche Verknüpfung von Stadtmarketing und Eine-Welt-Belangen gefunden – gibt es nicht auch in Ihrer Stadt oder Gemeinde einen Aspekt, der beiden Interessen gerecht wird?

Kontakt:

Stadt Duisburg

Gudrun Tomberg

Rathaus Burgplatz

Zimmer 214

Tel.: 0203/283 4757

E-mail: g.tomberg@stadt-duisburg.de

Vermarktung der Lokalen Agenda 21

Tatsächlich gibt es nur sehr wenige konkrete Ansätze, in Stadtmarketingaktivitäten Fragestellungen aus der Eine-Welt-Diskussion einzubeziehen. Vielfach wird der Zusammenhang überhaupt nicht hergestellt. Denkbar ist allerdings, dass bei guter Zusammenarbeit zwischen Stadtmarketing und Lokaler Agenda eine 'Vermarktung' der entsprechenden Aktivitäten über Stadtmarketing – mit seiner Ausrichtung auf Werbung/Kommunikation – erfolgen kann. Dies kann vor Ort identitäts- und imagebildend wirken.

Trier (ca. 100.000 Einwohner, Rheinland-Pfalz)

Trier gehört zu den ersten Städten, die versuchten, die Aktivitäten von Stadtmarketing und der Lokalen Agenda 21 miteinander zu verknüpfen – allerdings ist in Trier (im Unterschied zu Dinslaken) Stadtmarketing das 'Dach'. Der Stadtmarketingprozess 'Trier 2020' ist auf die Zukunft Triers ausgerichtet und den Prinzipien der Nachhaltigkeit verpflichtet. Deshalb ist auch der Verein LA 21 e.V. an diesem Prozess beteiligt und engagiert sich in den verschiedenen Arbeitskreisen sowie in der Projektsteuerungsgruppe.

In Trier begann 1992 die Diskussion um die Notwendigkeit eines strategischen, langfristigen Ansatzes, der Stadtentwicklung über tagesaktuell zu lösende Probleme hinaus betrachtet. Vorrangig ging es darum, längerfristige Perspektiven der Stadt, Entwicklungsmöglichkeiten, Ziele und konkrete Maßnahmen im gemeinsamen Engagement der verschiedensten Akteure zu diskutieren und umzusetzen.

Von den verantwortlichen Akteuren in Trier wird Stadtmarketing als wichtige Grundlage gesehen, um Leitlinien und Horizonte für die Stadtentwicklung der nächsten Jahre abzustecken. Das tatsächliche Zusammenspiel von Stadtmarketing und Lokaler Agenda 21 wird in Trier von den Beteiligten eher kritisch gesehen. So unterscheiden sich in deren Einschätzung die Sichtweisen beider Ansätze im Grundsatz, wenn sie auch einige Elemente gemein haben wie die Langfristperspektive,

die Aktivierung der Bürgerschaft, die Leitbildentwicklung und die integrative Betrachtung der Stadt. Stadtmarketing wird jedoch als vor allem ökonomisch ausgerichtet interpretiert, mit dem ‚großen Ziel‘ der marktgerechten Stadt⁵⁵. Allein eine organisatorische Verknüpfung reiche nicht aus, solange die Ziele und Inhalte so deutlich auseinander liegen.



Ganz offensichtlich gibt es im Rahmen des Stadtmarketings keine Aktivitäten, die den Eine-Welt-Aspekt in den Vordergrund stellen – auch wenn eine der Säulen des Trierer Stadtmarketings die Nachhaltigkeit ist. Auch das, was im Rahmen der Lokalen Agenda 21 unter Nachhaltigkeit läuft, stellt Maßnahmen in der Stadt Trier in den Mittelpunkt.

Allerdings ist Trier Mitglied im ‚Gesunde-Städte-Netzwerk‘ und gehört zu den mehr als 400 deutschen Kommunen, die im Klimabündnis aktiv sind – so ergibt sich ein gewisser globaler Bezug der kommunalen Aktivitäten.

Nach den Einschätzungen des Amtsleiters für Stadtentwicklung der Stadt Trier, Dr. Johannes Weinand, ist Eine-Welt-Arbeit keine explizite Aufgabe der kommunalen Ebene. Eine Kommune kann versuchen, Nachhaltigkeit so weit wie möglich in ihrem ‚Hoheitsgebiet‘ zu verwirklichen und damit zumindest indirekte Eine-Welt-Effekte zu bewirken. Alles andere sei – auch im Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen – unrealistisch.

Kontakt:

Lokale Agenda 21 Trier e.V.
Charlotte Kleinwächter (Geschäftsführerin)
Palaststraße 13
54290 Trier
Tel.: 0651/9917752
Fax: 0651/99189224
E-mail: info@la21-trier.de
www.la21-trier.de

Stadt Trier
Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Amtsleiter Dr. Johannes Weinand
Saarstr. 2
54290 Trier
Tel.: 0651/718112
Fax: 0651/7181128
E-mail: stadtmarketing@trier.de



Erweiterung der Stadtleitbilder um die Aspekte ‚Internationales‘ und ‚Interkulturalität‘

Es ist auch vorstellbar, die bestehenden Leitlinien oder Leitbilder mancher Stadt um die Facette ‚Internationales‘ oder eine schon existierende Leitidee ‚Internationales‘ um den Aspekt der Einen Welt zu erweitern. Damit bekäme ein internationales Engagement im Sinne von Engagement für Eine Welt einen anderen Stellenwert. Hier gibt es also Potenziale, dass sich Akteure des Stadtmarketing ein neues Handlungsfeld erschließen.

Völklingen (ca. 42.000 Einwohner, Saarland)

Ende der 90er Jahre entstand in der Verwaltung der Stadt Völklingen die Idee, ein Stadtmarketingkonzept

55 Vgl. LA 21 und Stadtmarketing, IZT-Stellungnahme zu den „Themenbereichen Agenda 21“ der Stadtmarketing-Arbeitsgruppe „Städtebau und Verkehr“, <http://www.uni-trier/izt/43texze/stmark.htm> (25.3.2003)



Deutschen und MigrantInnen gemeinsam zu erarbeiten, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Die in der Stadt lebenden MigrantInnen kommen aus 82 Nationen und stellen rund 15 Prozent der Bevölkerung.

Auftraggeber und Träger des Stadtmarketingprojektes waren die Stadt einerseits und die drei wichtigsten Wirtschafts- und Gewerbevereine Völklingens andererseits – der Verkehrsverein, der Verein Handel und Gewerbe und der Initiativkreis. Die Finanzierung des Projekts in öffentlich-privater Partnerschaft wurde je zur Hälfte von den AuftraggeberInnen getragen.

Um die BürgerInnen direkt an der Konzeptentwicklung zu beteiligen, entstanden im Winter 1998/99 neutral moderierte Arbeitskreise zu den Themen Wirtschaft, Freizeit/Kultur, Information/Öffentlichkeitsarbeit und Gestaltung der Innenstadt. Ende 1998 befragten MitarbeiterInnen des Innenstadt-Arbeitskreises PassantInnen in deutscher und türkischer Sprache. Neben 360 deutschen gaben 70 türkische BürgerInnen ihre Einschätzungen zum Thema ab. Auffällig war, dass die meisten überwiegend zum Einkaufen in die Innenstadt kamen. Als zweithäufigsten Grund nannten Deutsche „Arzt- und Ämterbesuche“ sowie andere Erledigungen, während TürklInnen „Freizeitgestaltung“ angaben. Irene Kuron, Beraterin des Projekts, stellte fest, dass insbesondere für SüdeuropäerInnen ein Großteil der Freizeitgestaltung – im Gegensatz zu den befragten Deutschen – traditionell auf der Straße stattfindet.

Auf der ersten Sitzung des Arbeitskreises 'Multikulturelles Zusammenleben in der Stadt Völklingen', im

Februar 1999, diskutierten 14 BewohnerInnen italienischer, türkischer und deutscher Herkunft, der städtische Sozialdezernent sowie VertreterInnen der Ratsfraktionen und der Wirtschaft. Großen Anklang fand die Idee, im August 1999 ein Fest der Kulturen in der Innenstadt zu veranstalten. Feste fördern den interkulturellen Austausch ganz besonders und tragen so zum Abbau von Vorurteilen bei. Dieses Fest und weitere folgten mit großer Resonanz bei deutschen und ausländischen BürgerInnen.

Im Sommer 2004 zeigte sich im Rahmen des dreitägigen Saarfestes, dass es der Stadt

und allen engagierten Akteuren gelungen ist, den ehemaligen problematischen Stadtteil Werden in einen attraktiven Ort zu wandeln. „Noch vor vier bis fünf Jahren wäre es unvorstellbar gewesen, dort ein repräsentatives Fest zu veranstalten.“, so Kurt Kaspar, Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung der Stadt. Er fährt fort: „Die Neugestaltung des Werdener Platzes und der Bau der Schiffsanlegestelle am ehemals versperrten Saarufer bieten jetzt die räumlichen Möglichkeiten, um deutsche und ausländische MitbürgerInnen bei diesem und anderen Events zusammenzubringen und die Stadt so um eine internationale kulturelle Komponente zu bereichern.“ Neben den öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen hat die Stadt den Resultaten der BürgerInnenbefragung folgend auch ihr Angebot für Sprachunterricht erweitert. Schon in Kindergärten und Grundschulen wird es den Kindern der MigrantInnen ermöglicht, Deutsch frühzeitig zu erlernen und so deren Integration zu erleichtern.

Kontakt:
 Stadt Völklingen
 Kurt Kaspar
 Amt für Wirtschaftsförderung
 Neues Rathaus
 66333 Völklingen
 Tel.: 06898/132-600
 Fax: 06898/132-554
 E-mail: kurt.kaspar@voelklingen.de
www.voelklingen.de

4. Handlungsfeld Wasser

Deutschland ist mit hohen, über das ganze Jahr verteilten Niederschlägen ein grund- und oberflächenwasserreiches Land. Von den jährlich über 180 Milliarden Kubikmetern Wasser, die uns zur Verfügung stehen, wird dabei lediglich ein Viertel genutzt. Allerdings sind die für die Trinkwasserversorgung genutzten Grundwasservorkommen durch zahlreiche Belastungen und Schadstoffeinträge aus Industrie und Landwirtschaft, aber auch durch die Ausweitung von Siedlungsflächen und durch Altlasten bedroht, so dass sowohl unser Trinkwasser als auch bei Rückführung in den Wasserkreislauf unser Abwasser einer kosten- und zeitintensiven Aufbereitung unterzogen werden müssen.

Die Sicherung einer ausreichenden Wasserversorgung bei gleichzeitiger hoher Wasserqualität ist in Deutschland eine Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen. Den gesetzlichen Rahmen für die Wasserwirtschaft gibt der Bund mit dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vor⁵⁶. Mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie⁵⁷ werden neue Instrumente in die europäische Wasserpolitik eingeführt, unter anderem ökologische und ganzheitliche Bewertungsansätze, Gebietsplanungen sowie Öffentlichkeitsinformation und -beteiligung. Von größter Wichtigkeit ist auch die Umorientierung der Landwirtschaft zu ökologischeren Wirtschaftsweisen.

Der Wassersektor in Deutschland und in anderen europäischen Staaten ist durch fortschreitende Privatisierungs- und Konzentrationstendenzen gekennzeichnet. Das Thema Privatisierung in der Wasserwirtschaft ist auch in den Entwicklungsländern hochaktuell.

Der Gewässerschutz stellt komplexe Anforderungen hinsichtlich der Bautätigkeit im besiedelten und unbesiedelten Bereich sowie des Natur- und Landschaftschutzes. Daran wird deutlich, dass außer der Wasserwirtschaft breite Akteursgruppen – Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe, private VerbraucherInnen, HauseigentümerInnen, Kommunen und Planungsgremien auf verschiedenen Ebenen – in den Gewässerschutz eingebunden werden müssen.

Der Zusammenhang zwischen Wasserwirtschaft, Lokaler Agenda 21 und Eine-Welt-Aktivitäten ist schnell hergestellt: Im 20. Jahrhundert hat sich der Verbrauch von Süßwasser durch den Menschen von 300 Kubikkilometer (1900) auf 2.100 Kubikkilometer (1998) pro Jahr erhöht. Prognosen, die eine Vervierfachung des

Wasserbedarfs in den kommenden 30 Jahren voraussagen, unterstreichen die zunehmende Bedeutung eines vorausschauenden Wassermanagements.

Der Schutz der Ozeane, aller Arten von Meeren und Küstengebieten sowie der Schutz und die rationelle Nutzung und Entwicklung ihrer lebenden Ressourcen ist Gegenstand von Kapitel 17 der Agenda 21. Die Ressource Wasser ist „ein essentieller Bestandteil der Hydrosphäre und ein unverzichtbarer Teil aller Ökosysteme der Erde“ (Agenda 21, Kap. 18).

Um eine nachhaltige Nutzung der Ressource Wasser zu gewährleisten, wird darüber hinaus Wassersparprojekten eine große Bedeutung beigemessen. Korrespondierend mit dem Handlungsfeld kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist auch hier der Know-how-Transfer zwischen Nord und Süd ein wichtiger Kernpunkt.

4.1 Handlungsempfehlungen zum Wasser

Ansätze zur Verbesserung des Zustands von Grundwasser und Oberflächengewässern sind vielerorts vorhanden, nicht zuletzt die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre und die damit verbundenen ökologischen und ökonomischen Folgekosten haben zumindest partiell zu einem Umdenken bezüglich Siedlungs- und Gewässerausbaupolitik geführt.

Der Wassersektor in Deutschland ist einem fortschreitenden Privatisierungs- und Konzentrationstrend unterworfen. Hier stehen die Kommunen als AufgabenträgerInnen vor der Aufgabe, in Ausschreibungen und Verträgen Einfluss auf die ökologisch und sozial verantwortliche sowie eine ökonomisch vertretbare Erfüllung der Ver- und Entsorgung Einfluss zu nehmen⁵⁸. Möglichkeiten bestehen im Erhalt der kommunalen Anteilsmehrheit, in der Sicherstellung von Kosten- und Gebührentransparenz und ökologischer Berichterstattung, in verbindlich festgelegten Maßnahmen der Gewässervorsorge, in der Festschreibung des Einsatzes ökologischer Techniken und Verfahren, im Einsatz eines unabhängigen externen Kontrollgremiums oder in der Verpflichtung zur Teilnahme am Öko-Audit.

Nachhaltige Wasserwirtschaft ist auch von kultureller und sozialer Bedeutung in den Städten und

56 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002, BGBl. I S. 3245.

57 Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, EU-Wasserrahmenrichtlinien (EU-WRRLL).

58 Vgl. laufendes BMBF-Forschungsvorhaben „NetWORKS“, Difu 2003, <http://www.networks-group.de>

Gemeinden. Mit der Verbesserung des Wohn- und Lebensumfelds durch die Renaturierung von Gewässern und deren Erschließung für Freizeit und Erholung entwickeln insbesondere verdichtete Städte einen 'weichen' Standortfaktor.

Die folgenden Beispiele schildern nicht nur deutsche sondern auch gelungene Projekte in Entwicklungsländern, die mit deutscher Unterstützung entstanden.

► Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für wasserwirtschaftliche Belange

Wie wecke ich Interesse für wasserwirtschaftliche Belange in Deutschland, in der Region, in der Stadt, ja sogar für globale Bezüge? Wir werden sehen, dass dies durch wirtschaftliche Anreize aber auch Aufklärung geschehen kann.

Bremen (ca. 660.000 Einwohner)

Über 180.000 eingesparte Kubikmeter Wasser, über 26.000 Tonnen weniger Kohlendioxid (CO₂) seit 1996 und mehr als 5.600.000 Euro Ersparnis bei den teilnehmenden Schulen – das ist das stolze Ergebnis des Bremer Energiesparprojektes, 3/4plus'.

Träger von 3/4plus sind der Senator für Bildung und Wissenschaft und die Bremer Energie-Konsens GmbH. ‚Für die Schule sparen – für's Leben lernen‘ lautet einer der Leitsätze dieses Projektes. So werden die Schulen bei der technischen Umsetzung von Energie- und Wassersparmaßnahmen intensiv beraten, betreut und erfahren fachliche und didaktische Unterstützung bei der Vermittlung von Ressourcenschutzaufgaben und -lösungen im Unterricht und Schulalltag.

„Um Schulverwaltungen zu motivieren, Wasser zu sparen, hilft ein ökonomischer Anreiz. SchülerInnen, denen Kosten gleichgültig sind, ist der Eine-Welt-Bezug wichtig“, so Maren Hille, Initiatorin des 3/4plus-Projekts. Der Einbau von Wasser sparenden Armaturen, ja die Umrüstung des gesamten Sanitärbereichs und das Messen der eingesparten Wassermenge beeindruckt Jugendliche. Für die Verwaltung war vor allem interessant, dass sich die Investitionskosten für die Umrüstung schon nach zwei Jahren amortisiert hatten. Danach konnten jährlich fünfstelligen Eurobeträge eingespart werden.

Das Klima gefährdende Gas CO₂ wird bei der Erzeugung von Strom und Heizenergie freigesetzt. Auf Initiative und mit tatkräftiger Unterstützung des 3/4plus-Projektteams sind 146 Bremer Schulen aktiv geworden: Einfache Verhaltensänderungen wie ‚Licht aus in der Hofpause‘ oder ‚Fenster schließen während des Heizens‘ sowie technische Umrüstungen von Heizungsanla-

gen oder die Erneuerung von Beleuchtungssystemen sind Beispiele für die vielfältigen energiesparenden Maßnahmen. Die Palette der Möglichkeiten bezieht SchülerInnen, LehrerInnen, Hausmeister und Schulleitungen gleichermaßen ein.

3/4plus gelang die erfolgreiche Durchführung des Projekts durch die Kooperation aller relevanten Akteure: das Landesinstitut für Schule, den Bremer Baubetrieb (Kommunales Energiemanagement), den Senator für Bau und Umwelt in Bremen (Energieleitstelle und Abt. Wasserwirtschaft), die Universität Bremen (Institut für arbeitsorientierte Allgemeinbildung), die Bremer Umweltberatung e.V., die swb Enordia GmbH, das Energiesparprogramm Schulen Bremerhaven, die Stadt Bremerhaven – Schulamt, das Hochbauamt Bremerhaven (Energiebewirtschaftung) und die Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH.

Dieses Beispiel zeigt, dass sich wirklich überall Möglichkeiten zur finanzieller Einsparung und gleichzeitig globalem (Um-)Denken finden lassen – denn, in welcher Gemeinde oder Stadt gibt es keine Kindergärten und Schulräume?

Kontakt:

3/4plus - Clevere Energie- und Wassernutzung in Bremer Schulen

Projektkoordination

Maren Hille

Bremer Energie-Institut

Tel.: 0421/2014314

E-mail: hille@bei.uni-bremen.de

www.34plus.de/

► Erfahrungsaustausch mit Kommunen in Entwicklungsländern

Der Austausch von Informationen und Beratung mit Partnern im Süden kann fruchtbar sein. Nutzen Sie deren Erfahrung vor allem im landwirtschaftlichen Bereich. Entwickeln Sie gemeinsame Projekte zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in Entwicklungsländern im Bereich der Wasserwirtschaft.

Kommunale Unternehmen im Norden wie die Wasserwerke haben eine besondere Verantwortung, sich aktiv für eine Verbreitung nachhaltiger und sozial angepasster Technologien einzusetzen. Ihre langjährige Erfahrung beim Aufbau städtischer Infrastruktur unter Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen ist für Kommunen im Süden von großem Interesse.

Dies kann in Form von Praktika und Ausbildungsangeboten geschehen. In der Stadtverwaltung, Wirtschaft und Handwerk ermöglichen Praktika und Ausbildungs-

angebote für ausländische Studierende und Fachleute der Partnerstädte im Bereich Wasserwirtschaft einen nachhaltigen Wissenserwerb. Aber auch die Entsendung von Fachleuten in Partnerkommunen für Beratungstätigkeiten oder um gemeinsame Projekte zu betreuen, hat sich bewährt.

Lauingen (ca 11.000 Einwohner, Bayern)

In Nigeria gibt es fünf Kommunen mit einem Agenda 21-Prozess. Lagos-State gehört dazu. Anders als in Deutschland konzentriert sich der Agenda-Prozess hier auf Umweltprobleme – wie z.B. die Teilprivatisierung der Abfall- und Abwasserwirtschaft. Offizielle Städtepartnerschaften mit nigerianischen Kommunen gibt es bisher nicht. Die Stadt Lauingen hat seit Dezember 2000 eine Projektpartnerschaft mit Lagos Island, dem zentralen von 20 Stadtbezirken der Millionenstadt Lagos State in Nigeria.

Die Agenda-Partnerschaft begann mit dem Besuch des Bürgermeisters von Lagos-Island, Prince Luqmon Oladeji Ajose, im Sommer 1999 in Lauingen. Bei einem Stadtfest traf er den Bürgermeister Lauingens und fragte in inoffizieller Runde an, ob Lauingen Interesse hätte, Lagos-Island durch Transfer von Umwelttechnologie, insbesondere im Bereich Abfall- und Abwasserentsorgung zu unterstützen.

Der damalige Bürgermeister Barfuß zögerte nicht lange und handelte prompt. Er initiierte das Projekt 'Internationales Austauschprogramm für Umweltschutz' mit Hilfe des Bildungszentrums für Umweltschutz der Bayerischen Verwaltungsschule in Lauingen. So entstand eine partnerschaftliche Zusammenarbeit beider Städte auf direkter Ebene und kostengünstige Weise, denn zusammen mit dem Bildungszentrum für Umweltschutz der Bayerischen Verwaltungsschule in Lauingen, der Carl Duisberg Gesellschaft (heute InWEnt) und der Society for International Development (SID) wurde das Programm finanziert.

Stipendiaten aus der Verwaltung der Stadt Lagos-Island oder aus dem Staat Lagos-State, aber auch Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen können sich durch Lern- und Praktikumsaufenthalte in Deutschland, unter der Obhut ihrer Partnerstadt Lauingen, Wissen in deren speziellen Fachbereichen – Abfall, Abwasser, Agenda 21 – aneignen. Den Praktikern folgt eine theoretische Ausbildung im Bildungszentrum für Umweltschutz.

Zudem hat sich der Lauinger Städtepartner, der Berliner Stadtteil Marzahn, in das Projekt eingeklinkt. Hier kommt noch der Aspekt der Abfall- und Abwasserentsorgung in einer Großstadt hinzu, eine weitere Bereicherung für den Wissenstransfer, der in der Kleinstadt Lauingen nicht möglich ist.

Neben fachlichem Wissen bekommen die Praktikanten

Einblicke in bayerische Lebensart und Kultur, da sie privat untergebracht werden. Dies trifft, ebenso wie die generelle Teilnahme der Praktikanten am öffentlichen Leben Lauingens – neben der Tätigkeit in den Firmen und der Verwaltung, besuchen sie die Schulen der Stadt, nehmen an Festen teil – auf sehr positive Resonanz in der Bevölkerung. So stellt Marcus Kleebaum, Ansprechpartner bei der Stadt Lauingen, fest: „Wir profitieren sehr wohl durch dieses kulturelle Miteinander, Lauingen ist spürbar aufgeschlossener geworden in den letzten Jahren“.

Nach ihrer Rückkehr können die Multiplikatoren das erlangte Wissen in ihrer Heimat anwenden und weitergeben. Insgesamt dauert das Programm von InWEnt ein Jahr und umfasst einen Sprachkurs, Informationen aus den Themenbereichen der Agenda 21 sowie ein Moderationstraining. Im Jahr 2003 gewann das Projekt in Bayreuth den Wettbewerb ‚Agenda 21 in Bayern – Zukunft erfolgreich gestalten‘ in der Kategorie ‚Globale Partnerschaft‘ (dotiert mit 20.000 Euro).

Der Stadt Lauingen entstehen – abgesehen von der Arbeitszeit der involvierten MitarbeiterInnen – keine weiteren Kosten. Der Gewinn an technischen und interkulturellen Erkenntnissen überwiegt den Einsatz bei weitem.

Kontakt:

Stadt Lauingen

Marcus Kleebaum

Herzog-Georg-Straße 17

89415 Lauingen (Donau)

Tel.: 09072/998-136

Fax: 09072/998-194

E-mail: kleebaum@lauingen.de

www.lauingen.de/agenda/lagos.htm

Kooperationsstrukturen der Wasserwirtschaft

Eine-Welt-Belange können mit dem Bereich Wasserwirtschaft und anderen tangierten Zuständigkeitsbereichen wie Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung und Bildung verknüpft werden. Es ist wichtig, Kooperations- und Vernetzungsstrukturen für Eine-Welt-Arbeit im Bereich Wasserwirtschaft als kommunal, regional oder public private partnership aufzubauen. Die Unterstützung und Beratung von NGOs, Kirchen und der Wirtschaft in wasserwirtschaftlichen Belangen von Eine-Welt-Projekten ist dabei unerlässlich.

Berlin

Im Herbst 2003 bot die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Zusammenarbeit mit

der InWEnt gGmbH für jeweils eine/n TeilnehmerIn aus Windhuk und Johannesburg ein Fortbildungsangebot im Bereich ‚Kommunales Wassermanagement: Versorgung oder Entsorgung‘ an. Dieses Angebot wurde unterstützt und begleitet durch das Berliner ‚Kompetenzzentrum Wasser‘ und Berlinwasser.

Die TeilnehmerInnen erhielten neben der kostenlosen fachlichen Fortbildung auch ein Stipendium und eine Unterkunft. Über einen Erfahrungsaustausch und eine mehrwöchige, praxisorientierte Fortbildung in Berlin konnte je ein/e MitarbeiterIn in kommunaler Unternehmen und Einrichtungen aus beiden Berliner Partnerstädten fachliche und methodische Lösungsansätze des kommunalen Managements vermittelt werden.

„Die Stipendiaten konnten in den Labors der Wasserbetriebe arbeiten, sie unternahmen Exkursionen – insgesamt war die fachliche Betreuung der Berliner Wasserbetriebe ausgezeichnet“, urteilt Michael Schwartzkopff von InWEnt in Berlin. Im Anschluss an die themenorientierten Fortbildungen waren die TeilnehmerInnen als Multiplikatoren in ihren Heimatstädten zur Schulung weiterer MitarbeiterInnen ausreichend qualifiziert.

Berlin ist auch auf anderen Ebenen aktiv. Im Oktober 2004 fand die Berliner Wasserkonferenz statt, die die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Berlin in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin, die TU Berlin, die InWEnt gGmbH, die Senatskanzlei und weiteren Organisationen in Berlin durchführten. Die Konferenz richtete sich vornehmlich an Wasserfachleute aus den Partnerstädten Berlins: Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Istanbul, Jakarta, London, Los Angeles, Madrid, Mexiko-Stadt, Moskau, Paris, Peking, Prag, Taschkent, Tokio, Warschau und Windhuk. Projektbezogen arbeitet Berlin darüber hinaus mit vielen anderen Städten zusammen, unter anderem mit Kopenhagen, Helsinki, Johannesburg, Schanghai, Seoul, Sofia, Sydney und Wien.

Bei der Konferenz bildeten die Themen Wasserverlustreduzierung, Wasserqualitätsproblematik, Abwassermanagement und Privatisierung/Public-Private-Partnership Schwerpunkte. Dabei knüpft man an den Erfahrungen und Möglichkeiten des Public Private Partnership, sowie an Berlins Städtepartnerschaften und seinem Know-how – vertreten durch InWEnt, GTZ, NRO, BerlinWasser, Land Berlin – an. Die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit wurde bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Veranstaltung durch den Beirat für Entwicklungszusammenarbeit unterstützt.

Bei der Veranstaltung hatte das Fachpublikum die Gelegenheit sich zu ausgewählten Themen in parallelen Workshops zu vertiefen, natürlich gab es auch die Möglichkeit zur Diskussion und zum Austausch untereinander.

Die Ergebnisse der internationalen Wasserkonferenz lassen sich nachlesen unter:

<http://www.berlin.de/senwiarbfrau/doku/wirtschaft/waterconference2004.pdf>

Kontakt:

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
Internationale Kooperation, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

Stefani Reich, Dipl.-Kauffrau
Martin-Luther-Strasse 105
10825 Berlin

Tel.: 030/90137409

Fax: 030/90138466

E-mail: stefani.reich@senwaf.verwalt-berlin.de

E-mail: lez@senfwaf.verwalt-berlin.de

InWEnt gGmbH, Regionales Zentrum Berlin

Michael Schwartzkopff

Lützowufer 6-9

10785 Berlin

Tel.: 030/25482123

E-mail: michael.schwartzkopff@inwent.org

Nachhaltiges Management von Küstenzonen und Gewässereinzugsgebieten

Das nachhaltige Management von Küstenzonen und Gewässereinzugsgebieten verlangt viel fachliches Wissen. Die Entsendung von Spezialisten für die Beratungstätigkeit oder zur Betreuung gemeinsamer Projekte in Entwicklungsländern leistet einen wirkungsvollen Beitrag zum Ressourcenschutz.

Bremen

Wie können Menschen in Entwicklungsländern für die sehr komplexen ökologischen und sozialen Prozesse der Küstengebiete, für den Meeresumweltschutz, für die integrierte Bewirtschaftung und die nachhaltige Entwicklung der Küstenregionen sensibilisiert werden? Die Antworten auf diese Fragen und zugleich ein Konzept zum Aufbau und zur Stärkung der internationalen sowie der regionalen Netzwerke sind Schwerpunkte des Entwicklungsvorhabens COASTMAN.

So heißt ein Programm der InWEnt gGmbH, das diese als ein internationales Trainingsprojekt für integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) im Jahr 2000 im Auftrag der Bundesregierung und des Landes Bremen entwickelte.

Bremen kann durch seine maritime Tradition viel Know-how in Gestalt zahlreicher Unternehmen aus der Hafewirtschaft, aus Handel, Seeverkehr, Fischerei und

Fischverarbeitung sowie von Forschungsinstituten für polare und tropische Gewässer vorweisen.

COASTMAN wird schon in vielen Entwicklungsländern⁵⁹ eingesetzt, hier sollen die Aktivitäten in Indonesien dargestellt werden. Die Republik Indonesien besteht aus ca. 17.000 Inseln und besitzt dadurch die zweitlängste Küste der Welt, die von verstreut liegenden Korallenriffen gesäumt wird. Die zunehmende Bevölkerungsdichte setzt die natürlichen Ökosysteme unter Druck.

Küstenzonenmanagement ist dort seit Mitte der 80er Jahre bekannt. Seit 1994 hat die Universität CCRMS (Centre for Coastal Resources Management) Bogor über 1000 Personen in IKZM-Trainings qualifiziert. Doch für die riesige Aufgabe im Archipel sind dies noch zu wenige Kräfte. Zielgruppe sind die MitarbeiterInnen von Provinz- und Kommunalverwaltungen, NGOs und Universitäten. COASTMAN konzentriert sich bislang auf West Java. Die intensive wirtschaftliche Nutzung der Küste durch Industrie, Fischwirtschaft und Garnelenzucht verursacht ökologische Probleme, allerdings auch ein wachsendes Bewusstsein für Umweltschutz, denn die aktuelle Regierungspolitik weist auf eine Neuorientierung hin: Man betrachtet die nachhaltige Küstennutzung als wirtschaftliche Zukunftsstrategie.

Wie kommt nun COASTMAN zum Einsatz? Durch dessen Programminstrumente (wie IKZM Trainer- und Moderatorenqualifizierung, Coaching und Supervision) wird den Fischern, die Cyanid zum Fischfang einsetzen, verdeutlicht, dass sie mit dieser Fangmethode die symbiotische Lebensgemeinschaft von Riff und Fisch, und damit auch ihre Erwerbsgrundlage langfristig zerstören. Ihnen werden stattdessen angepasste Fangtechniken oder andere Einkommensquellen vorgeführt.

COASTMAN konnte durch die Beteiligung der Akteure die bisherigen IKZM-Aktivitäten um einen Ansatz bereichern, dies führte und führt zu nachhaltigen Bewusstseins- und Verhaltensänderungen.

Kontakt:

InWEnt gGmbH,
Regionales Zentrum Bremen
Bürgermeister-Smidt-Str. 82
28195 Bremen
Tel.: 0421/1629740
Fax: 0421/1629720
E-mail: martin.foth@inwent.org
www.inwent.org

Aufbau einer Infrastruktur zur Wasserver- und Abwasserentsorgung

Der Aufbau einer wirtschaftlich tragfähigen sowie kulturell und sozial angepassten Infrastruktur zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung kann sowohl öffentlich, privat als auch gemischt öffentlich-privat organisiert sein.

Bremen:

Seit Mitte der 70er Jahre ist die Nutzung erneuerbarer Energien ein Schwerpunkt der Bremer Entwicklungszusammenarbeit. Die Nutzung dieser 'renewables' war immer ein integraler Bestandteil in den Bemühungen um eine sozioökonomische Entwicklung von ländlichen und urbanen Zielgruppen in den Ländern des Südens. Bremen fördert im Bereich der Nutzung der Hydroenergie seit 1982 Projekte zur Verbesserung und Einführung des Hydraulischen Widders, eines Gerätes zum Fördern von Wasser für die Land- und Forstwirtschaft und für das Siedlungswesen. Darüber hinaus wird die Kleinturbine zur elektrischen Energieversorgung, besonders in abgelegenen Dörfern im indischen Himalaja, eingesetzt. Waren es zu Beginn die Weiterentwicklung und die Verbesserung der Technologien, die von Bremen gefördert wurden, so stehen heute nationale Grenzen überschreitende Verbreitungsprojekte im Mittelpunkt der Arbeit im Bereich umweltgerechte Entwicklung des Bremer Landesamtes. Angepasste Technologien werden heute in Zusammenarbeit mit inzwischen gut ausgebildeten Fachkräften im Süden länderübergreifend transferiert. Seit 1987 fördert Bremen den Süd-Süd-Technologietransfer des Hydraulischen Widders von Indien in die Volksrepublik China.

Hier wird der Hydraulische Widder inzwischen in größerer Stückzahl industriell gefertigt und genutzt. Gleichzeitig wird der Hydraulische Widder der indischen Small-Scale Industry Unit INTECO aber auch erfolgreich in den indischen Bundesstaaten Jammu und Kaschmir in der Hochebene von Ladakh eingesetzt. Diese Hochebene auf der dem indischen Subkontinent abgewandten Himalaja-Seite ist eine Trockenzone, die nicht von den Monsunregen erreicht wird. Daraus resultiert, dass das Wasser für die Bewässerung und als Trinkwasser meistens aus Gletscher gespeisten Wasserläufen auf die Terrassenfelder und in die Dörfer gefördert werden muss.

Der Kooperationspartner in Ladakh, die Ladakh Ecological Development Group, bemüht sich mit dem Bremer Partner Borda – Bremen Overseas Research and

⁵⁹ InWent gGmbH, Regionales Zentrum Bremen: COASTMAN, Internationales Trainingswerk für Integriertes Küstenzonenmanagement, Bremen 2004.

Development Association – um die Entwicklung einer angepassten Energiewirtschaft in kleinen Einheiten. So wird beispielsweise der Hydraulische Widder zur Bewässerung von landwirtschaftlichen Produkten und Brennholz eingesetzt, und in der frostfreien Zeit produzieren die Kleinturbinen Strom für den häuslichen Bedarf.

An diesem Projekt zur Nutzung der angepassten Technologie im Bereich der Wasserförderung mit dem Hydraulischen Widder ist neben den indischen und deutschen Kooperationspartnern auch ein chinesischer Kooperationspartner beteiligt, die Zhejiang Provincial Science and Technology Commission (ZPSTC) in der Zhejiang Provinz in Hangzhou. In Hangzhou konnten bis heute rund 150.000 Menschen mit häuslichem Brauchwasser und über 1.000 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche im Bergland mit Wasser versorgt werden.

Das Projekt wurde vom indischen Partner, der Ladakh Ecological Development Group, der Kommission der Europäischen Union und Bremen finanziert. In China ist die Zhejiang Provincial Science and Technology Commission der lokale Partner. Sowohl in Indien als auch in China wäre das Projekt ohne die erhebliche Eigenleistung der Zielgruppen nicht denkbar gewesen. Die Verbreitung dieser Technologie ist ein Prozess, dessen Ende noch lange nicht abzusehen ist.

Dieses Projekt leistet einen Beitrag sowohl im Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes – für den Betrieb wird keine konventionelle teure Energie verwendet – als auch im Bereich der integrierte Dorfentwicklung, da es die Lebenssituation von DorfbewohnerInnen in Indien und China entscheidend verbessert.

Kontakt:

Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen
Kerstin Dahlberg
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen
Tel.: 0421/3612194
Fax: 0421/3612648
E-mail: kdahlberg@hva.bremen.de
www.lafez.bremen.de/start.html

Die Verwendung und Beseitigung wassergefährdender Stoffe

In privaten Haushalten, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft entstehen wassergefährdende Stoffe, die bei einer nachhaltigen Nutzung der Resource Wasser entfernt werden müssen. In diesem Rahmen sind Wasserwirtschaft und Gesundheitsvorsorge die beteiligten Handlungsfelder.

Bremen:

Der 1977 gegründete Bremer Verein Borda (Bremen Overseas Research and Development Association) fördert umweltgerechte Lebensbedingungen und verbessert soziale Strukturen insbesondere mit Hilfe grundbedürfnisorientierter Technologien unter Nutzung erneuerbarer Energien.

Er exportiert Umwelttechnologie nach Indien, China, Vietnam und auch nach Namibia. Namibia ist ein so trockenes Land, dass kein Tropfen Wasser ungenutzt abfließen darf. Dort gilt das BORDA-Motto 'Abwasser ist kein Abfall, sondern ein Rohstoff' ganz besonders.

Der Verein entwickelte Abwasser-Anlagen, die nicht nur verschmutztes Wasser an Ort und Stelle reinigen, sondern auch einen großen Teil der im Schmutzwasser enthaltenen Nährstoffe herausfiltern können. Aus diesen Stoffen kann wiederum Tierfutter hergestellt werden. Das nennt man 'integrierte Abwasserbehandlung'. Dieses Konzept trifft in der namibischen Hauptstadt Windhuk, Bremens Partnerstadt, auf großes Interesse. Innerhalb der Stadt gibt es zwar eine Kanalisation und Windhuk recycelt schon seit 30 Jahren sein Trinkwasser. Aber wie das verschmutzte Wasser in ländlichen Gebieten ohne Kanalisation aufgefangen und gereinigt werden kann, ist mit dem von Borda entwickelten Konzept 'Dewats' (decentralised wastewater treatment systems, also dezentrale Abwasserbehandlung) zu schaffen.

"Die 1998 entstandene Dewats-Idee ist, dass die Abwasser-Anlagen immer aus einzelnen Bausteinen zusammengesetzt werden", sagt Borda-Geschäftsführer Stefan Reuter, "diese werden den lokalen Gegebenheiten, der Art und Menge des Abwassers individuell angepasst." Dewats-Anlagen haben natürlich auch ihre Grenzen: Sie können kein industriell verschmutztes Wasser reinigen. Dewats säubert Wasser aus Hotels, Schlachthöfen oder anderen Bereichen der Lebensmittelproduktion, Krankenhäusern oder Wohngebieten. Das Wasser hat dann noch keine Trinkqualität, aber Felder können damit problemlos beregnet werden. Die Finanzierung des Anlagenbaus wird momentan zwischen der Stadtverwaltung, der Universität und dem UNDP Office Windhuk verhandelt. „Die monetäre Mitwirkung der örtlichen Partner ist eine wichtige

Prämisse für die erfolgreiche Realisierung eines Projekts, denn so stehen sie ebenso wie wir in der Verantwortung“, schließt Stefan Reuter.

Kontakt:

BORDA
Stefan Reuter
Industriestrasse 20
28199 Bremen
Tel.: 0421/13718
Fax: 0421/1655323
E-mail: kontakt@borda.de
www.borda.de

Methoden zur Wassereinsparung in der Landwirtschaft

Dieser Bereich bietet enormes Potenzial für das Einsparen des kostbaren Gutes Wasser. Es gibt viele Formen der wassersparenden und der boden- und gewässerschonenden Bewässerung in der Landwirtschaft. Hierunter können auch vergessene, aber immer noch wirkungsvolle Methoden der Bewässerung reaktiviert werden wie die Wiederinbetriebnahme aufgelassener traditioneller Wasserspeicher und -verteilssysteme. Natürlich muss auch der Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pestiziden in der Landwirtschaft erwähnt werden, der durch Alternativen ersetzt werden kann.

Leipzig

Mit der politischen Wende 1989 bot sich der Stadt Leipzig die einmalige Chance, die Trinkwasserversorgung der Stadt unter dem Vorzeichen des Grundwasserschutzes neu zu organisieren. Im Zuge der Rückübertragung von landwirtschaftlichen Flächen an die Kommune konnte die neugegründete Wasserversorgungsgesellschaft die Flächen des Wasserguts Canitz übernehmen. Der mitten im Trinkwassereinzugsgebiet gelegene landwirtschaftliche Betrieb war zu DDR-Zeiten mit hohem Düngemittel- und Pestizideinsatz intensiv bewirtschaftet worden – mit gravierenden Folgen für die Qualität des Trinkwassers in der Region. Die Stadt Leipzig beabsichtigte, dies zu ändern.

Mehrere PartnerInnen arbeiteten heute im Umfeld des Wassergutes Canitz zusammen: die kommunalen Wasserwerke Leipzig, auf deren Initiative die Umstellung erfolgte, die selbständige Wassergut Canitz GmbH und die Kommunen im Einzugsgebiet. Um die Interessen der Wasserversorger mit denen der im Wasserschutzgebiet gelegenen Kommunen abzustimmen und Probleme abzubauen, die sich aus der Stellung als Trinkwasserschutzgebiet ergeben, wurde bereits 1991 auf Initiative

der Wasserwerke der 'Förderverein Mittleres Muldegebiet' gegründet. Hier sind auch Schulen, Bildungsträger, VertreterInnen der Bauern und weitere Unternehmen Mitglied. Der Verein möchte zeigen, wie man flächendeckenden Grundwasserschutz mit dem Erhalt von Lebensqualität vereinen kann: neben Ökolandbau, Landschaftspflege und Naturschutz liegen die Schwerpunkte der Vereinsarbeit auf Dorfentwicklung sowie Aus- und Weiterbildung.

1996 wurde das Wassergut als 100%ige Tochter in eine eigenständige GmbH überführt, die ihre Wirtschaftsflächen von den kommunalen Wasserwerken pachtet. Als erfolgreich wirtschaftendes Unternehmen ist sie heute nicht mehr auf die finanzielle Unterstützung des Mutterkonzerns angewiesen.


Die Produkte – alle Arten von Getreide und Gemüse – des Wasserguts Canitz werden über das sächsische Öko-Prüfsiegel vermarktet, in der Region, aber vor allem europaweit.

Der Ökolandbau auf dem Wassergut Canitz hat positive Folgen im ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereich, sowohl für den Betrieb an sich als auch für die Leipziger Wasserversorger. Während durch den Verzicht auf Chemie-Dünger und Pflanzenschutzmittel die Gehalte an Stickstoff und anderen Agrochemikalien im Boden sowie an Nitrat im Trinkwasser deutlich vermindert werden konnten, blieb die Bodenfruchtbarkeit erhalten und wurde sogar verbessert.

Das Wassergut steht wirtschaftlich stabil da und bietet Arbeits- und Ausbildungsplätze in einer von Abwanderung betroffenen Region. Für die Wasserwerke Leipzig haben sich die Investitionen in Ausgleichszahlungen für die Umstellung auch ökonomisch gelohnt, da um ein Vielfaches teurere Investitionen in die technische Aufbereitung des Trinkwassers überflüssig geworden sind. Die Herausforderung der Zukunft ist, das Wassergut profitabel, also ohne Zuschüsse durch die Wasserwerke zu betreiben und dabei den ökologischen Landbau nur so intensiv zu betreiben, dass ein Liter Rohwasser maximal 25 mg Nitrat enthält. Die Wasserwerke finanzieren die Ausgleichszahlungen und unterstützen bei Investitionen. Der Freistaat Sachsen finanziert die Extensivierungs- und Flächenstilllegungsprogramme.

Kontakt:

Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH
Technische Unternehmensplanung
Herr Dr. Wummel
Johannisgasse 7/9
04103 Leipzig
Tel.: 0341/9693265
Fax: 0341/9693366



Siedlungspolitik unter Berücksichtigung angepasster Wasser- und Abwassertechnik

Die Entwicklung einer nachhaltigen kommunalen Siedlungspolitik für die Bereiche Wohnen und Gewerbe unter Einsatz angepasster Wasser- und Abwassertechnik ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt der Eine-Welt-Arbeit. Dabei ist der konkrete Umgang mit Wasser in der Hauswirtschaft nicht zu vernachlässigen.

Bremen:

Erreichtes Ziel des Projektes im Bundesstaat West-Bengalen (Indien) war die Verbesserung der Lebensbedingungen von etwa 450 Familien und den etwa 2500 BewohnerInnen von acht Dörfern der Region. Howrah gehörte zu den unterentwickeltesten Regionen in West-Bengalen. Dort lebende Familien konnten bisher weder durch die Tagelöhnerarbeit der Männer in der Landwirtschaft noch durch den spärlichen Verdienst der Frauen und Kinder im informellen Sektor ihre existenzbedrohenden Lebensbedingungen verbessern. Ihre baufälligen Lehm- oder Strohütten konnten Monsunregen und Stürmen, von denen die Region zweimal im Jahr heimgesucht wird, nicht standhalten.

Es fehlte in den Dörfern an bewohnbaren Häusern mit entsprechenden sanitären Anlagen, an Trinkwasserversorgung sowie vor allen Dingen an langfristig sicheren Einkommensquellen. Im Rahmen des Projektes erhielten die Familien seit 1993 materielle Unterstützung beim Bau neuer Lehmhäuser mit Ziegeleindeckung und außenliegenden Toiletten. Die Verbesserung der Bewässerung durch die Installation von 100 strömungsgetriebenen Flusspumpen und den Aufbau der Produktion dieser Pumpen wirkte stabilisierend und einkommensschaffend.

Landwirtschaft und Handwerk in dieser Region werden so gefördert. Insgesamt dreißig Brunnen in den acht Dörfern wurden angelegt und bereits existierende Brunnen repariert. „Wir konnten feststellen, dass sich die Lebensbedingungen nach Abschluss des Projekts wesentlich und nachhaltig verbessert haben“, so Kerstin Dahlberg vom Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit.

Projektträger waren die DESWOS und die indische Sonatala Milan Sangha-Organisation sowie die Projektbegünstigten selbst. Außer durch das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit wurde dieses Projekt auch durch die Europäische Union gefördert.

Kontakt:

Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen
Kerstin Dahlberg
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen
Tel.: 0421/3612194
Fax: 0421/3612648
E-mail: kdahlberg@hva.bremen.de
www.lafez.bremen.de

5. Handlungsfeld Klimaschutz

Seit Beginn der 1990er Jahre gilt der Treibhauseffekt weltweit als eine der größten Herausforderungen für den Klimaschutz. Einschlägige wissenschaftliche Studien belegen übereinstimmend, dass der globale Klimawandel bereits begonnen hat. Wirksamer Klimaschutz erfordert international abgestimmte Anstrengungen und ein koordiniertes Vorgehen.

Aufgrund der Ballung der Bevölkerung und der räumlichen Konzentration von Wohnungen, Gewerbe, Industrie und Verkehr wird ein großer Teil klimarelevanter Emissionen in den Kommunen erzeugt. Aus diesem Grund sind die Kommunen gefordert, den CO₂ Ausstoß zu senken.

So kann und muss kommunaler Klimaschutz – in Abhängigkeit von Zahl und Intensität der Maßnahmen – einen wesentlichen Beitrag zu einem wirksamen globalen Klimaschutz leisten. In der Agenda 21 wird in Teil II 'Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung' dem Schutz der Erdatmosphäre (Kapitel 9) eine maßgebliche Bedeutung zugewiesen; diese Forderung setzt ein nachhaltiges Ressourcenmanagement voraus.

In zahlreichen Kommunen ist das Handlungsfeld Klimaschutz ein Schwerpunkt der Lokale-Agenda-Aktivitäten, dem Verkehr als zweitem maßgeblichen Einflussfaktor von Klimaveränderungen wird dabei ebenfalls eine zentrale Bedeutung beigemessen⁶⁰.

Die kommunalen Bemühungen zum Schutz des Klimas und zur Bekämpfung des Klimawandels werden – ebenso wie Strategien, Maßnahmen und Programme auf nationaler und internationaler Ebene – langfristig nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, auch Entwicklungsländer und Transformationsstaaten einzubinden. Diese Forderung resultiert zum einen aus der Erkenntnis, dass – wenn auch zum heutigen Zeitpunkt die Industrieländer den Großteil der Treibhaus-Emissionen verursachen – bis 2025 die Entwicklungsländer für ca. 50% der globalen Treibhaus-Emissionen verantwortlich sein werden⁶¹.

5.1 Handlungsempfehlungen zum Klimaschutz

In den vergangenen Jahren hat der kommunale Klimaschutz – nicht zuletzt durch die Lokale Agenda 21 – stetig an Relevanz gewonnen und damit haben die kommunalen Aktivitäten in diesem Bereich zugenommen. Mittlerweile ist ein breites Spektrum an Maßnahmen, Instrumenten und Verfahren sowie Beteiligten und Akteuren vorhanden.

Zu den Aktivitäten für die Eine Welt zählen nicht allein Maßnahmen in den Entwicklungsländern. Viele Kommunen – eine Vorreiterrolle übernehmen hier z.B. die Städte Osnabrück und Bremen – verstehen die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in starkem Maße auch als 'Binnenpolitik'. Damit weisen sie einem weiteren Aktionsbereich eine wichtige Rolle zu: der internen Bildungs-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Neben den meist bilateral organisierten Städte- und Projektpartnerschaften spielen bei den kommunalen Klimaschutzaktivitäten für die Eine Welt auch Mitgliedschaften in internationalen Netzwerken und der damit verbundene Erfahrungsaustausch eine große Rolle. An erster Stelle ist hier das Klima-Bündnis zu nennen, ein „Zusammenschluss europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen sind“⁶².

Mit Blick auf die zahlreichen Verbrauchergruppen in den Kommunen bieten sich vielfältige Ansätze und Projekte für partizipative Strategien. Dabei ist das Bewusstsein über die Notwendigkeit des Klimaschützens in der Regel bei den Beteiligten bereits vorhanden. Es muss nun eine effektive Verhaltensänderung der beteiligten Akteure erreicht werden.

Im Hinblick auf ihren Anteil am Endenergieverbrauch (Stand 2000) spielen drei Bereiche eine besondere Rolle: die privaten Haushalte (28%), der Verkehrssektor (19%) und die Industrie (26,4%). Diese Verteilung zeigt deutlich, dass insbesondere der Einbindung der BürgerInnen und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements eine zentrale Rolle zugewiesen werden muss: Sie können zum einen als Betroffene, zum anderen als Verur-

60 Vgl. Rösler, Cornelia, Lokale Agenda 21 in deutschen Städten auf Erfolgskurs, Ergebnisse der Difu-Umfrage 1999 bei den Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetags, in: Rösler Cornelia (Hrsg.), Lokale Agenda 21 auf Erfolgskurs. Dokumentation des 4. Erfahrungsaustauschs, Berlin 1999.

61 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin 2002. S. 211.

62 Klimabündnis, Jahresbericht 2002/2003, S. 4.

sacherInnen/VerbraucherInnen maßgeblich zum Erfolg kommunaler Klimaschutzaktivitäten beitragen.

Für das Handlungsfeld Klimaschutz wurden zwei Städte ausgewählt, die sich in der Vergangenheit bereits durch umfangreiche Maßnahmen und Aktivitäten in diesem Bereich ausgezeichnet haben: die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart und die niedersächsische Stadt Sulingen.

► Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit für kommunale Klimaschutzaktivitäten

Eine große Bedeutung haben vor allem die erlebnisorientierten Aktionsformen. Mit der Ausrichtung der kommunalen Klimaschutz-Aktivitäten auf bestimmte Zielgruppen, insbesondere auf Kinder und Jugendliche, MigrantenInnen und sozial Schwache können Sie neue und wichtige Bevölkerungsgruppen erreichen.

Stuttgart (ca. 580.000 Einwohner, Baden-Württemberg)



Zwei Jahre lang ermöglichte die Landeshauptstadt Stuttgart Fahr SchülerInnen eine kostenlose Fahrstunde, in der sie lernen, wie beim Autofahren Sprit gespart werden kann. 39 Stuttgarter Fahrschulen haben das Schulungskonzept des Fahrlehrerverbandes übernommen und bieten den einstündigen Unterricht ergänzend zur Theorie an. Das Projekt 'Energie sparend Auto fahren' war eine Maßnahme des Klimaschutzkonzepts Stuttgart (KLIKS).

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat das Konzept erarbeiten lassen, da man sich bewusst ist, dass Städte und ihre EinwohnerInnen bei der Reduzierung der Treibhausgase eine bedeutende Rolle spielen. Hier gibt es erhebliche Potenziale, CO₂ und andere Treibhausgase zu mindern.

KLIKS enthält Vorschläge zu Einsparungen in allen Bereichen, zudem die Bilanzierung und Trendprognosen der CO₂-Emissionen in sowie zwei Maßnahmenzena-

rien zur wirksamen CO₂-Minderung in Stuttgart. "Rechtzeitig hochschalten, den Schwung ausnutzen und den Motor an Ampeln ausschalten", erklärt Frank Eibl, Fahrlehrer, einige Aspekte des energiesparenden Fahrens. Rund 140 SchülerInnen der Fahrschule Eibl haben in den zwei Jahren am Programm teilgenommen. Für den Fahrlehrer bedeutete dies zusätzliche Werbung, weshalb er den höheren Zeitaufwand gern in Kauf nahm: "Es gibt SchülerInnen, die sich vor allem aufgrund der kostenlosen Spritsparstunde bei mir angemeldet haben."

Die Fahr SchülerInnen freuen sich über eine weitere Übungsfahrt, bemerken zugleich den umweltschonenden Aspekt der Aktion. Nebenbei werde der Geldbeutel geschont. Bis zu 25 Prozent der Kraftstoffkosten lassen sich durch eine konsequente, geänderte Fahrweise sparen.

'Wenn sich das Klima ändert, dann können wir es auch.' Nach diesem Motto geht die Landeshauptstadt mit gutem Beispiel voran. Im Rahmen von KLIKS, dem Klimaschutzkonzept Stuttgart, investiert die Stadt von 1995 bis 2005 etwa 50 Millionen Euro in Klimaschutzprojekte. Bei der Stuttgarter Kampagne handelte es sich bundesweit um das erfolgreichste Programm dieser Art. Über 350 städtische MitarbeiterInnen wurden geschult. Dr. Ulrich Reuter, tätig im Umweltschutzamt der Landeshauptstadt, stellt fest: „Durch den geringeren Spritverbrauch des städtischen Fuhrparks konnte auch die Stadtverwaltung Einsparungen um 20% verbuchen.“

Die Nachfrage belegt die gute Resonanz der Aktion: Bei der Landesverkehrswacht waren die Kurse innerhalb kurzer Zeit ausgebucht. An den Angeboten des ADAC nahmen allein im letzten Halbjahr 2000 über 500 Autofahrer teil. Wäre eine solche Aktion nicht auch in Ihrer Kommune sinnvoll, denn wer versucht heute nicht, benzinsparend zu fahren?

Kontakt:

Stadt Stuttgart
 Amt für Umweltschutz
 Dr. Ulrich Reuter
 Gaisburgstr. 4
 70182 Stuttgart
 Tel.: 0711/216-3107
 Fax: 0711/216-3940
 E-mail: poststelle.amt36@stuttgart.de
www.stadtklima.de/stuttgart/webkliks/kliks.htm

▶ Verknüpfung des kommunalen Klimaschutzes mit Eine-Welt-Belangen

Wenn sie die kommunalen Klimaschutzaktivitäten mit Eine-Welt-Belangen verbinden, gewinnen Sie ein weiteres Argument für Ihr Handeln innerhalb von Politik und Verwaltung.

Stuttgart

Im Klimaschutzkonzept KLIKS der Stadt Stuttgart wird einleitend festgestellt: „Das Weltklima ist durch den Treibhauseffekt bedroht. Städte und Gemeinden sind mit ihren BürgerInnen aufgerufen, dieser Bedrohung entgegenzutreten. Es gilt, die Hauptursache für die Klimabedrohung wirkungsvoll zu bekämpfen. Wir können dies erreichen, indem wir das weitere Ansteigen der klimaschädlichen Emissionen, vor allem aus der Verbrennung fossiler Energieträger, verhindern. Städte und ihre EinwohnerInnen spielen bei der Reduzierung der Treibhausgase eine bedeutende Rolle. Denn hier gibt es erhebliche Potentiale, CO₂ und andere Treibhausgase zu mindern.“⁶³

Die Senkung der CO₂-Emissionen in Stuttgart ist nur durch gemeinsame Anstrengungen der Stadt, der Wirtschaft und der BürgerInnen möglich. Der Gemeinderat hatte einstimmig umfangreiche Mittel für das Klimaschutzprogramm der Landeshauptstadt bewilligt. Wichtige Maßnahmen sind beschlossen. Dazu gehören die Einrichtung eines Energieberatungszentrum und einer Mobilitätszentrale als wichtige Anlaufstelle für die BürgerInnen zur kompetenten Beratung in allen Fragen des Energiesparens, auch der umweltbewussten Mobilität. Auch ein Programm, das energiesparendes Autofahren vermittelt (siehe auch SEITE 50) und damit den Geldbeutel entlastet sowie eine Energiesparlampenaktion. Auch hat die Stadt ein kommunales Förderprogramm zur Altbausanierung aufgelegt. Die städtischen Gelder werden im Rahmen der Altbausanierung vorwiegend dazu verwendet, alte Heizungen in städtischen Gebäuden, vor allem Schulen, zu sanieren. Neue Technik wird in städtischen Gebäuden die Energiekosten senken, und mittels einer Energiesparlampen-Aktion werden BürgerInnen dazu motiviert, Strom zu sparen.

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster stellte das Konzept vor: „Wir leisten mit diesem Programm auf lokaler Ebene einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und wollen bei den kommunalen Liegenschaften mit gutem Beispiel vorangehen.“ Knapp 5.000 Tonnen CO₂, das entscheidend zur Erderwärmung beiträgt, werden so jährlich weniger in die Atmosphäre abgegeben.

Zusammen mit den bis zum Jahr 2005 bereits bewilligten und geplanten Maßnahmen sind es rund 10.000 Tonnen CO₂ jährlich. Dies sind beachtliche Zahlen, die zeigen, wie wirksam kommunaler Klimaschutz auch global betrachtet wirken kann.

Kontakt:

Stadt Stuttgart
 Amt für Umweltschutz
 Dr. Ulrich Reuter
 Gaisburgstr. 4
 70182 Stuttgart
 Tel.: 0711/216-6858
 E-mail: poststelle.amt36@stuttgart.de

▶ Vernetzung der Nichtregierungsorganisationen

Fördern Sie die Vernetzung der verwaltungsexternen, lokal aktiven Gruppen und Nichtregierungsorganisationen. So unterstützen Sie Maßnahmen und Projekte im Klimaschutz mit Eine-Welt-Bezug.

Stuttgart

Die Beteiligung verwaltungsexterner Akteure zeigt sich vor allem im Rahmen des Stuttgarter Klimaschutzkonzeptes KLIKS. Bereits in der Planungs- und Entstehungsphase von KLIKS wurde ein Energie-Tisch eingerichtet, der zum einen die fachliche Begleitung bei der Erstellung des Konzeptes, zum anderen die Vorbereitung der ersten konkreten Umsetzungsschritte übernommen hat. Nach der Anlaufphase von KLIKS dient diese Arbeitsgemeinschaft vor allem einem jährlich stattfindenden Erfahrungsaustausch.

Der Energie-Tisch setzt sich aus VertreterInnen von insgesamt 20 regionalen und überregionalen Institutionen zusammen. Dazu zählen unter anderem VertreterInnen des Handwerks, der Industrie und des Einzelhandels, Mieterverein, Haus- und Grundbesitzerverein, kirchliche Organisationen, ADAC, Landesnaturschutzverband, Ämter der Stadtverwaltung, Industrie- und Handelskammer sowie Energieversorger und Nahverkehrsbetriebe.

Bereits mit der Einrichtung des Energie-Tisches sind themenspezifisch ‚Unterarbeitsgruppen‘ gebildet worden, zu denen im Laufe der Zeit auch weitere Akteure – so z.B. aus dem Bereich von Wissenschaft und Forschung (Universität Stuttgart) – hinzugezogen worden sind. Auch in der Umsetzungsphase ist der Akteurskreis zwar nach wie vor offen, da die Beteiligten aber in ei-

63 <http://www.stadtklima.de/stuttgart/weblinks/kliks.htm>

nem sehr frühen Stadium alle 'Betroffenen' in Planung und Umsetzung eingebunden haben, sind in den vergangenen Jahren nur noch wenige neue Akteure hinzugekommen.

Eine Beteiligung nicht organisierter BürgerInnen war und ist im Rahmen des Energie-Tisches nicht geplant. Über die beteiligten Institutionen hat jedoch jede/r die Möglichkeit, sich in den Prozess einzubringen. Die Beteiligung von BürgerInnen ist jederzeit im direkten Dialog möglich, hier ist vor allem auch die umfassende Internetpräsenz zu KLIKS⁶⁴ eine Hilfe: Neben einer ausführlichen Vorstellung des Stuttgarter Klimaschutzkonzepts werden auch umfangreiche Informationen rund um den Klimaschutz, konkrete Maßnahmen in der Umsetzung, ein Pressespiegel sowie eine CO₂-Zwischenbilanz angeboten.

Kontakt:

Stadt Stuttgart
 Amt für Umweltschutz
 Dr. Ulrich Reuter
 Gaisburgstr. 4
 70182 Stuttgart
 Tel.: 0711/216-6858
 E-mail: poststelle.amt36@stuttgart.de

Kooperation beim Technologietransfer

Durch Technologietransfer und dessen Förderung leisten Sie einen wertvollen Beitrag für das Zusammenwachsen der Einen Welt: sowohl hiesige als auch Unternehmen in Entwicklungsländern profitieren hiervon in vielerlei Hinsicht.

Stuttgart

Die Nutzung der Photovoltaik, um den ländlichen Raum in Indien zu fördern, dies war und ist das gemeinsame Ziel von Rosemarie Zaiser und Dr. George Peter Pittappillil. Neben einer autonomen Energieversorgung in Aluva, eines Dorfes mit circa 30 Kleinfarmen im südindischen Bundesstaat Kerala, wurde auch der Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur realisiert. Diese lässt sich anhand der Architektur und der verwendeten Baumaterialien, der Etablierung eines Ausbildungszentrums, der sozialverträglichen Arbeitsbedingungen und des biologisch zertifizierten Produkthandels dokumentieren.

Um dem ganzheitlichen Ansatz des Projektes gerecht zu werden, mussten Finanziere gefunden werden. Das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die EU fördern das Vorhaben, seit Rosemarie Zaiser 1995

den Verein zur Förderung Entwicklungswichtiger Vorhaben e.V. gründete. Dr. Peter, indischer Physiker am Max-Planck-Institut und zugleich auch Priester, konnte die Diözese Rottenburg-Stuttgart und das Päpstliche Kindermissionswerk Deutschland zur finanziellen Unterstützung gewinnen. Die indischen Partner beteiligen sich ebenfalls.

Die Firma Würth Solergy aus Marbach entwickelte und baute zusammen mit dem Tropenzentrum der Universität Hohenheim Module, die die erneuerbareren Energien – neben Solarpumpen kommen auch Windräder zum Einsatz – nutzen. Der Strom dient unter anderem Anlagen, die beim Trocknen der für Kerala typischen Gewürze zum Einsatz kommen. Die guten Ergebnisse haben auch das Interesse der staatlichen Gewürzindustrie geweckt, die beabsichtigt, mehr der gewinnbringenden Anlagen einzusetzen.

Würth Solergy hat für das Projekt neben der Photovoltaikanlage zur Eigenstromerzeugung auch das Installationsmaterial für die Ausbildung in der Werkstatt beige-steuert, sowie einem indischen Mitarbeiter des Scret Heart Collage ein 2-monatiges Praktikum in Marbach ermöglicht, so dass dieser nun Ausbildungen vor Ort in Indien leiten kann.

So wird dem Hauptproblem beim Einsatz erneuerbarer Energietechnologien in Indien entgegengesteuert: das Demonstrations- und Ausbildungszentrum 'Erneuerbare Energien Mithradham' schult qualifizierte Arbeitskräfte für die Einrichtung und Instandhaltung solarelektrischer und solarthermischer Anlagen und fördert so die Verbreitung dieser Technologien. Die Vermittlung des Know-hows ist eine wesentliche Voraussetzung, um Akzeptanz und praktische Umsetzung vorhandener technischer Problemlösungen sicher zu stellen. Tanija Savic, Pressereferentin von Würth Solergy stellt fest: „Wir können mit diesem und unseren anderen weltweiten Projekten nicht nur eine Verbreitung nachhaltiger Technologien realisieren, sondern zugleich auch den Aufbau von Vertriebsstrukturen.“

Auch Rosemarie Zaiser ist zufrieden: „Seit über 5 Jahren wird der Strom in Aluva ausschließlich und reibungslos durch Photovoltaik gewonnen. Im ersten Modelldorf Indiens ist es uns gelungen, erneuerbare Energien und Ökonomie erfolgreich zu verbinden und so eine nachhaltige und ganzheitliche Entwicklung zu etablieren.“

Dieses Beispiel zeigt, dass wir auch mit hoch entwickelten Produkten sehr wohl Absatzmärkte in Entwicklungsländern finden können – so werden Arbeitsplätze im Industrieland mit Verbesserung der Lebensqualität im Entwicklungsland glücklich verbunden.

Kontakt:

Verein zur Förderung
Entwicklungswichtiger Vorhaben e.V. (VEV)
Rosemarie Zaiser
Selmaweg 12
70327 Stuttgart
Tel.: 0711/335769
Fax: 0711/3041078
E-mail: vevstuttgart@aol.com
www.mithradham.org/index.html

Würth Solergy
Tanija Savic
Reinhold-Würth-Strasse 4
D-71672 Marbach
Tel.: 07144/9414-0
Fax: 07144/941429
E-mail: ws.vk@we-online.de
www.wuerthsolar.de

Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen von Partnerschaften

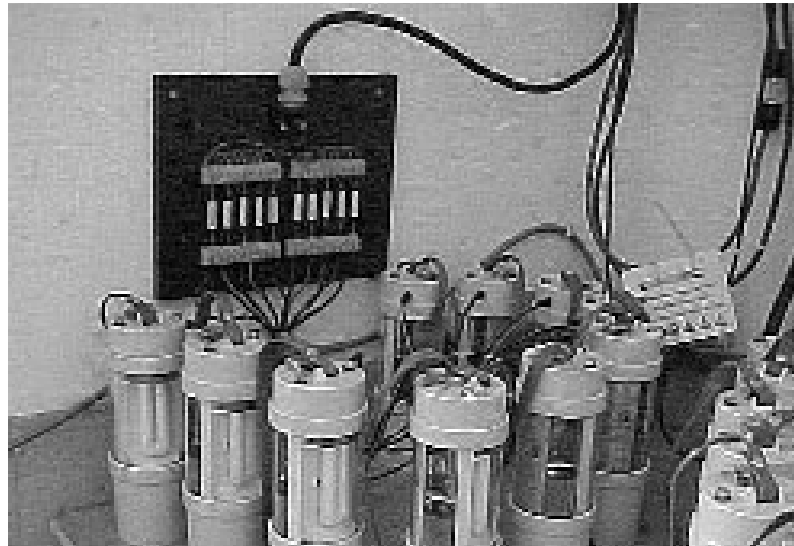
Denk- und machbar sind im Rahmen von Partnerschaftsprojekten eine Vielzahl von Aktivitäten. Prinzipiell sollten schon vorhandene Aktivitäten auf Projekte und Maßnahmen im Klimaschutz ausgeweitet werden. Die Beratung und Projektbegleitung durch die Entsendung von Fachkräften in die Partnerkommune sind ebenfalls hilfreich. Wie schon bei den vorherigen Handlungsfeldern ist auch hier die Schaffung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ausländische StudentInnen und Fachkräfte aus Verwaltung, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sinnvoll.

Bei partnerschaftlichen Aktivitäten ist die Beteiligung und aktive Einbindung der Bevölkerung geeignet, für die Probleme im ‚Süden‘ Bewusstsein zu schaffen – auch hier bietet sich ein zielgruppenorientiertes Vorgehen an wie Schulpartnerschaften, Schüler- und Jugendaustausch oder auch Besuche und Begegnungen von Sport- und Kulturvereinen.

Sulingen (ca. 13.000 Einwohner, Niedersachsen)

1999 hat die Stadt Sulingen in Zentralafrika ein erfolgreiches Energiesparprojekt durchgeführt. Im Rahmen einer Projektpartnerschaft im afrikanischen Dorf Baboua wurden 40 Familien mit solarer Beleuchtung (Solux-Lampen der Ludwig-Bölkow-Stiftung) ausgestattet; ein Großmodul lädt dabei 10 Lampen auf.

Trotz des mit ca. 1.500 Euro sehr geringen Finanzvolumens war das Projekt insbesondere für den afrikanischen Partner sehr erfolgreich. Daraufhin hat dieses



Dorf auch die Wasserversorgung solarunterstützt durch amerikanische Hilfe ergänzt, ebenso konnte eine Funkverbindung aufgenommen werden. Aufgrund einer Vermittlung des Missionswerkes Hermannsburg ist es zu einem Freundschaftsbesuch in Deutschland gekommen.

In einem weiteren Schritt ergänzte die Stadt Sulingen die Grundausstattung des Dorfes durch ein Reparaturset im Wert von ca. 300 Euro. Harald Knopp, zuständig für das Stadtmarketing Sulingens fasst zusammen:

„Wir haben mit Baboua ein sehr schönes Projekt durchgeführt. Trotz des geringen Mitteleinsatzes haben wir viel für die Menschen erreicht.“

Wie bewirke ich viel mit geringen Mitteln? Hier haben wir Ihnen eine von zahlreichen möglichen Antworten vorgestellt, die Ihnen Mut machen soll, auch mit geringem Budget Ideen zu realisieren.

Kontakt:

Harald Knopp
Stadt Sulingen
Galtener Str. 12
27232 Sulingen
Tel.: 04271/8813
E-mail: stadt@sulingen.de
www.sulingen.de

6. Handlungsfeld Armutsbekämpfung

Auch wenn die Ausprägung der Probleme in den Industrieländern und den Entwicklungsländern sehr unterschiedlich ist, kann doch die Kenntnis von Handlungskonzepten, in Industrieländern entwickelt und erprobt, Anregungen dafür geben, Armut und Armutsprobleme in Entwicklungsländern zu bekämpfen.

Wenn wir über Armut sprechen, müssen wir zuvor klären, welche Form der Armut gemeint ist. Bei so genannter relativer Armut wird Armut im Sinne von Ungleichheit gemessen, arm ist, wer im Vergleich zu den mittleren Standards einer Gesellschaft über nur geringe Ressourcen verfügt. In den Entwicklungsländern kann man sicherlich auch von relativer Armut sprechen, in vielen Ländern ist allerdings bei größeren Bevölkerungsteilen absolute Armut vorhanden, ihre physische Existenz ist direkt gefährdet. In der Entwicklungszusammenarbeit wird der Armutsbegriff so verwendet⁶⁵: das Fehlen monetärer und nicht-monetärer Ressourcen und Fähigkeiten, die notwendig sind, um ein Minimum an Grundbedürfnissen zu befriedigen.

In den Industrieländern hat sich der Anteil der von relativer Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen seit Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts erhöht und es befinden sich immer mehr Menschen – zumindest eine gewisse Zeit lang – an oder unter der Armutsgrenze. In den Entwicklungsländern hingegen hat sich die Zahl absolut Armer seit Anfang der 1980er Jahre mehr als verdoppelt⁶⁶. In diesen Ländern bezieht sich die Unterversorgung nicht nur auf Arbeit und Einkommen, es kommt die unzureichende Versorgung mit Wasser, Nahrung und Wohnung dazu.

Die Bekämpfung von Armut in den Entwicklungsländern darf sich allerdings nicht nur auf die Erhöhung von Tageseinkommen durch eine angemessen entlohnte Arbeit und die Bereitstellung von mehr Nahrungsmitteln durch wirtschaftliche Entwicklung beziehen. Ebenso muss die Armutsbekämpfung auch eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Strategien für eine umfassende Grundbildung, für mehr Gleichberechtigung und für ökologische Nachhaltigkeit zum Ziel haben.

Eine Studie der Weltbank dokumentiert, was Arme als Armut definieren: Armut als Gegenteil von gutem Leben oder Wohlbefinden ist ein Mangel an materiellen

⁶⁵ Innerhalb der technischen Zusammenarbeit wird von der GTZ auch mit dem Lebenslagenansatz als Modell zur Analyse von Armutssituationen gearbeitet. Zur Untersuchung von Armut wird das „Asset Vulnerability Framework“ als ein analytisches Schema eingesetzt. Siehe Politik in der Kommunal- und Stadtentwicklung, Komponente: Armutsorientierte Stadtentwicklung, Dortmund 2002, S. 18 (Studie: Die Soziale Stadt).

⁶⁶ Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO) (Hrsg.), Armut bekämpfen - Gerechtigkeit schaffen. Folgerungen der internationalen und nationalen Debatte über Armutsbekämpfung für die deutsche Entwicklungspolitik, Bonn 2001, S. 3.

Dingen (insbesondere Lebensmittel), aber auch Mangel an Arbeit, Geld, Wohnung und Kleidung. Dazu kommt das Leben in einer ungesunden, verschmutzten, gefährlichen und häufig von Gewalt geprägten Umgebung.

Wohlbefinden umfasst also nicht nur die materielle, sondern auch die psychische Ebene, denn zum guten Leben gehören auch nach Meinung der Befragten die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, Sicherheit, die Freiheit zu einem selbst bestimmten Leben, ein verlässlicher Lebensunterhalt bzw. ein regelmäßiges Einkommen, aber auch eine generelle Zufriedenheit⁶⁷. Armutsbekämpfung darf sich danach nicht nur auf die Beseitigung materieller Unterversorgung beziehen, sondern muss die Verbesserung der Lebenssituation insgesamt als Ziel haben.

6.1 Handlungsempfehlungen zur Armutsbekämpfung

„Eine konkrete Strategie zur Armutsbekämpfung ist eine der Grundvoraussetzungen für eine gesicherte nachhaltige Entwicklung“⁶⁸, daraus ergibt sich klar der enge Zusammenhang zwischen der Umsetzung der Lokalen Agenda und dem Bereich Armutsbekämpfung, Armutsbekämpfung hat, da sie sich, um nachhaltig zu wirken, auf die unterschiedlichsten Lebensbereiche bezieht und nicht nur kurzfristig finanzielle Hilfen wie Spenden umfasst, sowohl entwicklungspolitische als auch globale Auswirkungen. Denn jede Unterstützung von Vor-Ort-Aktivitäten wirkt sich positiv auf die Einkommenssituation, ja auf die gesamte Lebenslage der Betroffenen aus.

Gleichzeitig können Maßnahmen zur Armutsbekämpfung auch positive Auswirkungen auf andere Handlungsfelder und damit nicht nur sektorale, sondern auch globale Effekte zur Folge haben. So schaffen in der Entwicklungsarbeit geförderte ökologische Land- und Forstwirtschaftsprojekte nicht nur Einkommens- und Erwerbsmöglichkeiten für die Landbevölkerung, sie tragen auch zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Verbesserung der Bodenqualität bei.

Maßnahmen zur Wiederaufforstung und die Beseitigung von Monokulturen beschränken oder verhindern die Bodenerosion und oft auch eine Überdüngung und haben so einen positiven Einfluss auf das Klima, den hydrologischen Zyklus und die Vielfalt der Tierwelt. Damit liefern sie auch einen Beitrag zum Klimaschutz, zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und damit zur nachhaltigen Entwicklung des Gebiets, sie haben globale Auswirkungen zur Folge.

Maßnahmen zur Sicherung der Existenzgrundlagen armer Bevölkerungsgruppen haben zwar in erster Linie die Bekämpfung der Armut zum Ziel, verfolgen gleichzeitig aber auch mit der Sicherung von Ressourcen eine unabdingbare Existenzsicherung. Armuts-, Entwicklungs- und Umweltprobleme und ihre Verminderung hängen also direkt miteinander zusammen.

Wenn wir alle Aspekte des Handlungsfeldes Armutsbekämpfung betrachten und versuchen, diese direkt mit dem Thema Eine Welt zu verknüpfen, müssen wir jedoch feststellen, dass dies nur schwerlich machbar ist. In den Kommunen, die als Fallbeispiele der Studie des difu dienten, Hamburg und Rostock, gibt es zwar Erfahrungen auf dem Sektor der Armutsbekämpfung, doch diese wurden entweder vor Ort in der Bundesrepublik gemacht oder aber bei Aktivitäten in Entwicklungsländern.

▶ Stadtteilentwicklungsstrategien als Richtungsweiser für Eine-Welt-Projekte

Die durch diese Programme angestoßenen Stadtteilentwicklungsstrategien könnten richtungweisend für Entwicklungsstrategien in Eine-Welt-Projekten sein, da sie integrierte Handlungskonzepte zur Basis haben und auf die Beteiligung der Bevölkerung ausgerichtet sind. Nicht so sehr die Projekte und Maßnahmen, als vielmehr die integrierten Ansätze zur Stadtteilentwicklung scheinen auf die Entwicklungsarbeit und die dort auch angesiedelte Förderung einer kommunalen Selbstverwaltung in Teilen übertragbar zu sein. Die Verknüpfung des Handlungsfeldes mit dem Thema Eine Welt erfolgt in der praktischen Quartiersentwicklung gar nicht.

67 Verband Entwicklungspolitik deutscher Nicht-Regierungsorganisationen e.V. (VENRO) (Hrsg.), Armut bekämpfen - Gerechtigkeit schaffen. Folgerungen der internationalen und nationalen Debatte über Armutsbekämpfung für die deutsche Entwicklung, Bonn 2001, S. 4 (VENRO-Projekt „Perspektive 2015 - Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“).

68 Auch auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahre 2002 ist der Zielsetzung, die Armut „auszurotten“ im Plan of Implementation ein ganzes Kapitel (II. Poverty eradication) gewidmet. Die „Ausrottung“ der Armut wird dort als größte globale Herausforderung der Welt bezeichnet und als unbedingte Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung, vor allem für die Entwicklungsländer. Siehe dazu: World Summit on Sustainable Development. Political Declaration and Johannesburg Plan of Implementation, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Hamburg

Drogen, Dreck und düstere Gestalten ... So wurde die Schanze in den 90er Jahren in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Auch wenn die Realität bereits damals durchaus andere – positivere – Facetten zeigte, waren die vielschichtigen Probleme in diesem dicht besiedelten Gründerzeitquartier unübersehbar. Die drei zuständigen Bezirke reagierten im Rahmen ihrer jeweiligen Handlungsstrategien, Schwerpunktsetzungen und ihrer – durch die Verwaltungsgrenzen definierten – räumlichen Zuständigkeiten. Eine gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen war sowohl auf der Ebene der Bezirksverwaltungen wie auch der Bezirkspolitik nicht mal ansatzweise erkennbar, im Gegenteil. Dass dieses isolierte Handeln unter Verweis auf Bezirksgrenzen im Quartier nicht gut ankam, vermag zumindest aus heutiger Sicht niemanden mehr verwundern.

Als sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre der Problemdruck in der Schanze immer mehr verstärkte und der Hamburger Senat schließlich 1999 den drei zuständigen Bezirken und der damaligen Stadtentwicklungsbehörde, der heutigen Behörde für Bau und Verkehr, eine in dieser Form bisher einmalige übergreifende Zusammenarbeit ermöglichte, war dies der Beginn des Quartiersmanagements Schanze.

Neben regelmäßigen Arbeitstreffen, einem Eckpunktepapier zu den Zielen, Aufgaben und Grenzen der Zusammenarbeit und Arbeitsplänen, in denen zu den Einzelvorhaben Ziele, Zeiträume und Zuständigkeiten festgeschrieben wurden, war es vor allem die offene Kommunikation zwischen allen Beteiligten, die diese konstruktive Zusammenarbeit ermöglicht hat.

Die von den drei Bezirksversammlungen eingesetzten VertreterInnen der jeweiligen Fraktionen bildeten das 9er- bzw. 13er-Gremium. Dieses beschloss zu Beginn des Verfahrens verschiedene thematische 'Körbe', die – mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichem Erfolg – in den folgenden Jahren gemeinsam bearbeitet wurden. Dabei kam die Schlüsselposition der STEG – die Stadterneuerung und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH – zu, die als Quartiersmanagerin die einzelnen Projekte erdachte und umsetzte, gleichzeitig aber auch das gesamte Verfahren koordinierte und steuerte.

Im Ergebnis muss der Prozess des Quartiersmanagements aus Sicht der Bezirke als erfolgreich bezeichnet werden, denn die Schanze ist weder ein Slum- noch ein Yuppiequartier geworden, sondern hat sich wirtschaftlich und sozial stabilisiert, ihre Lebendigkeit bewahrt und an Lebensqualität hinzu gewonnen.

Nach vier Jahren zieht sich nun die STEG als Quartiersmanagerin zurück, um den BürgerInnen, den BezirksvertreterInnen und PolitikerInnen ihr ureigenes Feld zu

überlassen. Mit den Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit der vergangenen Jahre sind die Voraussetzungen für eine auch zukünftig erfolgreiche Zusammenarbeit gegeben.

Kontakt:

Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft
STEG Hamburg mbH
Schulterblatt 26-36
20357 Hamburg
Tel.: 040/431393-0
Fax: 040/43139310
E-mail: steg@steg-hh.de
www.steg-hh.de



▶ **Partizipation als Element integrierter Quartiersentwicklung**

Partizipation ist sowohl selber Ziel der Quartiersentwicklung als auch Bestandteil möglichst vieler Einzelmaßnahmen, daher kommt dem bürgerschaftlichen Engagement und partizipativen Ansätzen in der Armutsbekämpfung ein besonderes Gewicht zu. BewohnerInnen im Quartier, Gewerbetreibende, Unternehmen, Wohnungsbaugesellschaften, Organisationen, Verbände und MitarbeiterInnen öffentlicher Einrichtungen im Quartier können bei Maßnahmen beteiligt werden.

Hamburg

„Bürgerbeteiligung ist in den Gebieten, die entwickelt werden, unerlässlich und ein kontinuierlicher Prozess. In den Sanierungsgebieten werden wöchentliche Sprechstunden angeboten. BürgerInnen können hier ihre Anliegen unmittelbar vortragen und sicher sein, dass die Projektleitung davon Kenntnis nimmt und dies in ihren weiteren Planungen berücksichtigt“, erklärt Herr Spieker von der STEG. So wurde die nicht zufrieden stellende Abfallbeseitigung im Rahmen der Sanie-

zung des Schanzenviertels thematisiert und kurze Zeit später ein Modellprojekt zur Stadtteilpflege, genannt ‚Schanzenkieker‘ eingeführt.

Das Projekt, das die STEG als Quartiersmanagerin angesichts der Vermüllung im öffentlichen Raum startete, wurde von der Umweltbehörde zunächst in der Pilotphase bis Ende 2001 finanziert. Es umfasst – neben den Schanzenkiekern selbst, die bei der Stadtteilreinigungsgesellschaft STR angestellt sind – auch einen ‚Kümmerer‘ vor Ort. Diese/r KoordinatorIn steht im Schanzenkieger-Büro in der Schanzenstraße 35 zum einen als AnsprechpartnerIn für AnwohnerInnen zur Verfügung, zum anderen leitet er/sie gemeldete Missstände weiter und kontrolliert die Reinigung.

Im Stadtteil wurden erstmals verschiedene Kompetenzen bei der Reinigung zusammengeführt: Zunächst sind die STEG und die Stadtreinigung mit ihrer Tochtergesellschaft, der Stadtteilreinigungsgesellschaft (STR), im Boot. Auch die Gartenbauabteilung aus dem Bezirk Mitte wird eventuell versuchsweise dabei sein. Damit Straßen, Gehwege, öffentliche Grünflächen und private Freiflächen tatsächlich aus einer Hand gereinigt werden, mussten noch private Eigentümer davon überzeugt werden, den Service gegen Entgelt in Anspruch zu nehmen.

Die Vorteile des neuen Modells: Die Reinigung erfolgt flexibler und schneller als bisher.

Über eine Hotline können die BewohnerInnen sich melden oder sie kommen direkt in das Büro in der Schanzenstraße.

Kontakt:

Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft
STEG Hamburg mbH
Schulterblatt 26-36
20357 Hamburg
Tel.: 040/431393-0
Fax: 040/43139310
E-mail: steg@steg-hh.de
www.steg-hh.de

Verknüpfung mit anderen kommunalen Belangen

In Rostock ist Armutsbekämpfung sowohl in der Quartiersentwicklung, als auch bei der Lokalen Agenda wie dem Gesunde Städte-Netzwerk als Thema vorhanden.

Rostock (ca. 230.000 Einwohner, Mecklenburg-Vorpommern)

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock beauftragte 1995 den Oberbürgermeister, Leitlinien für eine ökolo-

gisch orientierte, nachhaltige Stadtentwicklung vor zu legen. Ziel dieser nachhaltigen Stadtentwicklung ist es, negative globale Auswirkungen zu reduzieren und indirekt die Lebenssituation der Eine-Welt-Bevölkerung zu verbessern. Dabei spielt das Ziel der Nachhaltigkeit eine große Rolle, geht es doch darum, den Lebensraum nicht zu zerstören. In die Erarbeitung dieser Leitlinien sind, bezogen auf die Themen Armut/Armutsbekämpfung, Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Lokale Agenda, Gesunde Städte und Entwicklungspolitik/Eine Welt nachstehende Konzepte, Organisationsstrukturen, Maßnahmen und Projekte einbezogen worden.

Die Studie enthält Empfehlungen für eine kommunale Intervention gegen Armutserscheinungen sowohl auf der organisatorischen Ebene wie auch in den oben drei genannten Handlungsfeldern. Die Hansestadt Rostock betreibt eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die es vor allem schwer vermittelbaren und Langzeitarbeitslosen ermöglichen soll, eine berufliche Perspektive zu finden. In Rostock gibt es zwei Programmgebiete der ‚Sozialen Stadt‘, nämlich Groß-Klein seit 1999 und Schmarl seit 2001.

Eine zukunftsfähige Entwicklung für die Stadt setzt eine ressortübergreifende Zusammenführung sozialer, ökonomischer und ökologischer Faktoren vor dem Hintergrund globaler Entwicklungen und Probleme voraus. Aus diesem Grund wurde der Entwicklungspolitische Runde Tisch (EPT) eingerichtet. Seit Anfang 1999 treffen sich entwicklungspolitisch aktiven Vereine, Institutionen, Gruppen und Einzelpersonen circa alle sechs Wochen. Anliegen des EPT ist es, globale Zusammenhänge in die Agenda 21-Aktivitäten mit einzubeziehen. Ein Aspekt ist der Welthandel mit Konsumgütern wie Kaffee, Tee und Kakao. Es geht um die Umsetzung der Idee ‚Global Denken, lokal Handeln‘. Dies geschieht über Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, den Austausch von Informationen, die Entwicklung und Umsetzung von Initiativen und Projekten zu Nord-Süd-Themen.

Dies ist nicht der einzige Anknüpfungspunkt: der EPT befasste sich in den vergangenen drei Jahren mit Aktivitäten der Stadt Rostock im Klima-Bündnis der Erlasskampagne für die überschuldeten Länder des Südens, der Aktion ‚Saubere Kleidung‘ und dem Handel von Blumen aus Übersee.

Der ‚Faire Handel‘ bildet einen Schwerpunkt der Aktivitäten. Die Konsumgüter Kaffee und Tee sowie der Handel mit Schnittblumen aus Entwicklungsländern stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Seit Juni 2000 gibt es auf Initiative des EPT einen beispielhaften Bürgerschaftsbeschluss, der den Ausschank von fair gehandeltem Tee und Kaffee in der Rostocker Stadtverwaltung fördern soll.

Die Verknüpfung des Themas Armut, Lokale Agenda und Eine Welt/Entwicklungszusammenarbeit lässt sich anhand konkreter Projekte darlegen, durch die das Verständnis für die Lebenssituationen in den Entwicklungsländern geweckt und gefördert wird. Bildungsangebote und das Herstellen von direkten Kontakten z.B. durch Partnerschaften von Rostocker Schulen mit Schulen in Guatemala, durch gegenseitigen Wissenstransfer zwischen Nicaragua, El Salvador, Guatemala und Rostock im Rahmen des Nord-Süd-Projekts tragen dazu bei, Zusammenhänge des kommunalen Handelns mit dem Thema Eine Welt ins Bewusstsein zu bringen und zu verdeutlichen.

Inhaltlich ist das Thema Nachhaltigkeit/Lokale Agenda über den Stadtentwicklungsprozess verankert, in dem auch Fragen der Armutsbekämpfung eine Rolle spielen, strukturell durch das Büro Lokale Agenda 21 als Koordinierungsstelle des Rostocker Agenda 21-Prozesses und der Organisation der Rostocker Agenda 21.

Eine direkte Verknüpfung des Handlungsfeldes Armut/Armutsbekämpfung mit dem Thema Eine Welt und damit ein direkter Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit lassen sich für Rostock jedoch nicht herstellen. Da aber sowohl mit der Rostocker Agenda und dem dazu eingerichteten Büro für nachhaltige Stadtentwicklung/Agenda 21 wie dem Gesunde Städte-Projekt Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung verfolgt werden, lässt sich zumindest ein indirekter Zusammenhang ableiten. Zudem stellt die Etablierung des Entwicklungspolitischen Runden Tisches und seine Einbindung in die Lokale Agenda 21 eine direkte Verbindung von Eine-Welt-Aktivitäten mit Umwelt- und Gesundheitsthemen her.

Kontakt:

Hansestadt Rostock
Dr. Angelika Baumann
St.-Georg-Str. 109
1805 Rostock
Tel. 0381 / 381 5376
Fax 0381 / 381 5399
E-mail: angelika.baumann@rostock.de

7. Handlungsfeld Interkulturalität und Migration

Kultur wird definiert als die Lebensform eines Volkes, wie es sich in seinen geistigen und künstlerischen Äußerungen sowie in seinem Verhältnis zur Natur und zur Gestaltung seines Lebensraums manifestiert. Die Unterschiede zwischen einzelnen Kulturen können außerordentlich groß sein. Da Menschengruppen über lange Zeit isoliert lebten, schufen sie ihre eigenen Sprachen, ihre eigenen Institutionen, fanden ihren eigenen Glauben. Eigenarten einer Kultur wie die Sprache, aber auch das Gefühlsleben der Menschen in ihr, verändern sich deshalb so langsam, weil Werte, Normen, Verhaltensweisen und Gefühlsreaktionen von den Erwachsenen auf die Kinder übertragen werden.

(www.sociologicus.de).

Im Zusammenhang mit den Handlungsspielräumen der deutschen Kommunen für Eine-Welt-Aktivitäten ist die Konzentration auf die Migration mit ihren interkulturellen Aspekten von besonderer Bedeutung.

Die Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung⁶⁹ prognostizieren für das Jahr 2050, dass der nichtdeutsche Bevölkerungsanteil bei etwa 17,1 Prozent liegen wird, das entspricht etwas 12 Millionen Menschen (1999 lag der Ausländeranteil bei 8,9 Prozent). In diesem Zusammenhang müssen wir aber auch feststellen, dass Deutschland Zuwanderung braucht. „Deutschlands Bevölkerung wird sich bis zum Jahr 2050 auf 70 Millionen Menschen, inklusive jährlichen 200.000 Zuwanderern, reduzieren. Ohne Zuwanderung ginge die Bevölkerung auf 59 Millionen zurück. Zusätzlich wird es künftig viel mehr ältere und viel weniger jüngere Menschen geben. Im Jahre 2050 werden 100 Menschen im Erwerbsalter 80 Personen im Rentenalter gegenüberstehen.“⁷⁰

In Migrations- und Integrationsprozessen können kulturelle Konzepte und Praxen sich gegenseitig beeinflussen und anregen. Der kulturelle Austausch – ganz im Sinne der Nachhaltigkeit – bietet viel versprechende Ansätze für die Bewältigung sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme sowohl in den Heimat- als auch in den Einwanderungsländern. Die Kommunen stehen vor der großen Herausforderung, die Potenziale eines ‚Lebens in Vielfalt‘ zu erkennen und zu nutzen. Es

69 Vgl.: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 10. koordinierenden Bevölkerungsvorausberechnung, Statistisches Bundesamt, 2003, www.destates.de

70 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWent gGmbH (Hrsg.), faires Miteinander – Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012, Bonn August 2003, S. 42

ist ihre Chance, interkulturelles Verständnis zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu vermitteln und die Integration von MigrantInnen als einen Gewinn in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht für Deutschland zu betrachten.

7.1 Handlungsempfehlungen zu Interkulturalität und Migration

Die Agenda 21 klammert das Thema Kultur als relevantes Handlungsfeld fast vollständig aus. Auch dem Thema Migration wurde in der Agenda 21 kein spezielles Kapitel gewidmet.

Doch die gesellschaftliche Realität fordert eine Ergänzung des Programms.

In fast allen Städten und Gemeinden leben Menschen verschiedener Nationen. Dies ist Anlass dafür, eine Politik der friedlichen Koexistenz von ethnischen Gruppen, ihren Kulturen und Religionsgemeinschaften innerhalb der Städte zu gestalten. Diese Forderung richtet sich nicht nur an politische Gruppen, sondern ist eine Aufgabe kommunaler Arbeit und bürgerschaftlicher Zusammenarbeit. Ziel ist es dabei, die Bevölkerung zu sensibilisieren und darauf vorzubereiten, bei der Diskussion der Nachhaltigkeit nicht nur die individuellen oder städtischen Interessen im Blickfeld zu haben, sondern auch zu hinterfragen, welche Konsequenzen das eigene Handeln, die eigenen Lebensstile und das Konsumverhalten für andere Teile der Welt haben. Bildungs- und kulturpolitische Projekte bieten ein geeignetes Forum, um Probleme der so genannten Entwicklungsländer mit kreativen Methoden an möglichst breite Bevölkerungskreise heranzutragen.

Kulturpolitik kann wesentliche Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung leisten, indem sie beispielsweise die Identifikation mit der eigenen Stadt oder dem Stadtteil fördert und zur Verständigung zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen beiträgt. Ein Dialog der Kulturen, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft an einem Ort zusammentreffen, ohne ihren jeweiligen kulturellen Ursprung zu verleugnen, ist eine zentrale Aufgabe für ein friedliches und verständnisvolles Zusammenleben in den Kommunen.

Gerade in den Problemgebieten der Städte können interkulturelle Projekte zu einer Sensibilisierung für Eine-Welt-Aspekte und zur Integration von Nachhaltigkeitszielen beitragen. Kommunale Ansätze und Maßnahmen in diesem Aufgabenfeld waren unter anderem Gegenstand des Bund-Länder-Programms 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt'⁷¹.

Eine wichtige Rolle kommt im Rahmen der Partizipation von MigrantInnen den Ausländerbeiräten zu⁷², die auf kommunaler Ebene Interessenvertretung mit beratender und zugleich kontrollierender Funktion sind. Der partizipative Ansatz der Lokalen Agenda leistet auch einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Integration der MigrantInnen. Denn hier steht nicht die Betreuung der ausländischen MitbürgerInnen im Vordergrund, sondern ihre konkrete Mitwirkung und damit auch ihre Identifikation mit den Problemen und Entwicklungen vor Ort.



Qualifizierung der MitarbeiterInnen

Fördern Sie die Qualifizierung von MitarbeiterInnen in der Kommunalverwaltung im Hinblick auf den Umgang mit MigrantInnen durch Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse und Wissen über die kulturellen Hintergründe der MigrantInnen.

Schulen Sie Menschen aller Kulturen für Vermittlungsaufgaben bei interkulturellen Stadtteilkonflikten und schaffen Sie Angebote zur Mediation in Konfliktsituationen zwischen unterschiedlichen Nationen.

Osnabrück (ca. 160.000 Einwohner, Niedersachsen)

Die Verantwortlichen im Osnabrücker Rathaus sind sich darüber im Klaren, dass die städtischen Dienstleistungen für eine Bürgerschaft erbracht werden müssen, die in naher Zukunft zu einem Drittel aus Menschen mit einem Migrationshintergrund besteht. Dazu zählen auch Kunden und Beschäftigte europäischer oder global ausgerichteter Unternehmen. Deswegen gilt die interkulturelle Kompetenz der MitarbeiterInnen als ein Qualitätsmerkmal für eine störungsfreie und von gegenseitigem Verstehen geprägte Kommunikation mit einer heterogenen Kundschaft und Menschen gleich welcher Herkunft. In individueller Absprache mit den einzelnen Fachbereichen wurden Programme möglichst praxisnah

71 In 2002 sind 300 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf in 214 Städten in das Programm eingebunden, 1999 waren es 162 Gebiete in 124 Städten und Gemeinden. Seit Programmbeginn bis Ende 2002 sind zusammen mit den Komplementärmitteln von Ländern und Kommunen bereits rund 770 Mio. Euro in die Programmgebiete geflossen, allein der Bundeshaushalt für 2003 sieht 80 Mio. Euro für das Programm vor.

72 Siehe dazu ausführlicher auch Kapitel 7 dieser Veröffentlichung.



gestaltet. Den MitarbeiterInnen des Fachbereichs Aus- und Fortbildung gelang es so, Projekte und Qualifizierungsmodule mit kontinuierlichem Nachfragen zielgerichtet zu erarbeiten.

Katrin Hafemann, Personalentwicklung der Stadt Osnabrück, bemerkt die Veränderung bei den KollegInnen: „Nun ist es möglich, dass eine achtköpfige Familie, die sich in einem übersichtlich großen städtischen Büro einfindet, nicht mehr auf Erstaunen oder gar Unverständnis stößt, sondern freundlichem Verständnis begegnet.“

Neben den interkulturellen Kompetenztrainings wurde 2002 das Programm 'Mentoring für Migranten' zunächst in der Verwaltung eingeführt und ist inzwischen auf die städtischen Gesellschaften erweitert worden.

Zunächst stellten sich manche MitarbeiterInnen die Fragen: Warum brauchen wir interkulturelle Qualität bei der Stadt Osnabrück und wie ist sie zu erreichen? Was soll das Mentoringprogramm bewirken? Aus demselben Grund aus dem auch Fremdsprachenkenntnisse notwendig sind, denn interkulturelle Kompetenzen sind die Basis für eine störungsfreie und von gegenseitigem Verstehen geprägte Kommunikation mit allen BürgerInnen der Stadt Osnabrück. Durch ein praxisnahes und wirkungsvolles Personalentwicklungsinstrument, das Mentoring, soll dies bewirkt werden.

Hierbei wird der in der Bundesrepublik bisher einmalige Ansatz verfolgt, die im eigenen Unternehmen vorhandenen Wissens- und Erfahrungspotenziale der Migrantinnen durch ein spezielles Mentoringprogramm zu erschließen.

In dem Migranten-Mentoring werden ausgewählte MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund neun Monate lang von einem/r berufserfahrenen MitarbeiterIn (Mentor) begleitet mit dem Ziel, voneinander zu lernen. Gleichzeitig werden die 'Schützlinge' (Mentees) von den MentorInnen ermutigt, ihre persönliche Qualifikation zu verbessern und ihre Migrantenerfahrung als 'wertvolles Berufskapital' für sich und die Stadt zu verstehen. In Workshops, der Arbeit an einem gemeinsamen Projekt und in Gesprächen der Beteiligten werden kulturelle Unterschiede im Verhalten, im Denken und Handeln von Menschen erkannt und diskutiert.

Sabine Rolfes, Mentorin, urteilt so: „Gemeinsam mit anderen einen Lernprozess durchzumachen und auch zu erleben, wie das Projekt die TeilnehmerInnen verändert – das war für mich einfach eine gute Erfahrung; dass wir dabei auch viel Spaß hatten, war zwar nicht Ziel der Veranstaltung – aber es war nach EU-Förderrichtlinien auch nicht untersagt! Nach meiner Überzeugung haben alle TeilnehmerInnen unseres Durchganges profitiert. Mittelfristig kommt zweifellos die Entwicklung der interkulturellen Kompetenz der MitarbeiterInnen den Arbeitsabläufen zugute.“

Nachdem der erste Durchgang bei allen Beteiligten als großer Erfolg bewertet wurde, wurde der zweite Mentoring-Durchgang angegangen. Das Programm sorgt nachhaltig über das Multiplikatorensystem für eine interkulturelle Bürgerorientierung in allen Bereichen des Unternehmens. Durch eine individuelle Förderung der Mentees wird die Integration und Chancengleichheit in der beruflichen Weiterentwicklung der MitarbeiterIn-

nen mit Migrationserfahrungen gesichert. Die Europäische Union und das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit unterstützen die Initiative in Osnabrück durch das Transnationale Programm EQUAL.

Soll auch in Ihrer Kommune Chancengleichheit in der beruflichen Weiterentwicklung sichergestellt sein? Und möchten auch Sie gleichzeitig die interkulturellen Kompetenzen der Beschäftigten der Stadtverwaltung erhöhen, um auch die Servicequalitäten gegenüber den internationalen Kunden der Kommune zu verbessern? Dann wird sich dieses Programm auch bei Ihnen bewähren.

Kontakt:

Stadt Osnabrück
Katrin Hafemann
Personalentwicklung
Stadtwaage/Markt, Zimmer 210
49074 Osnabrück
Tel.: 0541-323-4626
E-mail: hafemann@osnabrueck.de

▶ Interkulturelle Foren als Dialogplattform

In interkulturellen Beiräten, Arbeitsgruppen und Räten treffen Menschen unterschiedlicher Nationen im Dialog aufeinander. Wenn interkulturelle Teamstrukturen aufgebaut werden, sind gegenseitige Lernprozesse mög-



lich. Auch die Einrichtung von interkulturellen Begegnungsstätten wie Cafés und Internetforen regen den Austausch zwischen unterschiedlichen Migrantengruppen und Deutschen an. Schaffen Sie so Dialogplattformen für interkulturelle Diskussionen.

Krefeld (ca. 238.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Im Krefelder Stadtteil Süd – der im Rahmen der EU-Programms Soziale Stadt gefördert wird – befindet sich die Jugendkulturwerkstatt, kurz JUKS. Die JUKS befindet sich unter einem Dach mit dem Kinder- und Jugendzentrum KRESch, der Studiobühne des Stadttheaters, einer Außenstelle des Rathauses und der Kneipe 'Kulisse'. Dies alles findet sich im Kulturzentrum 'Fabrik Heeder'. Der Träger des JUKS ist der Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung der Stadt.

Führt schon allein die Ansammlung der verschiedenen Einrichtungen zu interkulturellen Begegnungen, so sind die Aktivitäten der Jugendkulturwerkstatt ebenfalls dazu angetan, Menschen verschiedener Nationen einander näher zu bringen. Regelmäßig findet hier muttersprachliches Theater statt, das das Publikum zum erwünschten Dialog während der Vorstellung anhält. Denn wenn Schulklassen zugegen sind, müssen die MuttersprachlerInnen – Türken, Griechen, Russen – für ihre anderssprachigen MitschülerInnen übersetzen. Viele deutsche Bühnen klagen über mangelndes Publikum, dies gilt nicht für Krefeld: „Wir sind gut ausgebucht“, stellt Norbert Axnick, Abteilungsleiter des zuständigen Fachbereichs zufrieden fest.

Kontakt:

Stadt Krefeld
Norbert Axnick
Abteilungsleiter Fachbereich Jugendhilfe
und Beschäftigungsförderung
Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld,
Tel.: 02151/86-3270
Fax: 02151/86-1111
E-mail: stadtservice@krefeld.de

▶ Mitwirkung von MigrantInnen am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben

Die Teilhabe von MigrantInnen an allen Bereichen unserer Gesellschaft muss gestärkt werden, denn damit nutzen wir bislang brachliegendes Potenzial für unsere Gemeinden und Städte. Die Erfahrungen und Kenntnisse von MigrantInnen sind vor allem für Aktivitäten im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und im Rahmen der Lokalen Agenda wertvoll.

Osnabrück

In Osnabrück gibt es mannigfaltige Mitwirkungsmöglichkeiten für MigrantInnen, am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilzuhaben. Hier sollen zwei Optionen

vorgestellt werden. Der für jede Anregung und Empfehlung offene Beirat für Migration vertritt die Belange der Osnabrücker MigrantInnen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. In diesem Gremium werden 16 Mitglieder auf Vorschlag von Vereinen, Verbänden und Institutionen benannt und 4 Mitglieder aus den Fraktionen des Osnabrücker Rates. Die Beiratssitzungen, die alle 2-3 Monate stattfinden, sind öffentlich.

Das Gremium erarbeitet zum Beispiel Verbesserungsvorschläge zur Kindergarten-, Schul-, Ausbildungs-, Wohnungs-, Aufenthalts- und Flüchtlingssituation der Stadt Osnabrück und setzt sich so für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und MigrantInnen, sowie für Toleranz und Akzeptanz auf allen Ebenen des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ein. Die Beschlüsse des Beirats haben zwar lediglich Empfehlungscharakter, sind "dennoch politisch relevant", so Margret Poggemeier vom Büro für Friedenskultur der Stadt Osnabrück.

Auch das Beteiligungsverfahren für die Interkulturellen Wochen die jährlich im Herbst stattfinden, ist eine etablierte Form der Mitwirkung in Osnabrück. Über 70 Vereine und Gruppierungen nehmen an der Planungsworkshop der Veranstaltung teil und gestalten so aktiv mit. Die Akteurszusammensetzung der Interkulturellen Wochen ist denn auch mitverantwortlich für den großen Reiz und die Akzeptanz der erfolgreichen Veranstaltung.

Kontakt:

Stadt Osnabrück

Margret Poggemeier

Büro für Friedenskultur

Postfach 4460

49034 Osnabrück

Tel.: 0541/3232322

E-mail: poggemeier@osnabrueck.de

www.osnabrueck.de

Interkulturelle Projekte zur Förderung des Miteinanders der Kulturen

Mit der Initiierung, Unterstützung und Förderung von interkulturellen Projekten und Aktionen wirken Sie rassistischen Tendenzen entgegen. Menschen setzen sich bewusst mit anderen Kulturen auseinander oder versuchen sogar, sich in andere Kulturen einzuleben. Lassen Sie uns das 'Miteinander der Kulturen' statt des 'Kampfes der Kulturen' fördern, hier zielen wir insbesondere auf die Problematik der rivalisierenden 'Jugendgangs' aus unterschiedlichen Nationen ab.



Krefeld

Das Krefelder Programm 'Weltreisen durch die Stadt' wurde 1999 im Fachbereich Jugend der Stadt Krefeld entwickelt. Grundidee des Projekts ist es, Gastfamilien aus unterschiedlichen Nationalitäten zu finden, die bereit sind, für einen Abend ihnen – noch – fremde Menschen mit typischen Gerichten zu bewirten.

Ein Aufruf in der heimischen Presse und vor allem Informationen bei Vereinen, Kindergärten und Schulen bewirkte, dass sich einige gastfreundliche Familien meldeten. Bei diesem ersten Durchgang der 'Weltreisen' war es zunächst noch schwierig Personen zu finden, die diese Gastfreundschaft in Anspruch nehmen wollten. Doch nach dem ersten Abend waren alle Beteiligten so begeistert, dass in den Folgejahren und bis heute rege Nachfrage herrscht. Es werden regelmäßig insgesamt 10 'Reisegruppen' mit je 8 TeilnehmerInnen und einer ReiseleiterIn zusammengestellt. „Die Reiseleitung ist ein wichtiges Element des Programms“, so Doris Schlimnat vom Fachbereich Jugend, die das Konzept mitentwickelte, sie achtet auf die TeilnehmerInnen und hält den Gesprächsfluß in Gang. MitarbeiterInnen der Verwaltung, PolitikerInnen und Ehrenamtliche stellen sich gern für diese Aufgabe zur Verfügung.

Auch die teilnehmenden Gastfamilien werden betreut, sie erfahren bei einem im Vorfeld stattfindenden Tref-

fen beispielsweise, dass sie nicht eventuell zu neugierige Fragen beantworten müssen. Doch bis dato haben die 'Weltreisen' bei allen Beteiligten ausschließlich positive Resonanz hervorgerufen.

Die Welt ist tatsächlich in Krefeld zusammengerückt, denn die gastgebenden Familien stammen aus der Türkei, Kroatien, Slowenien, Thailand, Philippinen, Sri Lanka, Westafrika, Polen und Russland.

Die Gastfamilien werden von der Stadt mit 75 Euro Kostenbeitrag und einem Blumenstrauß als Gastgeschenk für ihre Mühen belohnt. Doch dies dürfte nicht den Ausschlag für die Bereitschaft zum Mitmachen gegeben haben. Doris Schlimnat erklärt: "Viele Migrantenfamilien haben noch keinen Kontakt zu Deutschen und anderen Nationen gefunden. Sie sind froh, aus ihrer Isolation auf so gesellige Art ausbrechen zu können. Tatsächlich haben sich sogar dauerhafte Beziehungen zwischen Gastgebern und Gästen durch die 'Weltreisen' ergeben." Eine schöne Idee, die – wie Sie in Kapitel 7.1.9 sehen werden – schon Nachahmer gefunden hat. Wäre dies nicht auch für Ihre Kommune ein reizvolles und bezahlbares Projekt?

Kontakt:

Stadt Krefeld

Doris Schlimnat

Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung

Von-der-Leyen-Platz 1

47798 Krefeld

Tel.: 02151/86-3276

Fax: 02151/86-1111

E-mail: stadtservice@krefeld.de

Kooperation von Verwaltung, Vereinen und Wirtschaft für interkulturelle Projekte

Bei der Organisation interkultureller Projekte ist es hilfreich, die Zusammenarbeit von Verwaltung, Vereinen und örtlicher Wirtschaft zu intensivieren. Scheuen Sie sich nicht, das Eigeninteresse der örtlichen Privatwirtschaft für interkulturelle Fragen zu wecken. Oft ergeben sich neben finanziellen auch gesellschaftlich relevante Möglichkeiten für eine erfolgreiche Eine-Welt-Arbeit.

Osnabrück

Das Büro für Friedenskultur der Stadt Osnabrück veranstaltet seit 1999 internationale Kunst- und Kulturtage. Zudem findet biennial ein Afrikafestival statt, das ebenfalls interkulturelle Entwicklungsarbeit leistet. Bei diesen und anderen Veranstaltungen in Osnabrück wird mit den ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen eng zusammengearbeitet.

Wie gelingt die Motivation der privaten Wirtschaft in Osnabrück? Hierzu Margret Poggemeier vom Büro für Friedenskultur: "Wir recherchieren nach Festlegung des Veranstaltungsmottos welche Akteure Beziehungen zum Themenland pflegen oder Berührungspunkte mit den Projektinhalten haben. Auch wer über Kontakte zu KünstlerInnen und Kulturschaffenden verfügt, engagiert sich gern."

So beteiligten sich als Sponsoren des letzten Afrikafestivals nicht nur eine weltweit tätige Speditionsfirma, die örtliche Sparkasse und die Stadtwerke, sondern auch kleine und mittelständige Bestattungsunternehmen der Stadt Osnabrück. Sie staunen? Das Interesse der letztgenannten Unternehmer wurde durch eine ghanaische Sargausstellung im Rahmen des Festivals geweckt. Für die Unternehmen bot sich hiermit die Möglichkeit, aktiv und positiv öffentlichkeitswirksam aufzutreten.

Auch bei den vergangenen Kunst- und Kulturtagen ergaben sich Kontakte mit der örtlichen Wirtschaft, die zu einem zumeist 50%igen Sponsoring der Veranstaltungen führten. Neben dem finanziellen Aspekt kommt bei dem gemeinsamen Vorgehen ein weiterer Aspekt hinzu. Margret Poggemeier betont diesen Gesichtspunkt: "Ein Dialog baut sich zwischen allen Beteiligten auf. Das sinnliche Erleben steht bei unseren Veranstaltungen im Vordergrund. So erreichen wir mit unseren entwicklungspolitischen Anliegen neue Zielgruppen, die sich üblicherweise entziehen und nun miteinander kommunizieren."

Kontakt:

Stadt Osnabrück

Margret Poggemeier

Büro für Friedenskultur

Postfach 44 60

49034 Osnabrück

Tel.: 0541/ 3232322

E-mail: poggemeier@osnabrueck.de

www.osnabrueck.de

Öffentlichkeitsarbeit

Bieten Sie den Medien positive kommunale Beispiele interkulturellen Engagements an. Dazu gehören vor allem interkulturelle Begegnungen wie die jährliche Durchführung einer Veranstaltung, etwa der 'Tag der Kulturen', oder wie in Berlin, Essen und Bielefeld der 'Karneval der Kulturen' bzw. das 'Festival der Kulturen'.

Krefeld

Seit 1978 wird in Krefeld jährlich das zweitägige Fest

'Folklore', früher 'Krefelder Kulturtage', veranstaltet, auf dem sich die Krefelder Kultur- und Ausländervereine mit Informationsständen, kulinarischen Leckerbissen und Musik präsentieren. Zusätzlich zu den örtlichen Vereinen werden auch internationale Gruppen eingeladen.

Das Fest wurde bis zum Jahr 2001 von der Stadt durchgeführt. Dann musste die Stadt diese Aktivität aufgrund der schwierigen kommunalen Haushaltslage aufgeben. Daraufhin gründete sich eine Initiative aus freien Kulturschaffenden, die durch ihren Einsatz und durch das Einwerben von Spendengeldern die Rettung des beliebten Festes herbeiführen konnten. Handel, Sparkasse, Stadtwerke und der AStA der Hochschule sind regelmäßig bereit, das gut besuchte Fest zu unterstützen. Die Stadt trägt weiterhin einen Teil der Finan-



zen und unterstützt die Organisatoren des Festes. Einer der Organisatoren des Folklorefestes, Jordi Preuszer, stellt erfreut fest: „Der Themenabend des Jahres 2003 stand unter dem Motto 'Tango', hier gelang es nach einem Schnell-Tanzkurs über 100 BürgerInnen zum gemeinsamen Tanzen zu motivieren. Der 'Salsa'-Abend 2004 regte mindestens ebenso viele Menschen an.“ Beim zweiten Abend des Festes traten Bands aus Lettland und Polen auf, denn Osteuropa bildete den thematischen Schwerpunkt des Festes im Jahr 2004. Die sinnliche Erfahrung bringt fremde Musik und damit auch fremde Kulturen nah an die Menschen, denen sich ein Zugang bis dato verschloss. Neben der örtlichen Presse, gab es auch überregional Berichterstattung. Das WDR Funkhaus Europa präsentierte wieder das Folklorefest und unterstützte mit Radiotrailern und Vorberichten die Veranstaltung.

Kontakt:

Jorgi Preuszer
Krefelder Musikinitiative
Trifft 55
47809 Krefeld
Tel.: 02151/608397
E-mail: presse@kmi-online.de
www.folklorefest.de

Stadt Krefeld
Herrn Jürgen Sauerland-Freer
Kulturbüro
Friedrich-Ebert-Str. 42
47792 Krefeld
Tel.: 02151/583619
E-mail: j.sauerland-freer@krefeld.de
www.krefeld.de

▶ Ehrenamtliches Engagement von MigrantInnen nutzen

Viele MigrantInnen sind zu ehrenamtlichem Engagement bereit, dies zeigt das folgende Beispiel.

Hannover (ca. 526.000 Einwohner, Niedersachsen)

Bei der Arbeit mit der Frauengruppe 'Güleyüz – Lachendes Gesicht' stellten Hülya Feise und Arzu Altug aus Hannover fest: Viele türkische Frauen und Mädchen wollen sich ehrenamtlich betätigen. Daraus hat sich das Projekt 'gEMiDe' entwickelt, in dem Menschen vieler Kulturen und Nationalitäten vertreten sind. Das Kürzel steht für: Modellprojekt zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements von MigrantInnen und eingebürgerten Deutschen durch ehrenamtliche Tätigkeit.

Hülya Feise obliegt die Federführung. Sie bekam von der Stadt Hannover, Referat für interkulturelle Angelegenheiten, finanzielle und beratende Unterstützung. Das Projekt kooperiert mit dem Jugendamt, der Arbeiterwohlfahrt, der Informations- und Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Mitarbeit (IKEM), der Integrierten Gesamtschule Hannover-Mühlenberg und einer Vielzahl von Vereinen in Hannover. Träger ist seit kurzem der Bund Türkisch Europäischer Unternehmer (BTEU).

Bereits 2002 erhielt das Projekt eine Auszeichnung im Wettbewerb zur Integration von Zuwanderern. Projektziel ist die Förderung der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit, sowie die gegenseitige Anerkennung von Deutschen und MigrantInnen. Die ehrenamtliche Arbeit wird gefördert, um die Gesellschaft zu unterstützen.



Dabei können sich Männer und Frauen aller Kulturen und Nationalitäten beteiligen. Durch dieses Engagement profitieren auch die Ehrenamtlichen. Sie finden Kontakt zur 'deutschen' Gesellschaft.

Worin besteht die ehrenamtliche Tätigkeit? Die TeilnehmerInnen besuchen Kranke in Kliniken, übersetzen für MigrantInnen, geben Unterricht für Analphabeten, erzählen Märchen für Kinder und vieles mehr, denn das Angebot wird ständig erweitert.

Ein sichtbarer Erfolg des Projekts ist die steigende Zahl der Ehrenamtlichen, die im Jahr 2004 auf 80 Personen angestiegen ist. Deren aktive Teilnahme an der Gesellschaft verstärkt sich ebenso, wie ihr Selbstbewusstsein außerhalb des gewohnten familiären Umfeldes.

Dieses Beispiel offenbart, wie gut und gern sich gesellschaftliches Engagement von MigrantInnen aktivieren lässt, das alle Beteiligten in vielfacher Hinsicht bereichert.

Kontakt:

IJK e.V

Hülya Feise

Zur Bettfedernfabrik

30451 Hannover

Tel.: 0511/440484

Fax: 0511/2617376

E-mail: iik@onlinehome.de

www.iik-hannover.de

► **Bildungsförderung der interkulturellen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen**

Berichte über und Begegnungen zwischen Religionen und Kulturen sind Aufgaben, die die interkulturelle Kompetenz von Kindern und Jugendlichen frühzeitig und nachhaltig fördern. Je früher wir dies als Bildungsauftrag begreifen, desto eher erreichen wir eine gesellschaftspolitische Verbesserung.

Krefeld

Im Juli 2003 wurde das neueste Projekt des Krefelder Fachbereichs Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung präsentiert: die 'Kinderexpo'

Auf dem Gelände einer städtischen Jugendeinrichtung hatten Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Nationen vier Tage lang die Gelegenheit, sich zu verschiedenen Themen zu äußern: Kultur, Vorurteile, Wohlstand, Gesundheit, Familie...– alles was sie bewegt.

Der Initiator der Kinderexpo, Norbert Axnick, Abteilungsleiter des Fachbereichs, hatte zuvor alle örtlichen und regionalen Schulen und Jugendeinrichtungen angesprochen, aber auch überregionale Partner wie Unicef, Amnesty International, die Kindernothilfe und viele andere mehr zum Mitmachen motiviert. Am Ende waren es circa 50 Organisationen, die mitwirkten.

„Die Art der Mitwirkung begann mit dem ‚einfachen‘ Informationsstand und reichte bis hin zu größer angelegten Projekten“ berichtet Norbert Axnick. Eine Jugendeinrichtung gestaltete unter dem Motto 'Typisch Deutsch!?' einen Container als ‚Peepshow‘. Was haben wir uns darunter vorzustellen? Das Innenleben des Containers wurde von den Jugendlichen mit – vermeintlich - stereotypen deutschen Gegenständen – die



Lederhose und ähnliche Konsorten kamen hier zum Einsatz – ausstaffiert. Dem Betrachter war es dann nur durch ein Loch in der Wand des Containers möglich, diese Dinge zu betrachten und hinterher seine persönliche ‚Hitliste‘ der symbolhaften Gegenstände abzugeben. Hier wurde deutsches Sein einmal aus anderer Perspektive beleuchtet.

30 SchülerInnen eines Krefelder Gymnasiums veranstalteten ihren Unterricht als ‚Gläsernes Klassenzimmer‘ während der viertägigen Expo aus einem Zelt des Veranstaltungsgeländes. Sie recherchierten im Internet zum Thema Kinderarbeit und präsentierten ihre Ergebnisse den Besuchern mit Schaubildern. Außerdem entwickelten sie ein Quiz, um mit den Besuchern direkt ins Gespräch zu kommen.

Im ehemaligen Spielmobil der Stadt Krefeld war Arabien zu Gast: Gäste aus Algerien führten mit den Betreibern des Spielmobils vier Tage lang Szenen aus dem arabischen Leben vor. Auch hier war die Neugier der Besucher groß.

Parallel zu den vielen Aktionsständen gab es ein Bühnenprogramm mit Musik, Tanz und Theater zu den verschiedensten interkulturellen Themen. Um sich in der Vielzahl der Angebote zu orientieren, bot der Fachbereich Jugendhilfe ein so genanntes ‚Reisebüro‘ als Informationscenter an.

Viele weitere Projekte gäbe es vorzustellen, die Begeisterung aller Beteiligten und die der über 4.000(!) BesucherInnen war so groß, dass geplant ist, die Kinderexpo biennial zu veranstalten.

Doch wie wurde eine so große Veranstaltung finanziert? Norbert Axnick erklärt: „Wir hatten im letzten Jahr das riesige Glück, mit eigenen Mitteln des Fachbereichs und denen der VHS Krefeld eine Finanzierung zu ermöglichen. Das wird im nächsten Jahr wohl kaum der Fall sein. Deshalb werden wir das erfolgreiche Ergebnis unserer Kinderexpo dokumentieren. Mit dieser Dokumentation wird es wohl machbar sein, Spender und Sponsoren zu akquirieren.“

Der Erfolg der Kinderexpo zeigt sowohl das allgemein große Interesse an interkulturellen Präsentationen, als auch den bemerkenswerten Ideenreichtum und die enorme Motivation von Kinder und Jugendlichen, sich für dieses Thema zu engagieren. Könnte hier vielleicht auch in Ihrer Kommune schlummerndes Potenzial ruhen?

Kontakt:

Stadt Krefeld
Norbert Axnick
Abteilungsleiter Fachbereich Jugendhilfe
und Beschäftigungsförderung
Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld
Tel.: 02151/86-3270
Fax: 02151/86-1111
E-mail: stadtservice@krefeld.de

► Interkommunaler Erfahrungsaustausch

Nutzen Sie die Erfahrungen Ihrer KollegInnen, greifen Sie gute Ideen auf und setzen Sie sie in Ihrer Gemeinde oder Stadt um. Tauschen Sie gegenseitig Erfahrungen aus und lernen Sie von den guten, wie auch den weniger guten Beispielen der anderen.

Menden (ca. 60.000 Einwohner, Nordrhein-Westfalen)

Bei einer Tagung der Jugendpfleger im Rheinland wurde über das Krefelder Konzept der ‚Weltreisen durch die Stadt‘⁷³ gesprochen. Doris Schlimnat vom Fachbe-

73 Siehe auch Seite 63, Ehrenamtliches Engagement von Migrantinnen nutzen

reich Jugend der Stadt Krefeld berichtete Hannelore Pifczyk, tätig im gleichen Fachbereich der Stadt Menden, über ihre guten Erfahrungen mit dem Projekt.

„Der Ideenfunke zündete auch bei meinen Kollegen sofort“, freut sich Hannelore Pifczyk. „Wir ‚akquirierten‘ die Gastfamilien vor allem durch direkte Ansprache in den Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, ja sprachen sogar Leute auf der Straße an und fanden so 17 Gastfamilien.“ Die Plakatierung hatte sich für die Akquise als nicht erfolgreich erwiesen, ist dennoch als Werbeträger für die Aktion wichtig.

Wie in Krefeld erhalten die Gastgeber einen Kostenbeitrag und einen Blumenstrauß. Ebenso stimmt die Größe der Reisegruppe mit der in Krefeld überein: 8 TeilnehmerInnen und 1 ModeratorIn.

Im Vorfeld der Mendener Veranstaltung fand eine Pressekonzferenz statt: „Wir trauten uns, das Thema hoch zu hängen. Dabei haben wir nicht den Aspekt der sozialen Problemlösung betont, sondern die interkulturelle Begegnung in positiver Atmosphäre stand im Vordergrund.“, erklärt Hannelore Pifczyk den regen Zuspruch. Am selben Abend wurde der schöne Erfolg der ‚Weltreisen‘ in einem Abschlussfest anerkannt und schon über eine Wiederholung gesprochen.

Danach begann die inhaltliche Auswertung der Aktion. Familien anderer Nationen, die schon lange in Menden wohnen und keinen Kontakt zur deutschen Bevölkerung hatten, wurden endlich eingebunden. Dies gefiel so sehr, dass eine der Gastfamilien jetzt sogar ein Gartenfest für interessierte Mendener anbieten möchte. Zwei weitere Faktoren, die das Gelingen des Projekts beweisen: Die Nachfrage der MigrantInnen nach Kindergartenplätzen und nach Deutschkursen ist spürbar gestiegen.

Kontakt:

Stadt Menden

Rathaus

Fachbereich Jugend und Soziales

Hannelore Pifczyk

Neumarkt 5

58706 Menden

Tel.: 02373/903337

Fax: 02373/90310337

E-mail: hannelore.pifczyk@menden.de

8. Fazit

Die Berücksichtigung von internationalen Aspekten in den Kommunen stellt eine freiwillige Aufgabe dar. Dadurch sind von vorne herein gewisse Grenzen der kommunalen Handlungsspielräume gesetzt, mit denen auch ein vielfach anzutreffendes geringes Interesse in Politik und Verwaltung für entwicklungspolitische Themen und Nachhaltigkeitsfragen begründet wird.

Gleichwohl sehen viele Kommunalverwaltungen und -parlamente im Thema Eine Welt ein wichtiges Betätigungsfeld für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie Kirchengemeinden und karitative Einrichtungen. Hier leisten einige Kommunalverwaltungen, nicht zuletzt im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse wichtige Vernetzungsarbeit und verschaffen Eine-Welt-Initiativen den Zugang zu mehr Öffentlichkeit. Bei kommunalen Partnerschaften mit Ländern des Südens spielen viele Kommunen hingegen eine aktivere Rolle.

Die Eine-Welt-Thematik befindet sich, wie andere freiwillige Aufgaben in einem stetigen Rechtfertigungsdruck, der primär der desolaten Haushaltslage der Kommunen geschuldet ist. Daher ist es umso wichtiger, schlüssige Argumentationen über den langfristigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Nutzen dieser Aktivitäten darzulegen und damit zu begründen warum ein konkretes Eine-Welt-Projekt Geld kosten darf.

An eine Ausweitung von Projekten und Maßnahmen im Hinblick auf Eine-Welt wird daher zum jetzigen Zeitpunkt in den Kommunen kaum gedacht. Erschwerend kommt hinzu, dass die Implementierung von Eine-Welt-Aspekten in kommunalen Aufgabengebieten, oftmals mit Befürchtungen der MitarbeiterInnen verbunden sind, zusätzliche Aufgaben übernehmen zu müssen.

Generell ist allerdings eine Implementierung von Eine-Welt-Aspekten nicht in allen kommunalen Handlungsfeldern sinnvoll, denn es ist unter Effizienzgesichtspunkten auch einzuschätzen, in welchem Verhältnis der Aufwand zur Implementierung von Eine-Welt-Aspekten zum tatsächlichen Nutzen für die Eine Welt steht. So lässt sich beispielsweise im Bereich des Klimaschutzes ein durchweg positives Verhältnis von Aufwand und Nutzen feststellen, wohingegen dieses im Bereich Stadtmarketing nur in Ausnahmefällen konstatiert werden kann. Wichtig erscheint es daher für den Implementierungsprozess, zum einen die hemmenden Faktoren zu berücksichtigen und zum anderen diejenigen Handlungsfelder, die den größten Nutzen für Eine-Welt-Aktivitäten versprechen, vorrangig zum Ziel dieses Prozesses zu erklären.

Oftmals fehlt in der Verwaltung das Wissen über den Zusammenhang zwischen dem Handeln der eigenen Kommune und den damit verbundenen globalen Auswirkungen. Damit einher gehen mangelnde Kenntnisse von Eine-Welt-Aktivitäten außerhalb der Kommunalpolitik und -verwaltung, die als sinnvolle Ergänzung zu eigenen Aktivitäten genutzt werden könnten. Da freiwilliges Eine-Welt-Engagement in den NGOs oder in den Kirchengemeinden, bisher in höchst unterschiedlichem Maße von den Kommunen aktiviert, unterstützt und vernetzt wird, gilt es, noch Potenziale für eine bessere Zusammenarbeit von Kommunen und NGOs zu entdecken und zu nutzen. Hier kann die Verzahnung für alle Beteiligten Arbeitsteilung und gegenseitige Unterstützung bringen.

Durchsetzungsfähig und Erfolg versprechend sind aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen maßgeblich diejenigen Projekte und Aktivitäten, die gleichzeitig einen Nutzen vor Ort, also in der Kommune selbst, und für die Eine Welt enthalten. Als Beispiele dazu können aus der Analyse der in dieser Studie dargestellten Handlungsfelder die folgenden Ergebnisse herangezogen werden.

Ein gleichzeitiger Nutzen vor Ort und für Eine Welt besteht dann, wenn

- im Rahmen von Bürgerbeteiligung und Partizipationsprozessen auch eine Beteiligung von MigrantInnen, Ausländerbeiräten und -beauftragten erfolgt, die zugleich die Bewusstseinsbildung und den Erwerb von Demokratie- und Beteiligungskompetenz fördert;
- eine Verknüpfung und eine gute Zusammenarbeit zwischen Stadtmarketing und Lokalem Agenda-Prozess vorhanden ist und daraus eine 'Vermarktung' der entsprechenden Eine-Welt-Aktivitäten über Stadtmarketing möglich wird; dies kann vor Ort identitätsstiftend (nach innen) und imagebildend (nach innen und außen) wirken; besonders tragfähig wird dieses, wenn 'Internationales' ein Baustein des kommunalen Leitbildes ist;
- als Beitrag zur Armutsbekämpfung die Bildungsarbeit in Schulen genutzt und eine Qualifizierung von MigrantInnen erfolgt, die wieder in ihr Heimatland zurückkehren;
- im Rahmen der Förderung des interkulturellen Dialogs (Interkulturalität) gleichzeitig Aktivitäten zur Integration von MigrantInnen erfolgen.

Da die Handlungsfelder Klimaschutz und Wasser die Umwelt betreffen, können hier generell globale Effekte konstatiert werden. Jede Maßnahme zum Schutze des Klimas hat sowohl Auswirkungen vor Ort als auch für unseren gesamten Planeten. Der Schutz, die Stabilisierung und Aufwertung von lokalen und regionalen Gewässersystemen und Wasserkreisläufen ist immer auch ein Beitrag zum Erhalt der Wasserressourcen auf globaler Ebene. Die langfristige sowie ökologisch und sozial ausgewogene Wasserversorgung ist als generelle Aufgabe der Daseinsvorsorge in den Kommunen anerkannt.

Obwohl im Rahmen der vorliegenden Studie nur eine Auswahl von kommunalen Handlungsfeldern untersucht werden konnte, erlauben diese dennoch Rückschlüsse auf generelle bestehende und potenzielle Handlungsansätze für Eine-Welt-Aktivitäten in den Kommunen:

- Erarbeitung und Beschluss von entwicklungspolitischen Leitlinien (siehe Berlin, Seite 20);
- Ermittlung einer 'Eine-Welt-Bilanz' (siehe Aschaffenburg, Seite 27);
- Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts (siehe Wuppertal, Seite 26);
- Kommunale Eine-Welt- oder Nord-Süd-Foren einrichten (siehe Düsseldorf, Seite 24);
- Lokale Demokratiebilanzen erstellen (siehe Leipzig, Seite 26);
- Erstellung kommunaler Bürger- oder Beteiligungshaushalte (siehe Berlin, Seite 28);
- Einführung einer freiwilligen Restcent-Aktion bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (siehe Hamburg, Seite 18);
- Städtepartnerschaftliche Aktivitäten unter aktiver Beteiligung von NGOs ausweiten (siehe Lauingen, Seite 42);
- Unterstützung von Schulpartnerschaften und Einbeziehung von Eine-Welt-Fragen in den Schulunterricht, so dass eine Sensibilisierung bereits im Kindesalter gefördert wird (siehe Krefeld, Seite 62);

- Interkulturelle und interreligiöse Netzwerke und Projekte in den Kommunen unterstützen (siehe Krefeld, Seite 61);
- Vernetzungen zwischen den Akteuren aus Politik, Verwaltung und NGOs fördern;
- Beteiligung an internationalen Netzwerken für Entwicklungspolitik (siehe Klimabündnis, Seite 35);
- Qualifizierungsangebote der VerwaltungsmitarbeiterInnen für Eine-Welt-Belange (siehe Osnabrück, Seite 59);
- Ressortübergreifende Arbeitsgruppen bilden (siehe Leipzig, Seite 27);
- Kommunale Beschaffung unter Berücksichtigung von fair gehandelten Produkten und öffentliches Engagement der OberbürgermeisterInnen für diese Produkte (siehe Rostock, Seite 57);
- Förderung des kommunalen Erfahrungsaustausches (siehe Krefeld und Menden, Seite 66);
- Vermarktung von Eine-Welt-Projekten (siehe Dinslaken, Seite 37).

Die Vielfalt der oben genannten Ansätze dokumentiert, dass trotz hemmender Faktoren in den deutschen Kommunen Handlungsspielräume für Eine-Welt-Aktivitäten vorhanden sind. Angesichts der von Kommune zu Kommune variierenden Rahmenbedingungen können nicht alle Potenziale gleichermaßen ausgeschöpft werden, doch eines oder vielleicht sogar zwei der geschilderten good practice - Modelle ist bestimmt auch in Ihrer Kommune erfolgreich realisierbar.

Literaturverzeichnis

Abgeordnetenhaus von Berlin,
Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes Berlin,
Drucksache 14/1597,
beschlossen am 23.10.2001.

agenda-transfer, InWEnt (Hrsg.),
21 Cent, die etwas bewegen,
Bonn 2003.

Baumann, Frank, Lars Vogelsang und Anselm Weidner,
Bürgerhaushalt Berlin-Mitte.
Vorschlag eines Beteiligungsverfahrens auf bezirklicher
Ebene, hrsg. vom kommunal-politischen forum e.V.,
Berlin 2003.

Bundesministerium für Umweltschutz (BMU) (Hrsg.),
Umweltpolitik.
Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und
Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro.
Dokumente: Agenda 21 mit Stichwortverzeichnis,
Bonn 1997.

Franz Nuscheler,
Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik,
Bonn 1996.

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts
(Wasserhaushaltsgesetz – WHG)
in der Fassung der Bekanntmachung vom
19. August 2002, BGBl.

InWEnt gGmbH, Regionales Zentrum Bremen:
COASTMAN, Internationales Trainingsnetzwerk
für Integriertes Küstenzonenmanagement,
Bremen 2004.

KATE Berlin e.V.,
Chancen und Hemmnisse der Entwicklungs-
zusammenarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21,
Berlin 2001.

Klimabündnis,
Jahresbericht 2002/2003.

MISEREOR, DGB Bildungswerk, Servicestelle Kommu-
nen in der Einen Welt (Hrsg.),
Vom Süden lernen.
Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell
für direkte Demokratie
(Dialog Global 5),
Bonn 2002.

Politik in der Kommunal- und Stadtentwicklung,
Komponente: Armutsorientierte Stadtentwicklung,
Dortmund 2002.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
(Hrsg.), Perspektiven für Deutschland.
Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung.
Berlin 2002.

Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments
und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung
eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen
der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik,
EU- Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL).

Rösler, Cornelia,
Lokale Agenda 21 in deutschen Städten
auf Erfolgskurs.
Ergebnisse der Difu-Umfrage 1999 bei den Mitglieds-
städten des Deutschen Städtetags, in:
Rösler, Cornelia (Hrsg.),
Lokale Agenda 21 auf Erfolgskurs. Dokumentation
des 4. Erfahrungsaustauschs,
Berlin 1999.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt,
InWEnt gGmbH (Hrsg.),
Globales Handeln lokal verankern.
Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungs-
organisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21
und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland,
Bonn 2003.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt,
InWEnt gGmbH (Hrsg.),
Faires Miteinander – Leitfaden für die
interkulturell kompetente Kommune 2012,
Bonn, August 2003.

Umweltbundesamt (Hrsg.),
Lokale Agenda 21 im Kontext der
Steuerungsinstrumente auf kommunaler Ebene
(Reihe UBA-Texte 34/02),
Berlin 2002.

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO) (Hrsg.),
Armut bekämpfen – Gerechtigkeit schaffen.
Folgerungen der internationalen und nationalen
Debatte über Armutsbekämpfung für die deutsche
Entwicklungspolitik,
Bonn 2001.

World Summit on Sustainable Development.
Political Declaration and Johannesburg Plan of
Implementation,
in papers des Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung.

Internetadressen

<http://www.aachen.de/DE/kultur>

<http://www.aachen-kapstadt.de/start.html>

<http://www.asa-programm.de/site/index.php>

<http://www.baum-group.de>

<http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/Aktuelles/lokaleAgenda21.html>

<http://www.bgr.de/>

<http://www.bmz.de/de/index.html>

<http://www.buergerstiftung-dresden.de/ehrenamt/pass.htm>

<http://www.buergerorientierte-kommune.de>

<http://buergerhaushalt-berlin.de/>

<http://www.bundesprogramm-oekolandbau.de/>

<http://www.cdg.de/indexv.htm>

<http://www.ded.de>

http://www.deginvest.de/german/frameset_ie_1.html

<http://www.dse.de/home.htm>

<http://www.eine-welt-netz-nrw.de/html/promo/leit/index.php>

<http://www.eine-welt-mvg.de>

<http://www.energiebig.de/6-links/frameset.htm>

<http://www.fair-feels-good.de/fairfeelsgood.php/cat/1/title/Home>

<http://www.gute-beispiele.net>

<http://www.gtz.de/>

<http://www.inwent.org/>

<http://www.klimabuendnis.org/start.htm>

<http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de/lfu/abt2/agenda/seiten/pdf/arbeitsm20.pdf>

http://www.loss-online.de/content/e283/loss_konzept.pdf

<http://www.mainzer-freiwilligenzentrum.de/projekte.php3#pass>

<http://www.networks-group.de>

<http://www.kfw.de>

<http://www.ptb.de/>

<http://www3.saarbruecken.de>

<http://www.staepa-cajamarca.de/>

<http://www.stadtklima.de/stuttgart/webkliks/kliks.htm>

<http://www.uni-trier/izt/43texze/stmark.htm>

<http://www.wirhandelnfair-nrw.de/start.html>

http://www.wuppertal.de/rathaus_behoerden/extern.cfm?link=/rathaus_behoerden/pdf_archiv/nachhaltigkeitsbericht.pdf

<http://www.vs-suhl.de/fwa.htm>

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen).

Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune 2012. Bonn, August 2003.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004.
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gewinn und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Januar 2005.

Material-Reihe der Servicestelle:

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch.
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call.
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002.
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002.
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002.
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema "Internationale Gärten in Deutschland" 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003.
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004. ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004.
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004.
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeam bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle - Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle:

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003)
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003)
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004)
- Kommunale Servicestelle Partnerschaftsinitiative. (Februar 2005)

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Profil der Servicestelle (in Englisch vergriffen; Deutsch verfügbar)
- Kurzprofil der Servicestelle (in Englisch verfügbar; in Deutsch vergriffen)
- Dokumentationen "Petersberger Gespräch"/"Petersberg Dialogue" am 18.06.2002. [vergriffen]
- Pressespiegel der Servicestelle [laufend]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Über uns – Flyer der Servicestelle (in Deutsch)

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003.
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes "Kommunen in der Welt". Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation "Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation." 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle.
Kostenfrei!
Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Über uns

Fünf Zukunftsthemen und die vielfältigen Serviceangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt haben zum Ziel, den bestehenden Handlungsspielraum der Kommunen – den der Entscheider in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – zu beleben und zu erweitern. Sie werden als Chancen und Herausforderungen zur Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit – d.h. als Potenzial zur Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien – angesehen.

Diese Themen und die dazugehörigen Beratungstool für lokale Akteure sind eng verknüpft. Ziel ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu beleben. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit – d.h. die Multikulturalität und Internationalität der deutschen Kommunen, ist dabei eine erstaunlich ergiebige Ressource, die bisher kaum genutzt wird.

Der Bürger- und Beteiligungshaushalt – Lernen im Nord-Süd-Dialog

Transparenz und Bürgerbeteiligung erweitern den kommunalen Handlungsspielraum und die politische Gestaltung – trotz leerer Kassen.

Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften – Eine Welt beginnt vor Ort

Kommunale Partnerschaften erweitern die Lösungskompetenz von Politik, Verwaltung sowie Nichtregierungsorganisationen. Wir helfen Ihnen bei der Gründung nachhaltiger Partnerschaften.

Faires Miteinander – Die interkulturell kompetente Kommune im Jahr 2012

Die Nachfrage aus kommunalen Verwaltungen zu interkulturellen Themen wächst.

Faires Beschaffungswesen – Der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels

Fair gehandelter Kaffee wird bisher nur in den wenigsten Rathauskantinen getrunken. Und zum Handeln gibt es mehr als Kaffee!

Kulturen der Welt vor Ort – ein reizvolles Thema für Stadt und Land

Kultur spiegelte lange Zeit in Agenda-Prozessen und Eine-Welt-Arbeit kaum eine Rolle. Dieses Thema stärkt das kommunale Image.

SERVICESTELLE ●
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

InWEnt — Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

InWEnt — Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH steht für Personal- und Organisationsentwicklung in der internationalen Zusammenarbeit.

Ihre Angebote richten sich an Fach- und Führungskräfte und an Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft und erreichen jährlich rund 55.000 Personen.

Die Programme und Maßnahmen von InWEnt zielen darauf, Veränderungskompetenzen auf drei Ebenen zu fördern:

- Sie stärken individuelle Handlungskompetenzen,
- erhöhen die Leistungsfähigkeit von Unternehmen, Organisationen und Verwaltungen und
- verbessern die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auf politischer Ebene.

Das methodische Instrumentarium ist modular verfügbar und wird den jeweiligen Anforderungen lösungsgerecht angepasst.

Neben face-to-face-Situationen in Bildungs-, Austausch- und Dialogveranstaltungen nimmt die Vernetzung durch E-Learning einen breiten Raum ein.

Die Partner von InWEnt sitzen gleichermaßen in Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern.

Gesellschafter von InWEnt sind die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die deutsche Wirtschaft und die Länder.

InWEnt entstand 2002 durch die Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE).

InWEnt — Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Tulpenfeld 5

53113 Bonn

Fon +49 (0)2 28 - 24 34 - 5

Fax +49 (0)2 28 - 24 34 - 766

www.inwent.org



**Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH**